PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

# kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40 000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 14 - Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 18 909 05, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 958 37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, 24. Februar 1976, fertiggestellt.

26. Februar 1976 Jg. 4 Nr. 8 50 Pfennig

## Tarifauseinandersetzungen: Streiks sind das Richtige

Zum Abschluß der Konzertierten Aktion vom vergangenen Dienstag hat der Wirtschaftsminister zu den laufenden Lohnauseinandersetzungen folgendes gesagt:

„Es wäre falsch, mich dazu in einem Augenblick zu äußern, in dem Tarifverhandlungen in den wichtigsten Bereichen laufen." So ist er auch zuversichtlich: „Mein Eindruck ist, daß beide Seiten sich der schwierigen wirtschaftlichen Lage und ihrer Verantwortung zu einer Wiederbelebung der Konjunktur und einer nachhaltigen Besserung der Beschäftigung voll bewußt sind."

Das ist natürlich pure Heuchelei. Die Regierung hat sich immer wieder geäußert und sich gegen die Interessen der Arbeiter ausgesprochen. Am deut-
der Arbeiter ausgesprochen. Am deut-
lichsten, indem ihr Vertreter Maihofer sich gegenüber der ötv genauso verhalten hat wie die Metallkapitalisten gegenüber den Metallarbeitern und kein Angebot vorgelegt hat. Wenn Friderichs sich nach der Konzertierten Aktion nicht äußern wollte, dann nur deshalb, weil die Regierung gegenwärtig hintenrum alle Hebel in Bewegung setzt, um die Gewerkschaften den Interessen der Kapitalisten zu unterwerfen. Ein solcher Hebel ist die Konzertierte Aktion. Stützen kann sich die Regierung dabei immer auf die Reformisten.

DGB-Vorsitzender Vetter selber sagte nach der Sitzung der Konzertierten Aktion: „Ich vertraue darauf, daß meine Kollegen, die jetzt in schwierigen Verhandlungen sind, wie auch früher aus ihrer Verantwortung für das Ganze und für unsere Mitglieder und die Arbeitnehmerschaft den richtigen Weg finden."

Der „richtige Weg" im Sinne der Sozialdemokraten ist der Weg der Versöhnung und damit die Unterwerfung der Arbeiterinteressen unter die der Kapitalisten. Dieser Weg aber ist heute schwierig zu finden.

Die Kapitalisten wollen die Tarifauseinandersetzung in der jetzigen Lage, wo der Druck der Arbeitslosigkeit den Arbeitern den Kampf erschwert, unbedingt zu einer rabiaten Lohnsenkung nutzen. Die betreiben sie schon das ganze Jahr über.

Die Arbeiter und Angestellten aber wollen die Tarifauseinandersetzung nutzen, um den Angriffen der Kapitalisten endlich geschlossen entgegenzutreten und der Lohndrückerei Einhalt zu gebieten. Das zeigt die Streikbewegung in der Metallindustrie, die sich während der ganzen letzten Woche fortgesetzt hat.

Es ist in der letzten Woche nur in wenigen Betrieben gestreikt worden, aber in allen Betrieben steigt das Bewußtsein über die Notwendigkeit des Streiks. Die bisherige Streikbewegung hat die Bereitschaft und Fähigkeit der Arbeiter bewiesen, den Angriffen der Kapitalisten entgegenzutreten. Das hat denen einen ersten Strich durch die Rechnung gemacht. Auch im öffentlichen Dienst gelingt es bereits, die von den Sozialdemokraten verordnete Ruhe zu durchbrechen und kleinere Aktionen durchzuführen. Die sind wichtig.

Die Lage in der Lohnauseinandersetzung ist schwierig. Verlassen sich die Arbeiter und Angestellten auf die sozialdemokratische Führung, dann wird die Rechnung der Kapitalisten und der Regierung doch noch aufgehen. Verlassen sich sich auf sich selber, dann wird es einen harten, aber für die weitere Entwicklung des Klassenkampfes und die Entwicklung der Stärke der Arbeiterklasse ausgezeichneten Kampf geben. Mit den Streiks ist dieser Weg beschritten. Es gilt ihn fortzusetzen.



## § 218: Er wird nicht hingenommen

Es ist unbedingt richtig, sofort klarzumachen, daß die Massen die Aufrechterhaltung des Paragraphen 218 nicht hinnehmen werden. Das haben sich Tausende gesagt und am 21. Februar in zahlreichen Städten demonstriert und Kundgebungen für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 durchgeführt. Die Forderungen sind die gleichen geblieben wie vor der Verabschiedung des neuen Paragraphen 218 durch das Parlament: Weg mit dem Paragraphen 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218! Die Forderungen der Massen sind erst erledigt, wenn sie erfüllt sind. Genausowenig wie das Machtwort des Bundesverfassungsgerichts, das vor einem Jahr den § 218 zu einem unerläßlichen Bestandteil der bürgerlichen Unterdrückung erklärt hat, kann die Verabschiedung der Neufassung dieses Polizeiparagraphen die Bewegung gegen den Paragraphen 218 erledigen.

Und wie könnte die Bewegung auch erledigt sein, wo an dem Paragraphen 218 doch große Massen durch persönliche Erfahrung, durch Erfahrungen aus ihrer Familie und ihrem Bekanntenkreis ganz direkt den heuchlerischen und verfolgungswütigen Charakter der Herrschaft der Bourgeoisie erfahren, die mit ihrer Unterdrückung vor nichts halt macht und selbstverständlich nur die arbeitenden Massen trifft. Die Verfolgung mit Hilfe des Paragraphen 218 wird sich jetzt erneut verstärken. Die Frauen des Volkes werden der Schnüffelei von Ärzten ausgesetzt sein, die nach Gesetz wie Staatsanwälte funktionieren müssen. Die Frauen, Männer, die ihnen geholfen haben bei der Suche nach einem Arzt, Ärzte, die sich nicht als Staatsanwälte mißbrauchen lassen, sie alle werden erneut in großer Zahl vor die Gerichte der Reichen gezerrt werden. Nach Willen der Gesetzgeber sollen sie sich dort sogar gegenseitig verpfeifen, um eventuelle Gnade vor den Richtern der bürgerlichen Klasse zu finden. All dies wird wie bereits in den vergangenen Jahren hunderttausendfache Empörung hervorrufen. Es kam bei den Demonstrationen und Kundgebungen darauf an, klarzumachen, daß es nicht richtig ist, diese Empörung in sich hineinzufressen, daß es nicht richtig ist, die Gesetze der herrschenden Klasse hinzunehmen. Daß es vielmehr richtig ist, den Kampf gegen den Paragraphen 218 fortzusetzen, jeden Prozeß zum Anlaß zu nehmen, die Massenbewegung gegen den § 218 zu stärken, um ihn im Kampf gegen die herrschende Klasse zu beseitigen. Überall haben die
ihn im Kampf gegen die herrschende Klasse zu beseitigen. Überall haben die
Demonstrationen, obwohl sie oft klein waren, bei den Massen große Aufmerksamkeit und Zustimmung gefunden. Bei den Kundgebungen blieben viele stehen und hörten zu. Die herrschende Klasse dagegen hat oft ihre Polizei geschickt. Sie weiß: Mit dem neuen Paragraphen 218 kann die Reaktion erst dann gut leben, wenn die Bewegung dagegen zerschlagen ist. Hierfür sind die Aussichten nicht gut: Das mußte die Polizei bei ihren zahlreichen Einsätzen erleben. Meist mußte sie mit Schimpf und Schande abziehen, manchmal nicht ohne Prügel.

Die Forderungen gegen den Paragraphen 218 sind Forderungen der Arbeiterbewegung. Sie sind in den Gewerkschaften verankert. Auf den Kundgebungen wurde gesagt: Am 1. Mai werden diese Forderungen der Bourgeoisie entgegengehalten. Die Anwendung des Paragraphen wird mannigfache Kämpfe hervorrufen.

Die Erfolge der herrschenden Klasse in der Verteidigung des § 218 sind papierene Erfolge. Der Zusammenschluß der Massen im Kampf gegen diesen Klassenparagraphen dagegen ist ein lebendiger Erfolg. Er hat das ganze letzte Jahr Fortschritte gemacht. Das ermutigt zur Fortsetzung des Kampfes. Die Demonstrationen am 21. Februar haben es bewiesen.




In mehr als 100 Orten (hier Gießen) wurde gegen den § 218 demonstriert. Bericht Seite 9.

*Island und Skandinavien*

## Gerechter Kampf um Fischereirechte

**Nach erneuten Einbrüchen britischer Fischtrawler und britischer Kriegsschiffe in die isländische 200-Meilen-Zone hat die isländische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien abgebrochen. Die letzte Auseinandersetzung fand innerhalb der 50-Meilen-Zone statt. Dabei gelang es einem isländischen Patrouillenboot, die Fangleinen eines britischen Trawlers zu kappen. Großbritannien hatte sich nicht einmal gescheut, in Gewässer einzudringen, die die Isländer selbst, auch für die isländischen Fischer, zu absoluten Schutzzonen erklärt hatten, um fast ausgestorbene Fischstämme zu retten und Laichplätze zu schützen. Auf Island befindet sich ein NATO-Stützpunkt, der von der US-Armee betrieben wird und der Überwachung der sowjetischen Kriegsflotte dient. Die Tatsache des Fischereikrieges des NATO-Landes Großbritannien gegen das kleine NATO-Mitglied Island versucht sich die sozialimperialistische Supermacht Sowjetunion zunutze zu machen, um selbst dort Fuß zu fassen. Zugleich aber weitet sich der Kampf für die nationale Souveränität und Schutz der nationalen Gewässer durch eine 200-Meilen-Zone auf die anderen nordischen Länder aus. Dieser Kampf richtet sich mit gleicher Entschlossenheit gegen die sozialimperialistische Sowjetunion und die DDR, deren Fischereiflotten rücksichtslos die nationalen Fischfanggründe der nordischen Länder ausbeuten.**

Die jüngste Krise des Kapitalismus hat in Skandinavien neben Hunderttausenden von Arbeitern und Bauern auch die kleinen Fischer an den Rand des Ruins gebracht. Sie machen in diesen Ländern, vor allem auf Island, einen großen Teil der arbeitenden Bevölkerung aus; der Beginn einer Massenverelendung zeichnet sich ab.

### Die ausländischen Fischereiflotten bedrohen die Existenz der Fischer

Das größte Problem der skandinavischen Fischer ist die Tatsache, daß die Erzeugerpreise gleich geblieben bzw. gesunken sind (Konkurrenz der Trawler), während die Produktionskosten enorm gestiegen sind (vor allem Treibstoff). In diesem Punkt unterscheiden sie sich nicht von ihren Kollegen in anderen westeuropäischen Ländern, z.B. auch der BRD. Katastrophal wird die Lage der skandinavischen Fischer aber dadurch, daß ihre fischreichen Gewässer zu einem Tummelplatz für ausländische Trawler geworden sind, die die Bestände mit allen technischen Raffinessen (Echolot u.a.) und ohne Rücksicht auf den Nachwuchs (engmaschige Netze) bis zum Grund leerfischen.

1973 machten die Isländer den Anfang und setzten die Erweiterung ihrer Zone von 12 auf 50 Meilen durch. Da ein großer Teil der wichtigen Fischbänke und Laichplätze jedoch außerhalb dieser Zone lagen und von den britischen und westdeutschen Schiffen nicht verschont wurden, sahen sich die Isländer gezwungen, schon zwei Jahre später die Grenze auf 200 Meilen zu erweitern.

Die BRD hat nach zähen Verhandlungen die 200-Meilen-Zone anerkennen und sich mit einer relativ niedrigen Fangquote zufriedengeben müssen. Ob diese Quote allerdings eingehalten wird, entzieht sich bisher jeder Kontrolle. Die englischen Fischereikonzerne führen nach wie vor einen regelrechten imperialistischen Krieg gegen die Isländer.

### Der Kampf gegen die Überfischung weitet sich aus nach Norwegen

Die isländischen Fischer haben sich bisher erfolgreich gegen die Angriffe gewehrt. Große Teile der britischen Fischereiflotte haben sich bereits aus den isländischen Gewässern zurückgezogen. Sie haben ihre Raubzüge in die norwegischen Fanggebiete verlegt, die bisher nur durch eine 12-Meilen-Zone abgesichert waren. Aber die norwegischen Fischer werden sich die Übergriffe genausowenig bieten lassen. So hat jetzt auch in Norwegen der Kampf für eine 200-Meilen-Zcne begonnen, nachdem in den letzten Jahren schon mehrmals besonders gegen das Eindringen sowjetischer Trawler in die norwegischen Fanggebiete protestiert worden war. Ende dieses Jahres bereits soll die norwegische Westküste ihre 200-Meilen-Zone haben. Der erste Ausdruck dieses Kampfes war ein landesweiter Aktionstag am 21. Januar, der unter der Parole „Solidarität mit Islands Kampf" die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes des isländischen und norwegischen Volkes betonte.

### ... und nach Dänemark und Schweden

Auch in Dänemark und Schweden hat der Kampf gegen die Überfischung durch ausländische Trawler begonnen. Da eine Ausweitung der Fischereizonen hier – außer an den dänischen Westküste – kaum möglich ist, verlangen die Fischer dieser Länder eine drastische Einschränkung und Kontrolle der Fangquoten bzw. Verbot der Fischerei ausländischer Schiffe überhaupt.

Die Trawler, die die schwedischen und dänischen Gewässer leerzufischen drohen und damit zur Vernichtung der Existenzgrundlage Zehntausender von Fischern und ihrer Familien beitragen, stammen vor allem aus Ländern, die sich sozialistisch nennen, nämlich aus

Fortsetzung Seite 2

## 7000 Unterschriften für die Kandidatur des KBW zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg

In 26 Wahlkreisen, in denen der KBW Kandidaten zur Landtagswahl aufgestellt hat, sind trotz Hetze und Einschüchterungsversuchen von seiten der Kapitalistenklasse bisher 7 000 Unterschriften zur Unterstützung der Kandidatur des KBW gesammelt worden.

150 Unterschriften sind in jedem Wahlkreis nötig. Am Montag, dem 1. März, müssen sie abgegeben sein. Mit jeder denkbaren kleinlichen Schikane versuchen die Kreiswahlleiter den Kommunisten die Kandidatur zu erschweren: In Tübingen sammelte die Ortsgruppe über 150 Unterschriften, die für ungültig erklärt wurden, weil im Unterschriftenformular neben der Bezeichnung KBW die Kandidaten nicht eingetragen waren, was auf Anweisung des Beamten im Kreiswahlamt geschah. In Weinheim ließ der Kreiswahlleiter sich vier Tage lang verleugnen, bevor er die Formulare überhaupt aushändigte.

In Stuttgart wurden in vier Wahlkreisen allein 1 000 Unterschriften gesammelt, dennoch ist noch nicht in allen Stuttgarter Wahlkreisen die nötige Zahl erreicht, weil die Unterschriften von Ausländern, Jugendlichen und Bewohnern mit dem Zweitwohnsitz in Stuttgart nicht als gültig anerkannt werden.

Die Unterschriftensammlung wird von den Ortsgruppen des KBW genutzt, um die Ziele und Auffassungen der Kommunisten bekannt zu machen. Das Sammeln der Unterschriften wird mit dem Verkauf von Wahlbroschüren und des Programms des KBW verbunden. Agitationszentren in den Stadtteilen sind ein wichtiges Mittel, um die Unterschriftensammlung mit öffentlicher Agitation zu verbinden.

## ... Fischereirechte

Fortsetzung

der UdSSR und DDR. Ihr Vorgehen unterscheidet sich durch nichts von den imperialistischen Angriffen der britischen Fischereiflotte.

So berichten z.B. in der Zeitschrift „Gnistan" vom 6. Februar dieses Jahres zwei schwedische Fischer aus dem Gebiet Gävle, daß im Dezember und Januar eine Flotte von 40 Booten aus der DDR auftauchte und dabei 5 Millionen Kilo Hering fing – soviel wie die Fischer von Gävle in einem ganzen Jahr! Sehr wahrscheinlich benutzen die Fischer aus der DDR sogenannte „Haarnetze", d.h. so feinmaschige Netze, daß auch nicht der kleinste Fisch entkommt. Bei einigen polnischen Schiffen wurden jedenfalls solche verbotenen Netze gefunden. Besonders empörend fanden es die beiden schwedischen Fischer, daß die Fänge, die die DDR-Fischer machten, zu Fischmehl und Viehfutter verarbeitet werden, während die Fischer von Gävle den hochwertigen Fisch dieses Gebiets nur als Speisefisch verkaufen.

### Die Sowjetunion ist der aggressivste Räuber

Der Protest der dänischen Fischer richtet sich in letzter Zeit zunehmend gegen die Sowjetunion. Die Nordostatlantische Fischereikommission (NEAFC) hat z.B. für die Sowjetunion eine Fangquote von 17 000 Tonnen Hering im Zeitraum von Juli 1975 bis Dezember 1976 festgelegt. Die sowjetische Fischereiflotte ist jedoch die größte der Welt (von den 139 größten Trawlern der Welt besitzt die Sowjetunion 122) und könnte die ihr zugestandene Quote innerhalb von drei Tagen aus den dänischen Gewässern holen. Die Sowjetunion hat die Fangquote zwar angenommen, hat aber gleichzeitig jede Kontrolle durch die NEAFC abgelehnt. Deshalb sehen die dänischen Fischer inzwischen in der Sowjetunion die größte Bedrohung ihrer Fischbestände.

Der Kampf der Fischer in Norwegen, Schweden und Dänemark ist erst am Anfang. Aber der Funke ist übergesprungen: Das kleine Volk von Island mit seinen 200 000 Einwohnern hat seinen großen skandinavischen Bruderländern den Weg gezeigt. Den Weg zur Befreiung von der Ausbeutung durch die alten imperialistischen und die neuen sozialimperialistischen Länder. Den Weg zur uneingeschränkten Verfügung über ihre nationalen Reichtümer und damit zur Sicherung und zur Verbesserung ihrer Existenz. – (a.r., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Kiel)

*Rentendebatte im Bundestag*

# Das Finanzkapital verlangt ein „Krisenopfer"

Am Freitag hat der Bundestag über die nach dem Gesetz fällige Rentenanhebung von 11 % zum 1. Juli in erster Lesung beraten. Alle Parteien wollen zustimmen. Pläne, die Anhebung um ein halbes Jahr zu verschieben, sind anscheinend wegen der anstehenden Wahlen fallengelassen. Damit ist der seit Monaten in der bürgerlichen Presse propagandistisch vorbereitete Angriff auf die Rentenversicherung aber nur verzögert. Der „Mannheimer Morgen" schreibt: „Wer in Bonn weiterregieren will, kann sich nicht an Entscheidungen zur Sanierung der Rentenversicherung vorbeidrücken." Im sozialdemokratischen Zentralorgan „Vorwärts" war schon Anfang Januar zu lesen: „Strittig erscheinen den Rentenverwaltern nur Termin und Modus, zu denen den Rentnern das Krisenopfer abverlangt wird." Schon seit längerem kursieren verschiedene „Berechnungen" über die Finanzlage der Rentenversicherung und ihre bevorstehende Pleite und Pläne zu ihrer „Sanierung".

## Allerlei „Sanierungspläne"

Der Verband der Rentenversicherung hat jüngst verlauten lassen, um die gesetzlich vorgeschriebene Mindestrücklage zu halten, müßten entweder die Beiträge am 1. Januar von 18 auf 19,6 % heraufgesetzt werden, oder es müsse die nächste Rentenanhebung von (Juli 77) um ein halbes Jahr verschoben und gleichzeitig zu einer „Aktualisierung" der Rentenanhebung übergegangen werden. Mit dem Vorschlag der „Aktualisierung" ist in der Bundestagsdebatte auch der FDP-Abgeordnete Schmidt gekommen.

Über diesen Vorschlag sind sich die Regierungsparteien offenbar schon einig, wie aus dem „Vorwärts"-Artikel hervorgeht. Gemeint ist damit, daß die Renten nicht mehr wie bisher im Abstand von drei Jahren der Lohnentwicklung folgen, sondern nur noch im Abstand von einem Jahr. Daß die Renten zu höheren Prozentsätzen angehoben würden als die Löhne, werde zu „sozialen Spannungen" zwischen den Arbeitenden und den Rentnern führen, meinte FDP-Schmidt.

„Soziale Spannungen", die werden die Abgeordneten Schmidt und Konsorten wegen der Rentenversicherung sicher kriegen, aber es wird den Arbeitern nicht einfallen, ihren Alten, die ein halbes Jahrhundert im Betrieb geschafft und Versicherungsbeiträge gezahlt haben, die 11 % zu neiden. So kurz ist ja auch ihr Gedächtnis nicht. Es ist gut in Erinnerung, daß die 1957 eingeführte „Rentendynamik" den Rentnern nichts gebracht, aber für die Kapitalisten ein großartiges Geschäft gewesen ist. Damals wurde festgelegt, daß die Renten jährlich zu dem Prozentsatz angehoben werden, zu dem die „Rentenbemessungsgrundlage" angestiegen ist. Als Bemessungsgrundlage wurde dabei z.B. für 1958 der Durchschnitt aller Bruttolöhne der Jahre 1954 bis 1956 genommen. Der gewünschte Effekt, daß die Renten um drei Jahre hinter den Löhnen hinterherhinkten, war in der Hochkonjunktur äußerst vorteilhaft war für die Kapitalisten. Das „Renteniveau" (Rente nach 40 Versicherungsjahren bei ständig durchschnittlichem Bruttolohn) sank denn auch bis 1974 auf 41,6 % des durchschnittlichen Bruttolohns. Und zwar trotz einer 1972 um ein halbes Jahr vorgezogenen Anhebung. Das Finanzkapital war zufrieden. Bei hohen Beitragseinnahmen und niedrigen Ausgaben sammelten die Rentenkassen über 40 Milliarden an, von dem es sich bedienen konnte. Außerdem wurde ein Gesetz durchgebracht, nachdem die Rücklage nicht mehr unter 3 Monatsausgaben sinken durfte.

Die Rentner wurden um Milliarden betrogen. Auch wenn jetzt die letzten Rentenanhebungen den Lohnsteigerungen der Hochkonjunktur nachfolgen, bewegt sich die „Anpassung" von vornherein auf einem niedrigeren Gesamtniveau.

Jetzt ohne einen Ausgleich die „Rentendynamik" zu „aktualisieren", hieße also, die Renten ein zweites Mal zu beschneiden.

Welche Folgen das hätte, lassen die Zahlen erkennen über das, was bei der „Rentendynamik" bisher herausgekommen ist.

Im Juli 1975 liegen 3,7 Millionen von 6,8 Millionen Versichertenrenten unter 600 DM, davon 2,9 Millionen Frauenrenten, 2,3 Millionen von 3,3 Millionen Witwenrenten unter 600 DM. Daß viele Witwen noch eine Kleinstrente aus eigner Arbeit haben, mildert das Ergebnis kaum. Das zeigt die Einkommensstatistik. Im April 1974 haben 40 % aller Rentner und Pensionäre ein Einkommen unter 600 DM, bei den Frauen sogar 58,8 %. Davon müssen 150000, die schon älter als 65 Jahre sind, noch nebenher arbeiten, um nicht zu verhungern. In der Landwirtschaft steigt der Anteil der mitarbeitenden Rentner auf 11,5 der Erwerbstätigen.

## 6 Mill. Renten unter 600 DM

Schon 1973 können sich über 850000 der über 50-jährigen nicht mehr aus eigenem Einkommen ernähren und müssen bei den Behörden um „Sozialhilfe" betteln. Das ist fast doppelt so viel wie 10 Jahre davor. Seither hat die Zahl ständig zugenommen.

Renten über 1000 DM erhielten im Juli 75 von den 5 Millionen Rentnern der Arbeiterrentenversicherung überhaupt nur 746700 Männer und 1600 Frauen (siehe Kasten).

Die Prozentanhebungen haben außerdem zur Folge, daß sowohl die Differenz zu den Löhnen absolut immer größer wird, als auch die Spanne zwischen den kleinsten und größten Renten. Mit den 11 % zum 1. Juli 76 wird die Mehrzahl der Rentner die Löcher nicht stopfen können, die Teuerung und Inflation in ihre Haushaltskasse reißen. Für über ein Drittel sind das höchstens 60 DM. Das kann allein durch eine Mieterhöhung zunichtegemacht werden. Damit nicht genug, müssen gerade die Ärmsten damit rechnen, daß sie durch Anrechnung der Erhöhung auf Wohngeld und Sozialhilfe noch ärmer gemacht werden, zumal beides noch zusätzlich gekürzt worden ist. Für tausende wird z.B. auch die Befreiung von Rundfunk- und Fernsehgebühren wegfallen.

Die Zahl der Selbstmorde unter den Alten steigt. Die Ärmsten sparen beim Heizen und an der Beköstigung. Da wird dann wieder eine alte Frau in ihrem Zimmer gefunden, die verhungert ist. Aber die Kapitalisten sind unersättlich. Sie verlangen jetzt von den Alten ein „Krisenopfer". Der Kassenstand der Rentenversicherung sei jetzt so, daß sich Beitragserhöhungen nur vermeiden ließen, wenn an den Renten gespart werde. Sonst sei die Versicherung pleite. Was ist von all dem zu halten?

Tatsache ist folgendes: Die Arbeiter und Angestellten bekommen 18 Prozent vom Lohn für die Rentenversicherung abgezogen (9 Prozent Arbeitnehmeranteil, 9 Prozent Arbeitgeberanteil). 1974 waren das insgesamt 72 Milliarden DM. Der Staat hat 1974 12 Mrd. Zuschüsse bezahlt, von denen er sich aber wiederum 650 Millionen hat stunden lassen. Diese Staatszuschüsse sind ein schlechter Ausgleich dafür, daß der faschistische Staat 20 Mrd. durch Zwangsanleihen aus der Rentenkasse für die Kriegsfinanzierung geraubt hat, von denen dann nichts mehr übrig war, und für durch den imperialistitschen Krieg verursachte Invalidität. Die Zuschüsse sind an die Bemessungsgrundlage gekoppelt, aber nicht an die Zahl der Versicherten, d.h. sie sind im Verhältnis zur Zahl der Versicherten ständig gesunken.

Bei Gesamtausgaben von 85 Mrd. hat die Rentenversicherung 1974 einen Überschuß von etwa 5 Mrd. erreicht, sodaß das Gesamtvermögen zum 30. Juni 75 auf 47 Mrd., etwa 8 Monatsausgaben, anwuchs.

## Finanzmanipulation mit dem Geld der Versicherten

Das Geld der Versicherten ist in Form von Krediten, Anleihen usw. in den Händen der Banken. Damit wird ein größerer Teil des Staatshaushaltes finanziert und ein gut Teil der Investitionen der Kapitalisten, der größte Teil liegt aufgrund langer Laufzeiten fest. Arbeitslosigkeit und Rückgang der Beschäftigtenzahl führen aber jetzt zu Beitragseinbußen. Andererseits hat die Zahl der Rentner ständig zugenommen. Kam 1958 auf 3 Pflichtversicherte 1 Rentner, so 1974 auf 2 Versicherte 1 Rentner. Das ist die Folge davon, daß durch zwei imperialistische Weltkriege und die Weltwirtschaftskriege der Altersaufbau der Bevölkerung stark deformiert worden ist. Das ist gleichzeitig die Folge davon, daß die Arbeiter durch gesteigerte Ausbeutung in den Betrieben immer schneller verschlissen werden. Der Neuzugang von frühzeitig „Erwerbsunfähigen" hat sich allein von 1963 bis 1972 nahezu verdoppelt, von 123000 auf 230000. Die Rentenversicherung muß folglich auf ihre Rücklagen zurückgreifen.

Aufgrund der langen Laufzeiten der meisten Anlagen können aber bis 1977 nur 11 Mrd. „flüssig" gemacht werden. Von frühzeitigen Auflösungen der Rücklagen durch Verkäufe von Anleihen will das Finanzkapital absolut nichts wissen. Das würde ihm die Kurse verderben. Seine Lösung: Die Rentner sind zu teuer, also soll man ihnen weniger geben, das fördert den „Rentenwegfall", wie es in der Amtssprache heißt. Andernfalls müßten die Beiträge erhöht werden.

Daß die eigenen Eltern und Großeltern für die drohende Pleite der Rentenversicherung verantwortlich sein sollen, die da 40 oder 50 Jahre einen großen Teil ihres Lohns eingezahlt haben, diese abstruse Behauptung wird unter den Arbeitern wenig Anhänger finden. Da wird sich viel eher die Erkenntnis ausbreiten, daß niemand anders als die Kapitalisten dafür verantwortlich sind, wenn heute 40 % aller Rentner schon vor der vorgezogenen Altersgrenze (62) in Rente gehen müssen. Und ebenso für den Tod von Millionen Arbeitern im Krieg, für den Geburtenausfall, für Millionen Kriegsinvaliden.

Daß sie deshalb auch die Beiträge für die Versicherung ganz zu zahlen haben und zwar jeweils in der notwendigen Höhe, damit die Alten davon bis an ihr Lebensende vernünftig leben können.

Und wenn das Finanzkapital dagegen geifert, daß das Vermögen der Versicherten tatsächlich zu dem Zweck genutzt wird, zu dem es angesammelt wurde und nicht für Bankgeschäfte oder Währungsmanipulationen, dann wird das nur die Einsicht fördern, daß diese Gelder von den Versicherten verwaltet werden müssen. – (hv)

**Arbeiterrentenversicherung**

Durchschnittliche Höhe der laufenden Rente im Juli 1975

| | | Anzahl |
|---|---|---|
| Berufsunfähigkeitsrenten | 259,30 DM | 230000 |
| Erwerbsunfähigkeitsrenten | 376,70 DM | 1090000 |
| Altersruhegelder, 65 Jahre | 592,40 DM | 2872000 |
| Altersruhegelder, 60 Jahre an Arbeitslose | 861,60 DM | 90000 |
| Altersruhegelder, 60 Jahre an Frauen | 441,20 DM | 544000 |
| Altersruhegelder, 62 Jahre | 919,00 DM | 27000 |
| Altersruhegelder, 63 Jahre | 1003,80 DM | 194000 |
| Altersruhegelder, 67 Jahre | 461,70 DM | 1 |
| Versichertenrenten insg. | 536,70 DM | 5048000 |
| Witwenrenten | 436,50 DM | 2361000 |
| Durchschnitt der Angestelltenrenten insg. | 858,10 DM | 1803000 |
| Witwenrenten | 629,50 DM | 938000 |

Arbeitslose über 60 werden verrentet, wenn sie 15 Jahre versichert waren und in den letzten 1 1/2 Jahren 52 Wochen arbeitslos waren.

Die „flexible Altersgrenze" können nur die in Anspruch nehmen, die 15 Jahre Versicherungsbeiträge gezahlt haben und gleichzeitig 35 „anrechnungsfähige" Jahre haben (also Ausbildungszeiten, Krieg, Arbeitslosigkeit).

### Sowjetischer Trawler in den Küstengewässern Gabuns aufgebracht

Ein sowjetischer Trawler wurde am 10.2. vor der westafrikanischen Küste von einem Boot der gabunesischen Küstenwache aufgebracht zur Überprüfung durch die Behörden. Der Trawler hatte in den Küstengewässern des Gabun im Bereich des Fördergebiets der Elf-Gabun-Ölgesellschaft gefischt. – (nach Hsinhua, 13.2.)

### US-Fischereischiff in mexikanischen Gewässern aufgebrachty

**Mexiko-City.** Die mexikanische Marine hat am 17.2. ein US-Fischereischiff in den mexikanischen Küstengewässern aufgebracht. Das US-Schiff fischte acht Meilen vor der mexikanischen Küste. Das Schiff wurde im Hafen Tampico von den Behörden überprüft. Bereits im letzten Dezember hatte die mexikanische Marine vier US-Fischereischiffe in den Küstengewässern aufgebracht. – (nach Hsinhua, 19.2.)

### Flotte der Sowjetunion – Weltmeere erobert

Ein offensive strategisches Konzept für die sowjetischen Seestreitkräfte hat der Stellvertretende Verteidigungsminister der UdSSR und Oberkommandierende der Kriegsmarine, Flottenadmiral Gorschkow, in der Armee-Zeitung „Krasnaja Swesda" vom 11. Februar vertreten. Darin heißt es: „Unsere Flotte, die im Schmelztiegel der wissenschaftlich-technischen Revolution eine Erneuerung erfuhr, hat die Weiten des Weltmeeres erobert. Die Schaffung einer starken Flotte, die die Seemacht unserer Großmacht würdig verkörpert, ist eine bemerkenswerte Leistung des sowjetischen Volkes ..." Eine Leistung, die dem sowjetischen Volk unter der Knute der Sowjetrevisionisten abgerungen wurde, gegen seine Interessen und die der Völker der Welt, und die die expansiven und aggressiven Absichten der Sozialimperialisten deutlich macht.

### Blutopfer des Kapitals

Der Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung weist für 1974 die Zahl von 1,99 Millionen Arbeitsunfällen aus. 5 219 tote Arbeiter und Angestellte forderte das Kapital als Schlachtopfer. Der Bericht rühmt die Regierung: Das seien die niedrigsten Zahlen seit 1954 bzw. 1949. Gleichzeitig muß er mitteilen, daß seit etwa zehn Jahren eine Zunahme der Berufskrankheiten um fast 40 Prozent zu verzeichnen ist auf jährlich 36 000 Fälle. Wo Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht in einzelnen schweren Katastrophen vernichtet werden, werden sie Zug um Zug zugrunde gerichtet. (Nach Sozialpolitische Umschau, 18. Februar)

### Lohnstückkosten gedrückt

Die Lohnstückkosten seien im letzten Quartal 1975 erstmals seit Ende 1968 wieder gefallen. Diese Erfolgsmeldung im Kampf um die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit brachte in der letzten Woche das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Die Lohnstückkosten geben an, wieviel Lohn pro hergestelltes Produkt gezahlt wird. Sind diese Lohnstückkosten im Durchschnitt in den letzten Jahren gestiegen, dann vor allem wegen des Anwachsens der Nominallöhne durch die Inflation. Heute sinken die Durchschnittsaufwendungen an Lohn pro hergestellter Ware, obwohl die Inflation weitergeht. Die Arbeitskraft ist für die Kapitalisten billiger geworden und ihre Ausbeutung ergiebiger. (Nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Februar)

### Genosse Noth ist frei, Genosse Hildebrandt weiter in Haft

Der Genosse Jochen Noth ist nach Verbüßung der vollen Haftstrafe von acht Monaten am 20. Februar aus der Haft entlassen worden. Dietrich Hildebrandt, der im gleichen McNamara-Cabora Bassa-Prozeß zu zwölf Monaten verureilt wurde, sitzt immer noch in Haft imn Gefängnis Ludwigsburg. Die Entscheidung des Vollzugsgerichts über Zwei-Drittel-Haftentlassung, die längst fällig ist, steht noch aus. Offensichtlich legt es die Justiz darauf an, dem Genossen Hildebrandt ein öffentliches Auftreten im Rahmen seiner Kandidatur für den KBW bei den Landltagswahlen zu verhindern.

## 25. Parteitag der KPdSU

# Kronrat der neuen Zaren

**Auf den Tag genau 20 Jahre nach der Geheimrede Chrustschows gegen Stalin auf dem XX. Parteitag 1956 ist am 14. Februar 1976 der XXV. Parteitag der KPdSU eröffnet worden. Schauen wir, was die herrschende Revisionistenclique in diesen 20 Jahren ihrer Herrschaft der sowjetischen Arbeiterklasse und den Völkern der Sowjetunion gebracht hat.**

### Mit der Restauration des Kapitalismus werden die Produktivkräfte erneut gefesselt

Am 1. Dezember 1975 hat Breschnew, der Generalsekretär der KPdSU, auf dem Plenum des ZK erklärt:

„Das wichtigste Ergebnis besteht darin – und davon spricht überzeugend das Leben selbst –, daß die Grundrichtung und der Charakter der wirtschaftlichen Entwicklung im 9. Fünfjahrplan der Linie des XXIV. Parteitages der KPdSU, der prinzipiellen Orientierung unserer Wirtschaftspolitik, völlig entsprechen. Wir haben einen guten Schritt voran getan. Wenn man den Umfang des absoluten Zuwachses der gesellschaftlichen Produktion berücksichtigt, so ist der 9. Fünfjahrplan der beste Fünfjahrplan in der Geschichte unseres Landes."

Im Klartext bedeutet das: Die Restauration des Kapitalismus ist in der Sowjetunion ein gutes Stück vorangekommen und die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus macht sich immer deutlicher bemerkbar. Davon spricht nicht nur „das Leben selbst", davon sprechen auch die Zahlen des sowjetischen Zentralbüros für Statistik. Selbst die nach unten korrigierten Planziele des 9. Fünfjahrplanes sind nicht erreicht worden. Die Konsumgüterproduktion hatte von 1971 bis 1975 um 44 bis 48 Prozent steigen sollen und ist nur um 34 Prozent gestiegen. Die Produktion von Produktionsmitteln hatte um 41 bis 45 Prozent steigen sollen und ist nur um 39 Prozent gestiegen. Die landwirtschaftliche Produktion hatte um 20 bis 22 Prozent steigen sollen und ist nur um 13 Prozent gestiegen. 1972 und vor allem 1975 hat es gewaltige Mißernten gegeben. In der Periode des 9. Fünfjahrplanes hatte die Wirtschaft der Sowjetunion in Wirklichkeit den geringsten prozentualen Zuwachs erzielt seit der Machtergreifung der Revisionisten. Seit dieser Machtergreifung aber sind die Zuwachsraten ständig gesunken. Die Zuwachsrate des Nationaleinkommens des 9. Fünfjahrplanes, des niedrigsten der vier Fünfjahrpläne seit Machtergreifung der Revisionisten, ist nur zu 72,5 Prozent verwirklicht worden. Das entspricht gerade der Hälfte der realen Zuwachsrate des 6. Fünfjahresplans, mit dem Chrustschow die Ära der Herrschaft der neuen Bourgeoisie eröffnet hatte. Die Zuwachsrate in der industriellen Produktion ist seit dem Machtantritt der Revisionisten ständig zurückgegangen. Während der neun Jahre unter Chrustschow ist sie gegenüber den Jahren 1950 bis 1953 um 40 Prozent zurückgegangen. In den 11 Jahren seit dem Machtantritt Breschnews ist die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate in der Industrie noch einmal um 23 Prozent niedriger als in der Zeit Chrustschows. Wenn Breschnew aus dem Umfang des absoluten Zuwachses der gesellschaftlichen Produktion ableitet, daß der 9. Fünfjahrplan der beste in der Geschichte des Landes ist, dann gibt er nur zu, daß die Revisionistenclique heute ausschließlich von den früheren Errungenschaften der Arbeiterklasse lebt. Die Entwicklung der prozentualen Zuwachsraten zeigt, daß die Revisionisten dabei sind, die Wirtschaft zugrunde zu richten, sie in die Krise und Stagnation zu führen. Am deutlichsten zeigt sich das in der Landwirtschaft, wo die Revisionisten die Getreideproduktion pro Kopf 1975 auf das Produktionsniveau von 1913 unter der Zarenherrschaft heruntergebracht haben.

### Die Ausbeutung der Arbeiterklasse und des Volkes soll verschärft werden

Wie alle Bourgeois wissen die sowjetischen Revisionisten für das Innere keinen anderen Ausweg aus der Krise der kapitalistischen Produktionsweise als die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und des Volkes. Diese wollen sie unter der Losung „Besser und mit geringeren Kosten" vorantreiben. Das ist die hundsgewöhnliche Methode der Kapitalisten, die Kontrolle über die menschliche Arbeit zu erhöhen und die Löhne zu senken, mehr Arbeit für weniger Geld und durch weniger Arbeitskraft leisten zu lassen. Es ist klar, daß mit der Machtergreifung der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion der Enthusiasmus der Arbeiter für die Produktion beseitigt worden ist. Für die Restauration des Kapitalismus kann man die Arbeiter nicht begeistern, dafür muß man sie unterdrücken. Die sowjetischen Arbeiter wehren sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung zur Zeit noch vor allem durch passiven Widerstand. Zahlreich sind die Klagen der Revisionisten über diese Tatsache: Der lettische Parteisekretär schreibt in seinem Bericht, die Arbeitsdisziplin lasse zu wünschen übrig, und der „sozialistische Wettbewerb wird auf formalistische Weise abgetan ohne aktive Beteiligung der Massen, ohne Vervollkommnung der Organisation des Unternehmens". Groß ist die Klage der herrschenden Revisionistenclique, daß sie noch keine Schicht von wirksamen Agenten der Ausbeutung hervorgebracht hat, obwohl sie durch Prämien für die leitenden Angestellten usw. einiges dafür getan hat: Bloß die Korruption in der Partei ist immer größer geworden, und so klagt der Parteisekretär von Lettland, daß die zuständigen Parteiorganisationen ihre Kontrollaufgabe nicht korrekt wahrnehmen. Selbstverständlich machen die Revisionisten die schlechte Produktion den Arbeitern zum Vorwurf. Der Parteisekretär von Georgien z.B. sagt: „Genossen, wenn wir solche Produkte für unsere georgisches Arbeitervolk produzieren, ehrt uns das nicht. Wenn es für die sozialistischen Schwesterrepubliken ist, dann kommen wir unserer internationalistischen Pflicht nicht nach. Wenn es für unsere sozialistischen Bruderländer ist, so können wir dort nur eine Produktion von höherer Qualität unterbringen. Was aber die Kapitalisten betrifft, so sind sie nicht dumm genug, unsere Produktion von niedriger Qualität zu kaufen." Da haben wir das Problem. Mit der Restauration des Kapitalismus richten die Revisionisten in der Sowjetunion die Produktion zugrunde und müssen ihre Waren doch in Konkurrenz zu denen der anderen kapitalistischen Ländern auf dem Weltmarkt unterbringen. Die Schwierigkeiten, die die Sowjetunion dabei hat, schlagen sich in einem riesigen Handelsdefizit und in großen Schulden nieder. Nach Schätzungen von Londoner Banken hat 1975 das Handelsdefizit der Sowjetunion zu den westlichen kapitalistischen Ländern 5 Milliarden Dollar erreicht. Es wird durch Kreditaufnahmen und Goldverkäufe gedeckt. Allein Italien hat der Sowjetunion im letzten Jahr mittelfristige Kredite von zwei Milliarden Dollar gegeben. Die Antwort nach innen ist die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter und Bauern. Die herrschende neue Bourgeoisie kann auch keine andere Antwort geben.

### Die Versorgung der Arbeiter und Bauern verschlechtert sich!

Um die Arbeiter vom Klassenkampf abzulenken und die Machtergreifung seiner Revisionistenclique über die Bühne zu bringen, hatte Chrustschow den „Gulaschkommunismus" verkündet und großartige Versprechen gemacht, was auf dem kapitalistischen Weg nicht alles für schöne Sachen auf die Arbeiterklasse warten. Es wartet dort aber nicht nur die ständige Verschärfung der Ausbeutung, sondern auch die Verschlechterung der Versorgung. Es fehlt nicht nur an Getreide, sondern auch an Kartoffeln. Bereits werden Pläne geschmiedet, die Brötchen zu verkleinern, insbesondere für die Fabrik- und Schulkantinen, wie in der sowjetischen Zeitschrift „Komsomolskaja Prawda" zu lesen und vom stellvertretenden Landwirtschaftsminister Plojakow zu hören waren. Die Revisionisten haben versprochen, die Konsumgüterindustrie zu entwickeln. Das haben sie nicht zustandegebracht, und für den nächsten Fünfjahrplan haben sie auch schon selbst auf das Versprechen verzichtet. Die Folge ist, daß die Arbeiter ihren Lohn noch nicht einmal in Verbrauch umsetzen können, sondern über Sparguthaben dem Staat ausliefern müssen. Der Parteisekretär von Kasachstan schreibt in seinem Bericht: „Die Mängel unseres Handels beeinflussen den Bewußtseinsstand unserer Arbeiter. Die Bedürfnisse der Bevölkerung werden nicht vollständig zufriedengestellt. Wenn man freilich unsere Zeitungen liest, hat man den Eindruck, daß alles gut geht und nichts verbessert werden muß ... Man kann immer Erklärungen finden, aber die Leute wollen Produkte und keine Erklärungen." Recht hat er, und die herrschende Revisionistenclique muß immer mehr fürchten, daß sich die Arbeiterklasse mit ihren Erklärungen nicht mehr abfindet und die Ursachen der Verschlechterung ihrer Lage, die Restauration des Kapitalismus, erkennt und sich daran macht, sie durch den Sturz der Herrschaft der neuen Bourgeoisie zu beseitigen.

### Nur die Rüstung entwickelt sich schwungvoll

Im letzten Fünfjahrplan war der Konsumgüterindustrie zunächst Vorrang eingeräumt worden. Tatsächlich war das aber nicht der Fall. In dem neuen Fünfjahrplan hat wieder ausdrücklich die Schwerindustrie den Vorrang, was vor allem der beschleunigten Aufrüstung dienen soll. Die Wirtschaft wird zunehmend militarisiert und ausgerichtet nach der Losung: Kanonen statt Butter.

Die sowjetischen Revisionisten haben im Innern den Kapitalismus restauriert. In der Welt treten sie als Sozialimperialisten auf und rivalisieren mit der anderen Supermacht um die Weltherrschaft. Ökonomisch kann der Sozialimperialismus dabei nicht mithalten. Um so mehr strebt er nach militärischer Übermacht, um die Neuverteilung der Welt zu seinen Gunsten in Angriff zu nehmen. Die Restauration des Kapitalismus haben die Revisionisten stets hinter der Phrase vom beschleunigten Aufbau des Kommunismus verbergen wollen. Das Streben nach Weltherrschaft versucht der Sozialimperialismus hinter dem Entspannungsgerede zu verbergen. Der sowjetischen Arbeiterklasse und den Völkern der Welt Sand in die Augen zu streuen und gleichzeitig neue Verbrechen vorzubereiten, dazu dient der 25. Parteitag der KPdSU. „Der XXV. Parteitag der KPdSU zieht die Blicke der Welt auf sich", schreibt die UZ, die Zeitung der DKP. Aber immer weniger läßt sich die Welt von den Worten täuschen, mit denen die Sozialimperialisten bei solcher Gelegenheit blenden. – (gs)

# Parteienstreit, Streit der Parteien: Zug um Zug Verschärfung der Reaktion

In Bonn habe es einen Machtwechsel gegeben, dessen Illustration in den Vorgängen um die Polen-Vereinbarung und im Regierungswechsel von Niedersachsen zu finden sei. Frage man jedoch, „wohin die Macht gewechselt ist, so lautet die Antwort: ... Sie ist ... zwischen alle Stühle gefallen", schreibt die „Süddeutsche Zeitung". Doch die gegenwärtige Situation, wo die SPD/FDP nichts ohne die CDU/CSU und die CDU/CSU nichts allein zustandebringen kann, ist dennoch alles andere als ein Machtwechsel. Was stattfindet, ist vielmehr eine unerhört verschärfte Gangart der kapitalistischen Staatsmacht gegen das Volk, wobei das Finanzkapital die Zügel um so fester im Griff hat, je mehr sich die bürgerlichen Parteien gegeneinander in der Hand haben. Der politische Kurs für die künftige Regierung wird praktisch jetzt festgelegt, egal in welcher Koalition sie zustandekommen wird. Man kann das an jedem der unzähligen Bundestagsbeschlüsse sehen, sowohl an denen, die Gesetz werden, als auch an denen, deren endgültige Fassung noch durch Bundesratseinsprüche aussteht. Sehen wir nur einige der wichtigsten Beschlüsse der letzten 14 Tage.

Einstimmig beschlossen wurde die **Rentenanpassung**, zugleich aber von allen Parteien in ihren Reden die Weichen gestellt für einen Abbau der Renten. (Siehe Seite 2)

Das **Jugendarbeitsschutzgesetz** wurde im Bundestag von allen Parteien einstimmig verabschiedet. (Ausführlich KVZ Nr. 2 und 3) Doch Abbau von Schutzrechten für die jugendliche Arbeitskraft, Freigabe zur Akkord- und Schichtarbeit, weitere Lockerung des Verbots der Kinderarbeit usw. – all das reicht der Kapitalistenklasse noch nicht. Die Bundesratsmehrheit der CDU/CSU hat nun dazu eingesetzt werden, auch noch das Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit für Jugendliche aufzuheben. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat einen entsprechenden Änderungsentwurf vorgelegt.

Einstimmig war im Bundestag das **14. Strafrechtsänderungsgesetz** verabschiedet worden. Mit den zusätzlichen Paragraphen 88 a und 130 a stellt es die Befürwortung von Gewalt unter Strafverfolgung. Verboten soll es sein, für die Notwendigkeit von Streiks gegen die Kapitalisten, für den Widerstand gegen volksfeindliche Maßnahmen der kapitalistischen Staatsmacht zu sprechen und jegliche revolutionäre Propaganda zu betreiben. (Siehe Informationsblatt der KVZ Nr. 1) Trotz Einstimmigkeit im Bundestag haben jetzt die CDU-regierten Länder im Bundesrat Einspruch erhoben, weil sie zusätzlich das Demonstrations- und Versammlungsrecht weiter einschränken wollen. Nicht nur die Beteiligung an Demonstrationen, bei denen von der Polizei angegriffen werden (denn dadurch werden Demonstrationen strafbar), sondern auch das unbeteiligte Hineingeraten in solche Demonstrationen soll unter Strafe gestellt werden. Der Zweck dieses Vorschlags ist eindeutig: Es soll keine Zeugen, sondern nur Straftäter geben, wenn die Polizei gegen das Demonstrationsrecht vorgeht. Einspruch erhob der Bundesrat auch gegen den im Bundestag einstimmig von allen Parteien beschlossenen „**Verlustrücktrag**". (KVZ Nr. 3) Erreicht werden soll mit dem Einspruch, daß die Kapitalisten nicht nur Verluste aus 1975, sondern auch bis 1974 auf frühere Gewinne angerechnet bekommen und entsprechend gezahlte Steuern ersetzt bekommen.

Das Verfahren, einstimmig im Bundestag eine scharfe Gangart beim Abbau von Rechten, bei der staatlichen Ausplünderung der Volksmassen und bei der Verbesserung der Ausbeutungsbedingungen für die Kapitalisten einzuschlagen und anschließend im Bundesrat die Einstimmigkeit wieder aufzuheben, um noch einen Schritt weiter zu gehen, ist typisch für das gegenwärtige Vorgehen der Reaktion im Zusammenspiel und Gegeneinander der bürgerlichen Parteien.

Die scharfe Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien beginnt immer an dem Punkt, wo die Sache im Prinzip gelaufen ist, wo die Weichenstellung auf den verschärften Kurs der Reaktion erfolgt ist. Und sie wird darüber geführt, ob nicht die gerade beschnittenen Rechte des Volkes, die gerade beschlossene Aufhebung von Arbeiterschutzrechten, der gerade in Kraft gesetzte Abbau von Sozialleistungen und die gerade erhöhte Ausplünderung durch den Staat noch ein Stück weiter getrieben werden kann. Dabei führen die bürgerlichen Parteien die Auseinandersetzung gegeneinander so heftig, daß die schon erfolgte gemeinsame Festlegung auf den Kurs verschärfter Reaktion zum Teil nicht bemerkt und von der bürgerlichen Presse auch weitgehend verschwiegen werden kann. So hat jetzt zum Beispiel der „Stern" als erstes bürgerliches Presseorgan entdeckt, daß das Jugendarbeitsschutzgesetz Kinder- und Akkordarbeit für Jugendliche ermöglicht, nachdem das Gesetz längst im Bundestag verabschiedet ist. Erzählt man in sozialdemokratischen Wahlversammlungen etwas über den Inhalt dieses Gesetzes oder über das verabschiedete Maulkorbgesetz (14. Strafrechtsänderungsgesetz), dann reagieren die Mitglieder und Anhänger der SPD ungläubig und empört über solche vermeintliche „Erfindungen kommunistischer Propaganda".

Die sozialdemokratische Führung spekuliert dabei bewußt auf die Unkenntnis. Im Wahlkampf von Baden-Württemberg agitiert sie zum Beispiel gegen das baden-württembergische Polizeigesetz, obwohl zugleich von der SPD/FDP ein einheitliches Polizeigesetz gleichen Kalibers auf Bundesebene vorbereitet wird. In Baden-Württemberg, wo die SPD in der Opposition ist, führt sie große Angriffe auf den Schieß-Erlaß, die baden-württembergische Ausführung des von allen Ländern beschlossenen Radikalenerlasses, während im SPD-regierten Land Bremen schon früher nach einem ebensolchen Erlaß verfahren wurde. Und einen Tag bevor das 14. Strafrechtsänderungsgesetz im Bundestag verabschiedet wurde, erklärte der Bundestagsabgeordnete der SPD in Bremen auf Befragung, das Gesetz, für das er am nächsten Tag in dritter Lesung die Hand hob, befände sich erst in erster Lesung.

Beim Streit um das sogenannte Radikalengesetz (**Beamtenrechtsrahmengesetz**) wird das Spiel auf die Spitze getrieben. Der Regierungsentwurf ist gegen die Stimmen der CDU/CSU-Opposition im Bundestag verabschiedet worden. Längst aber wird in allen Bundesländern seit dem Ministerpräsidentenerlaß von 1972 die Säuberung des Staatsdienstes nicht nur in der Beamtenschaft und unter den Anwärtern von Beamtenberufen, sondern bis in die Reihen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst betrieben. Daß eine bundeseinheitliche Regelung durch den Einspruch der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat vorläufig verhindert wird, stellt deshalb die Praxis der Bespitzelung, Gesinnungsschnüffelei und der Berufsverbote in allen Ländern und Bundesinstitutionen überhaupt nicht in Frage. Die SPD-Länder erklärten nun, sie wollten nach dem neuen Gesetz, die CDU-Länder erklärten, sie wollten inzwischen nach dem alten Erlaß verfahren.

Erkenntnisse des Verfassungsschutzes sind in beiden Verfahren das Material der Beweisführung, und in beiden Verfahren liegt es beim Bewerber die Möglichkeit, vor dem Staat einen Buckel zu machen und seine richtigen Ansichten gegen die Gewährung einer Beamtenlaufbahn zu verkaufen.

Während nun die CDU/CSU verkündet hat, sie werde gleich einen Gesetzantrag gegen „verfassungsfeindliche" Organisationen stellen, wenn die SPD nicht ihrem Vorschlag zustimme, hat die SPD fast unbemerkt den Vorschlag ausgearbeitet, eine Liste von „verfassungsfeindlichen Organisationen" herzustellen und damit den alten Adenauer-Erlaß von 1951 neu aufzulegen. In der bürgerlichen Presse ist dieser Vorschlag, der in einer Drucksache des Vermittlungsausschusses des Bundestags vom November letzten Jahres geschrieben steht, noch mit keiner Zeile erwähnt.

Man sieht, obwohl sich die bürgerlichen Parteien im Prinzip der Verschärfung der Reaktion einig, geht ihr Streit doch nicht einfach um des Kaisers Bart. Vielmehr ist die Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien die Form, in der sie die Reaktion Schritt für Schritt vorwärtstreiben und darum wetteifern, sich als Statthalter der Kapitalistenklasse zu bewähren, den Spielraum der Reaktion zu vergrößern, indem sie dem Volk die Fesseln enger ziehen.

In dieser Auseinandersetzung muß die SPD/FDP-Regierung, die als Reformregierung angetreten war, verschleißen. Neben dem Reformbetrug kann sie auch mit ihrem zweiten Hauptpunkt ihrer Politik, dem Entspannungsschwindel der Ostpolitik, nicht mehr die Massen betrügen. Nur weil der Menschenhandel mit den **Polenverträgen** himmelweit entfernt ist von den Hoffnungen, die große Teile des Volkes mit der Politik der „Versöhnung mit dem Osten" verbanden, kann die CDU/CSU so erfolgreich gegen diesen Vertrag angehen.

Das ist zunächst ein Geschäft zwischen Kapitalisten, bei dem 100 000 Menschen verschoben werden, als Versöhnung zwischen den Völkern bezeichnen? Da soll diese Versöhnung doch offensichtlich gerade nicht stattfinden, unmöglich sein, wenn nun der Haß gegen die Geschäftemacher auf beiden Seiten folgt. So ist die Forderung der CDU/CSU, der deutschen Minderheit in Polen besondere Rechte einzuräumen, um sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen, gar nicht ein Gegensatz zur SPD-Politik, sondern ihre Konsequenz. Geeignet, einen Graben aus Chauvinismus zwischen die Völker zu ziehen, ist diese Ostpolitik, von seiten der polnischen als der deutschen Herrschaften.

Der Zwischenruf von Herbert Wehner in der Bundestagsdebatte: „Wir sind aber noch nicht im Ostblock!" entlarvt keineswegs nur die Äußerungen der CDU/CSU, sondern die Ziele der SPD-Ostpolitik selbst. Der Kurs der Reaktion wird abgesteckt, und an der SPD bleibt immer weniger, was sie verbergen könnte. Sie führt ihn aus. – (bb)

# Angriffe auf Personalräte zielen auf Rechte der Belegschaft

Fristlose Entlassung von Personalräten, Klageerhebung vor Verwaltungsgerichten zwecks Entfernung aus dem Personalrat, Entlassungsverfahren, gestützt auf den Radikalenerlaß, gegen Personalratsmitglieder, von solchen Maßnahmen der Dienstherren ist in den letzten Monaten immer häufiger zu hören.

Man versteht diese Maßnahmen nur richtig, wenn man sich vor Augen hält, daß gegenwärtig unter zahlreichen Belegschaften im öffentlichen Dienst eine Einheit herausgebildet wird im Kampf gegen Rationalisierungsdruck und für den Lohn, wobei die betrieblichen Vertretungsorgane eine wichtige Rolle spielen. Aufsplitterung dieser Einheit und Einschränkung der Koalitionsfreiheit der Belegschaften sind für den Dienstherrn da das Gebot der Stunde. Unmöglich kann er aber im Augenblick die Koalitionsfreiheit und die Vertretungsrechte der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst frontal angreifen. Ein noch engeres Zusammenrücken wäre die sichere Folge.

Ein Umweg ist nötig: Die Rechte der Belegschaften werden angegriffen, indem der Dienstherr sich die Freiheit nimmt, einzelne Personalratsmitglieder zu entlassen oder vor Gericht zu zerren. Möglichst so, daß bei der Entlassungsbegründung die Fragen ausgespart werden, um die aktuell gekämpft wird. Die Presse leistet dabei Schützenhilfe.

In Neckargemünd hat der Vorstand des Rehabilitationszentrums drei Betriebsratsmitglieder fristlos entlassen wegen Verteilung eines Flugblatts, in dem der Betriebsrat Stellung nahm gegen die Einführung des besonderen Dienstrechts einschließlich politischer Kontrolle an der Stiftung. Die Lokalpresse verhandelt den Fall seitdem als Schlag gegen „kommunistische Umtriebe" und „Zersetzungsarbeit". Das Verbot des KBW wird gefordert. Wie der Teufel das Weihwasser scheuen Vorstand der Stiftung und Lokalpresse davor zurück, über die tatsächlichen Forderungen zu berichten, welche die Belegschaft gegen den Dienstherren erhoben hat und zur deren organisierter Durchsetzung sie den Personalrat gewählt hat, wobei die Belegschaft offenbar davon ausging, daß diese Forderungen mit den kommunistischen Mitgliedern des Betriebsrates besser durchsetzbar sind. – Stattdessen suchen Vorstand und Lokalpresse die gesamte Belegschaft auf ein Gelöbnis zugunsten der Verfassung zu verdonnern und bejubeln die wohltätigen Zwecke des Instituts, wogegen schlechte Arbeitsbedingungen in der Küche und miese Bezahlung nun wirklich nicht mehr ins Gewicht fallen.

Der Kampf um Vertretungsrechte der Belegschaften ist unumgänglich, denn der Kampf gegen Rationalisierungsdruck und um den Preis für die Arbeitskraft ist unumgänglich und erfordert Organisierung. Die Angriffe auf die Nutzung der Personalvertretungsrechte durch die Belegschaften können zurückgeschlagen werden, wenn dabei immer wieder von den tatsächlichen Fronten zwischen Belegschaft und Dienstherr ausgegangen wird. Wird das vernachlässigt, erringt der Dienstherr Vorteile und die Belegschaft wird geschwächt.

Die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst sitzen im Kampf um ihre betrieblichen Vertretungsrechte am längeren Hebel als die Dienstherren. Selbst wo es diesen gelingt, einzelne Personalräte rauszuwerfen, ist die Sache nicht erledigt. Die Frontstellung zwischen Belegschaft und Dienstherr hat objektive Gründe. Die Belegschaften müssen sich wehren, müssen sich zusammenschließen, und sie können es auch. Im folgenden berichten einige Zellen aus dem öffentlichen Dienst über Kämpfe um Personalvertretungsrechte.

*Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg*

## Die Belegschaft hat aus dem Personalrat ihre Waffe gemacht

**Heidelberg.** Vor zwei Wochen hatte sich die Belegschaft des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) einen neuen Personalrat gewählt. Der alte hatte seine Auflösung beschlossen. Die Neuwahl hat eine klare Mehrheit (acht von elf Sitzen) für die Liste 1 gebracht, die sich in ihrem Programm vorbehaltslos für die Forderungen der Belegschaft einsetzt (u.a. systematische Überprüfung der Eingruppierung der Kollegen, vor allem der unteren Lohngruppen; Ablehnung der Zeitverträge; betriebsärztliche Versorgung; Abwehr politischer Disziplinierungen). Zum Vorsitzenden des Personalrats wurde W. Samsel gewählt, Landtagskandidat des KBW.

Die Amtszeit hatte noch nicht begonnen, da kam der erste Paukenschlag: Die Leitung des DKFZ stellte einen Antrag auf Ausschluß W. Samsels aus dem Personalrat. Ohne Begründung – die hat sie für die nächsten Tage angekündigt.

Wie immer die Begründung aussehen mag. Die tatsächlichen Gründe für diese Ohrfeige des Dienstherrn gegen die Belegschaft sind klar. Sie sind in der Entwicklung des letzten Jahres zu suchen. Vollständig zerrissen ist die von der DKFZ-Leitung verbreitete Ideologie der „Forscherfamilie". Praktisch in allen Abteilungen, vor allem aber in den zentralen Einrichtungen, wo hauptsächlich Arbeiter beschäftigt sind, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Belegschaft und DKFZ-Leitung. Bei sinkendem Reallohn, teilweise unzumutbaren Arbeitsbedingungen, vermehrter Anwendung von Zeitverträgen über teilweise nur wenige Monate versuchte die DKFZ-Leitung die Arbeitsbelastung weiter zu steigern. Die Belegschaft reagierte darauf mit Zusammenschluß und Widerstand.

Exemplarisch für diese Entwicklung sind die Auseinandersetzungen in der Käfigwaschanlage. In einem Kellerloch mit 40 Grad und gesättigter Wasserdampfatmosphäre bei einem Hungerlohn zu arbeiten, wollten die Kollegen nicht länger hinnehmen. Sie bestellten den Personalrat zu sich, verlangten, daß sofort für Abhilfe gesorgt wird und drohten mit Streik, falls dieses Loch nicht augenblicklich geschlossen wird.

Der Personalrat unterstützte vorbehaltlos die Forderungen der Kollegen und trug sie stehenden Fußes auf einer gerade stattfindenden Direktoriumssitzung vor. Die DKFZ-Leitung reagierte mit Druck. Dr. Graw, der Abteilungsleiter, „erinnerte" auf einer eigens von ihm einberufenen Abteilungsversammlung die Kollegen an ihre arbeitsvertraglichen Verpflichtungen, drohte „Zwangsmittel" einzuführen und kündigte eine weitere Steigerung der Arbeitsleistung an. Den Personalrat, der sich auf die Seite der Kollegen stellte, verwies er mit Hinweis auf das Hausrecht des Saales. Der Personalrat ging, korrigierte aber den Fehler, daß er den Saal verlassen hatte, umgehend.

Auf einer weiteren Versammlung besprachen Kollegen und Personalrat das weitere Vorgehen. Die DKFZ-Leitung versuchte die Versammlung zu verhindern. Sie verbot dem Personalrat das Betreten der Abteilung. Aber alles schlug fehl: Das weitere Vorgehen wurde gemeinsam festgelegt. So unterschrieb nur noch eine Handvoll Kollegen ein Pamphlet, mit dem die DKFZ-Leitung versuchte, die Kollegen auf das öffentliche Dienstrecht festzulegen. Zahlreich traten die Kollegen in die ötv ein. Entschlossen standen sie hinter ihrer Forderung nach Schließung des Kellerlochs. Bald darauf wurde mit dem Einbau einer neuen Anlage im Erdgeschoß begonnen.

Als die Mehrheit des alten Personalrats in der rauher gewordenen Luft zurücktrat und den Personalrat auflöste, wurde sofort die Neuwahl vorbereitet. Kollegen aus fast allen Abteilungen, gewerkschaftlich organisierte und nicht organisierte, setzten sich zusammen, arbeiteten ein Programm aus und bestimmten aus ihrer Mitte Kandidaten (Liste 1). Sie legten in ihrem Programm fest, daß die Belegschaft einen Personalrat braucht, der „vorbehaltslos die Forderungen der Belegschaft unterstützt". Mit dem Schluß des Listenabgabetermins erschien plötzlich noch eine weitere Liste (Liste 2), auf der bekannte Getreue der DKFZ-Leitung noch einige weitere Kollegen kandidieren ließen. Auf ihr kandidierten z.B. die Leiterin der Kantine, die jahrelang die Mehrzahl der Kantinenarbeiterinnen zu tief eingruppiert hatte, der stellvertretende Werkstattleiter und ein ehemaliges Personalratsmitglied, das von den Beschlüssen der Belegschaft nichts hielt.

Die Belegschaft nannte diese Liste „tote Liste" oder auch Liste der „Verwaltungsmafia". Ein „Programm", das sie herausgaben, stellte fest, diese Liste sei „getragen vom Prinzip der Mitverantwortung". Auf der Kandidatenvorstellung ging es dann sehr lebhaft zu. Zum Beispiel: Eine Vertreterin der Liste 2: „Ich heiße .... Wenn Sie Fragen haben, dann wird sie Herr Jung (stellvertretender Werkstattleiter) für mich beantworten." (Schallendes Gelächter) Frage an die Liste 2: „Wie ist denn die Liste 2 zustandegekommen?" Antwort des stellvertretenden Werkstattleiters: „Sage ich nicht, geht Sie nichts an." (Buhrufe in der Belegschaft)

Die Wahl erbrachte dann folgendes Ergebnis:

Bei den Beamten (nur Vertreter der Liste 2) 1 Sitz Liste 2.

Bei den Angestellten 6 Vertreter der Liste 1, 2 Vertreter der Liste 2.

Bei den Arbeitern alle beiden Vertreter von der Liste 1.

In der Belegschaft herrschte nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses unverhohlener Jubel.

Der dann am letzten Freitag durch Aushang des Personalrats bekannt gewordene Antrag der DKFZ-Leitung auf Ausschluß aus dem Personalrat gegen den kommunistischen Personalratsvorsitzenden ging wie ein Lauffeuer durch den Betrieb. Ganze Gruppen von Kollegen standen vor den Brettern. „Jetzt drehen die Direktoren ganz durch, wer hat den Samsel eigentlich gewählt, wir oder die? Jetzt reicht's!" Der Personalrat hatte noch am selben Vormittag, an dem der Ausschlußantrag einging, einen Beschluß gefaßt, in dem er die DKFZ-Leitung unmißverständlich auffordert, diesen Antrag sofort zurückzuziehen. Die Waffe, die sich die Belegschaft mit diesem Personalrat geschmiedet hat, wird sie sich nicht durch Gerichte stumpf machen lassen. – (Zelle DKFZ)

*Rehabilitationszentrum Neckargemünd*

## Gericht erklärt Kündigungen für unwirksam

**Neckargemünd.** In erster Instanz wurden jetzt die Kündigungen dreier Betriebsräte des Rehabilitationszentrums für unwirksam erklärt. Für eine Lehrerin, die sich zur zweiten Dienstprüfung gemeldet hat, wurde die sofortige Weiterbeschäftigung erwirkt. Trotz Gerichtsbeschluß hat die Geschäftsführung den gekündigten Betriebsräten den Zutritt zum Zentrum verweigert.


STIFTUNG REHABILITATION

SITZ HEIDELBERG

DER VORSITZENDE DES VORSTANDES

12. Februar 1976

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

[illegible]

Der Brief des Stiftungsvorstandes

Die Betriebsräte waren fristlos gekündigt worden, weil sie eine Betriebsratsinformation verteilt hatten, in der gegen eine vorgesehene Änderung der Stiftungssatzung Stellung genommen wurde, worin verlangt wird, die Beschäftigten der Stiftung sollten „die allgemeinen Voraussetzungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erfüllen". Der Betriebsrat bezeichnete das als Übernahme des Radikalenerlasses für die Beschäftigten des Rehabilitationszentrums, was der Direktor Boll heftig bestreitet. Und das, obwohl er in einem „Aktuellen Kurzbericht" an den Gesamtvorstand der Stiftung am 12. Mai 1975 ausdrücklich betont hatte, es müsse etwas geschehen gegen die „Chaoten" und deren „leider" erzielte „Anfangserfolge". Denn: „Wir können uns nicht leisten, daß die Vertrauensbasis ... bei der Landesregierung und bei der Bundesregierung ... durch das unsinnige Verhalten von Wenigen beeinträchtigt, geschmälert oder verspielt wird."

Das Arbeitsgericht mußte angesichts dieses offenbaren Sachverhalts feststellen: „Die Satzungsänderung (der Stiftung) ... lasse ... natürlich den Schluß zu, daß der Bewerber bei der Stiftung Rehabilitation wie im öffentlichen Dienst tatsächlich einer politischen Überprüfung unterzogen werden sollte."

Also bei einer Lüge ertappt, riefen die wohltätigen Männer vom Vorstand der Stiftung „Verleumdung", womit sie den KBW meinen, der ihre edlen Motive nicht würdigt. Sie legten den Betriebsräten der Rehabilitationseinrichtungen in Heidelberg, Neckargemünd und Langensteinbach eine Erklärung vor, worin diese zustimmen sollen, daß sie „die aktive Unterstützung des KBW zum Nachteil der Stiftung für unvereinbar mit einem Mitarbeiterverhältnis bei der Stiftung Rehabilitation" halten.

Wie stark dabei der Vorstand den Widerstand kalkuliert, wird im Punkt 2 der Erklärung deutlich, wo er zugesteht und schriftlich erklärt, daß „es auch weiterhin keine politischen Einstellungsüberprüfungen ... gibt".

Der Rest des alten Betriebsrates in Neckargemünd ist in der vorigen Woche zurückgetreten. Die Belegschaft wird einen neuen wählen. Die Politik der ötv-Gruppe im Betrieb ist dabei vorgezeichnet. Bei einer Mitgliederversammlung im Januar 1976 wurde mit 42 gegen 8 Stimmen die Einführung des besonderen Dienstrechtes für den öffentlichen Dienst abgelehnt.

Die Betriebsversammlungen der letzten Woche waren voller als je, auf der ersten waren 300 Kollegen anwesend. Von „vertrauensvoller Zusammenarbeit" konnte keine Rede sein, wohl aber von tiefem Mißtrauen gegen den vorturnenden Direktor Boll: „Denen glauben wir nichts mehr, die halten uns ja für dumm." Soweit Sprecher aus der Belegschaft zu Wort kamen, forderten sie: Sofortige Wiedereinstellung der drei gekündigten Betriebsräte, kein Schieß-Erlaß an der Stiftung! – (Zelle Rehabilitationszentrum / Red.)

*Universitätsverwaltung Bremen*

## Rationalisierungsdruck und politische Unterdrückung Hand in Hand

**Bremen.** Seit Oktober stehen an der Bremer Universität drastische Rationalisierungsmaßnahmen auf der Tagesordnung. 50 von 250 Stellen in der Bibliothek sollen gestrichen werden. Darüberhinaus soll das Personal jährlich um rund 10 Stellen vermindert werden. Und zu alledem wird grundsätzlich jede freie Stelle nicht wieder besetzt. Verbunden ist das mit dem Versuch, die Auspressung der einzelnen Beschäftigten zu verschärfen: Die Schreibkräfte der Professoren sollen in Schreibpools im Akkord nichts als acht Stunden tippen. In der Bibliothek werden zahlreiche Arbeitsplätze automatisiert, die Kollegen in Anhängsel der Maschine verwandelt, und eine Umorganisation der ganzen Verwaltung soll „bessere Arbeitsabläufe" schaffen. Rund 25 Arbeitsplätze werden dem „besseren Arbeitsablauf" zum Opfer fallen.

Von Woche zu Woche kommen neue Maßnahmen auf den Tisch. War es zuerst die zentrale Staatsbürokratie, die den Kollegen mit den „Einsparungen" drohte, so betreibt mittlerweile die Universitätsleitung, alles gestandene SPD-Funktionäre, dieses Geschäft selbst.

Unter den Beschäftigten wuchs seit Oktober die Unruhe. Jetzt gärt sie offen. Nachdem es den Schreibkräften ein Jahr lang gelungen war, durch Verweigerung eine Überprüfung der Anschlagzahlen zu verhindern, kam die Debatte aus den verschiedenen betroffenen Bereichen heraus unter alle Kollegen. „Mehr als arbeiten können wir nicht", hieß es. „Keiner macht die Arbeit ausscheidender Kollegen." Das wurde zur allgemeinen Parole.

Der Personalrat, in dem einige fortschrittliche Kollegen sitzen, übernahm die Forderungen. Einige Sozialdemokraten im Personalrat, unter ihnen einer der Bremer Juso-Chefs, versuchten noch mit der Universitätsleitung zu verhandeln. „Wir brauchen Gegenpläne", sagten sie. Doch in der ötv-Betriebsgruppe standen verschiedene Kollegen auf: „Wir rationalisieren uns doch nicht selbst weg." Zwei Personalversammlungen beschlossen: „Ablehnung aller Stellenstreichungen und Rationalisierungen. Der Personalrat darf keinen Überstundenanträgen zustimmen! Kein Kollege macht die Arbeit freier Stellen!" Und als die Universitätsleitung den Plan vorlegte, 25 Arbeitsplätze abzubauen und auch noch erklärte: „Wir sitzen alle in einem Boot; die Sparmaßnahmen treffen Leitung und Kollegen gleichermaßen", erklärte einer unter Beifall der Personalversammlung: „In einem Boot ja, aber die Leitung steuert und wir müssen rudern. Damit muß Schluß sein!" Einstimmig beschlossen dann über 400 Arbeiter, Angestellte und Beamte: „Keine Entlassungen. Gleichwertige Arbeitsplätze für umzusetzende Kollegen." Ehe das nicht klar ist, kommt die Universitätsleitung keinen Fußbreit voran mit ihren Plänen.

Zugleich mit den Rationalisierungsdrohungen kam die Entlassungsdrohung gegen den Personalrat Mützelburg wegen Unterstützung des KBW. Ein Dienstgespräch beim Rektor konnte von 400 Universitätsmitgliedern verhindert werden. Die Universitätsleitung versuchte es daraufhin anders. Auf einer Versammlung teilte sie den Personalrat in „Verhandlungswillige" und „Scharfmacher" ein. Die Kollegen protestierten. Der Personalratsvorsitzende mußte öffentlich erklären, der Personalrat lasse sich nicht auseinanderdividieren.

Dann zog der Gewerkschaftsvorstand mit dem Dienstherren gleich. Er beantragte den Gewerkschaftsausschluß Mützelburgs wegen KBW-Unterstützung. Einstimmig wandten sich die ötv-Vertrauensleute der Universität dagegen. Wollte die Gewerkschaftsführung verhindern, daß Mützelburg als entschiedener Vertreter der Kollegen wieder in den Personalrat kommt, so biß sie sich selbst ins Bein: Von zahlreichen Arbeitsbereichen vorgeschlagen, setzte die Betriebsgruppe Mützelburg auf einen sicheren Listenplatz und noch einige fortschrittliche Kollegen dazu. Und zugleich übernahm sie alle Forderungen der Kollegen gegen die Rationalisierung und den Dienstherrn ins Wahlprogramm: „Ablehnung von Überstunden und Mehrarbeit. Ablehnung der einzelnen Rationalisierungen. Keine Entlassungen. Tarifforderungen nur als Festgeld!" In dieser Bewegung und im Gewerkschaftsprogramm wurde gleichzeitig die Forderung nach „Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Ablehnung politischer Disziplinierungen und für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung" fest verankert und beschlossen.

So zieht die Belegschaft der Bremer Universität unter Forderungen geeint und in gewerkschaftlicher Einheit (denn eine Gegenliste kommt nicht ans Licht der Öffentlichkeit, so sehr auch führende Sozialdemokraten sie zu zeugen versuchten) nicht nur in die Personalratswahlen im März, sondern vor allem in die nächsten Auseinandersetzungen mit dem Dienstherrn. – (d., Bremen)

Metalltarifrunde

# Die Streiks bestimmen den Verlauf der Tarifauseinandersetzung

Der bisherige Verlauf der Tarifauseinandersetzung wird durch die Streikbewegung unter den Metallarbeitern bestimmt. Anders als im letzten Jahr haben die Metallarbeiter nicht abgewartet, wie sich die Verhandlungen entwickeln, sondern haben auf die Taktik der Metallkapitalisten, kein Angebot vorzulegen und selber Forderungen zu stellen, mit Warnstreiks geantwortet, die sich zu einer richtigen Streikbewegung entwickelten.

Die Antwort auf diese Streikbewegung von seiten der Kapitalisten war ein 4 %-Angebot in den zentralen Gesprächen mit der Verhandlungskommission des Hauptvorstandes. Die Metallkapitalisten sind nur zurückgewichen, um eine erneute Provokation gegen die Metallarbeiter zu starten.

Angesichts der Streikbewegung, die weder durch das Gesprächsangebot der Kapitalisten noch durch die Gesprächsbereitschaft des Hauptvorstandes abgefangen werden konnte, konnte der Hauptvorstand auf dieses Angebot auch nicht eingehen, um den heißersehnten raschen Abschluß zu erzielen. Die Absicht der Kapitalisten ist ein Abschluß möglichst weit unter der Inflationsrate und die Fesselung der Gewerkschaften durch Verlängerung aller anderen Tarifverträge. Die Taktik der Gewerkschaftsführung ist es, mit einem Abschluß um die Inflationsrate herum herauszukommen und auf dieser Linie die Versöhnung mit den Metallkapitalisten, und das heißt die Unterwerfung unter ihre Intessen anzustreben. Die Streikbewegung der Metallarbeiter hat bisher erreicht, daß weder die eine noch die andere Rechnung aufging.

Die Provokation der Metallkapitalisten mit ihrem 4 %-Angebot hat selbstverständlich nicht dazu geführt, daß die Metallarbeiter zurücksteckten. In den Betrieben wurde das Angebot der Kapitalisten heftig angegriffen. In Essen und Duisburg streikten am Montag 35 Arbeiter bei Krupp-Stahl- und Industriebau und 100 Arbeiter bei den Vereinigten Deutschen Metallwerken, am Dienstag bei Krupp-Widia in Essen 1300 Arbeiter.

Nachdem die zentralen Gespräche abgebrochen werden mußten, hat der Hauptvorstand beschlossen, daß die Verhandlungen regional weitergeführt werden. Nichts wolle man unversucht lassen, sagten Sprecher des Hauptvorstandes in Rundfunk und Fernsehen. Trotzdem hielt der Hauptvorstand einen Streik für nicht ausgeschlossen, die IG Metall wäre dazu bereit.

Die Sozialdemokraten haben ihren Versuch, doch noch durch einen nächtlichen Coup mit den Kapitalisten einen Abschluß zu präsentieren, nicht aufgegeben. Wer es nicht glaubt, dem zeigt der neueste IGM-Abschluß im Haustarifvertrag OPTI es mit aller Deutlichkeit. Sie haben sich nicht gescheut, mit 4,7 % abzuschließen. Sowie den Sozialdemokraten in den Verhandlungen mit den Kapitalisten freie Hand gegeben wird, sind sie bereit, ihre Unterschrift unter direkte Lohnraubabschlüsse zu setzen.

In den kommenden Verhandlungen werden die Kapitalisten alles daran setzen, die Sozialdemokraten dazu zu bewegen. Das ist ausgeschlossen, wenn die Streikbewegung, wie sie sich in den Warnstreiks ausgedrückt hat, weitergeführt wird. Diese Streikbewegung hat bei den Kapitalisten Wirkung gezeigt. Nicht nur, daß sie feststellen mußten, die Metallarbeiter sind auch in der Krise fähig, den Lohnkampf zu führen, die mühsam gekittete Konkurrenz unter ihnen ist erneut aufgebrochen. Das „Handelsblatt“ hat am Dienstag einen Kommentar veröffentlicht, in dem der dringende Appell an die Kapitalisten zur Solidarität gerichtet ist. Die Kapitalisten, die eine gute Kapazitätsauslastung haben, werden aufgefordert, den Lohnforderungen nicht nachzugeben, sondern mit den anderen zusammen hart zu bleiben. Wenn sie aus der Front der Kapitalisten rausfallen würden, würde das die gesamte Front schwächen.

Eine Weiterführung der Streikbewegung wird die Konkurrenz unter den Kapitalisten sicher weiter aufreißen. Das ist ausgezeichnet, weil es den Gegner schwächt. Die Streikbewegung hat nicht nur auf der Seite der Kapitalisten Wirkung gezeigt, sie hat auch die Reihen der Arbeiter enorm gestärkt. Die ganze Metallarbeiterschaft wird in die Auseinandersetzung einbezogen. Auch schwach organisierte Betriebe oder weniger erfahrene Belegschaften haben gestreikt. Das zeigt, vorhandene Lücken in der Kette der Metallarbeiter können geschlossen werden.

Ein Jahr lang verschärfte Arbeitshetze und Lohnkürzungen haben die Notwendigkeit des Lohnkampfes drastisch gezeigt. So hat sich trotz der schlechten Forderung, die die Sozialdemokratie in der IG Metall durchgesetzt hat, eine feste Front herausgebildet. Diese 8 %-Forderung ist der Einheit der Metaller nicht dienlich. Praktisch geht die Streikbewegung aber zunächst um die von der IG Metall aufgestellte Forderung. Den Kampf bestimmen jedoch die ganzen Erfahrungen aus dem letzten Jahr. Sie bilden die Grundlage dieser Streikbewegung. Die Einheit muß gestärkt werden, indem die Erfahrungen, z.B. die Herabstufungen, in Forderungen gefaßt werden. Die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen wird in den Versammlungen bereits diskutiert und zum Teil beschlossen. In Hamburg ist die Forderung selbst über die gleichzeitige Auseinandersetzung zum Lohnrahmen zum Bestandteil des Kampfes gegen die Kapitalisten geworden. Die Verhandlungen über die Streichung der Lohngruppe 2 sind gescheitert. (4,65 % aller Hamburger Arbeiter sind noch in dieser Lohngruppe, nach „Metall“ Nr. 4).

Durch die Warnstreiks in der ganzen BRD haben die Metallarbeiter richtig in den Lohnkampf eingegriffen. Die erneuten Verhandlungen können die geschaffenen guten Ausgangsbedingungen nur verschlechtern. Schon nach den zentralen Gesprächen wurde in den Betrieben auf das entsprechende Zeichen der IG/Metall gewartet. Die IG/Metall-Führung hat sich nicht geäußert. Wenn die geschaffenen Ausgangsbedingungen gestärkt werden sollen, müssen in den IG Metall-Körperschaften Maßnahmen vorbereitet werden, die die Belegschaften über die einzelnen Betriebe hinaus zusammenschließen. Nach den Warnstreiks muß der nächste Schritt in der Einleitung der Urabstimmung bestehen, um den einheitlichen Kampf der Metallgewerkschaft gegen die Kapitalisten aufzunehmen. – (db)



1200 Metaller demonstrierten am 18. Februar in Reutlingen gegen die Pläne der Kapitalisten, die Löhne zu drücken, und gegen die Bespitzelung der Streiks durch den Polizeiminister Schieß

Hanomag

## Wir brauchen die richtigen Vertrauensleute

**Bremen.** Zufällig auf dem Weg zum Klo erfuhr ich von Kollegen aus einer anderen Abteilung, daß bei Hanomag ein Warnstreik durchgeführt werden sollte. Unser Vertrauensmann hatte uns nichts gesagt. Ich berichtete allen Kollegen, daß im Anschluß an die Frühstückspause die übrigen Kollegen der Halle 1/2 Stunde streiken wollten. Die Kollegen in meiner Abteilung waren überrascht, daß sie erst jetzt davon zu hören bekamen. Unser Vertrauensmann, zur Rede gestellt, warum er uns nicht informiert und nichts organisiert hatte, stellte sich blöde und sagte,
siert hatte, stellte sich blöde und sagte,
er wisse nichts davon und werde sich im übrigen da raus halten. „Ich will mir doch nicht die Schnauze verbrennen“, war seine Rechtfertigung. Als dann auch noch nach der Pause der Vertrauensmann als einziger aufstand und das Band einschaltete, war die Empörung groß. „Du Schwein, Verräter, hast wohl Angst, dir 'nen kalten Arsch zu holen“, waren die Worte der Kollegen. Ohne einen Mucks, etwas blaß um die Nase, verschwand unser Vertrauensmann dann. „Der versteckt sich jetzt auf dem Klo, um nicht vom Meister gesehen zu werden.“ In der darauffolgenden Diskussion war die einhellige Meinung, der Vertrauensmann muß weg, und zwar sofort.

Die Zeiten werden immer härter, und wir brauchen die Gewerkschaft mehr denn je. Und vor allen Dingen die richtigen Vertrauensleute und Betriebsräte. „Solche Aufgaben müssen wir Kommunisten übertragen, denn die wissen genau was Sache ist, die reden nicht nur, die machen auch was, – ja, in Betriebsrat und Gewerkschaftsführung müssen Kommunisten rein. Diese Gewerkschaftsbonzen da oben sind unfähig und korrupt.“ Das erklärte die Mehrheit der Kollegen und schritt zur Tat. Ein Kollege, von dem man wußte, daß er im KBW ist, wurde sofort
wußte, daß er im KBW ist, wurde sofort
als Kandidat aufgestellt. Einige Kollegen rannten los, um den Hallenbetriebsrat zu holen und eine vorschriftsmäßige Wahl durchzuführen.

Der Betriebsrat war aber nicht zu finden. Als sie im Betriebsratsbüro anriefen, wurde ihnen gesagt, der Betriebsrat hätte zu tun und im Moment keine Zeit. Na ja, dann eben im März, bei den offiziellen Wahlen, denn wir wissen, so langsam müssen wir das in Gang kriegen, sonst machen die mit uns, was sie wollen. Das war der Beschluß aller Kollegen meiner Abteilung. So hatten wir in unserer Abteilung den Streik zum Zusammenschluß gegen die Kapitalisten genutzt.

## Reutlingen: Ein Jahr Lohnkürzung

**Reutlingen.** 1200 Metallarbeiter kamen letzten Mittwoch zur Protestkundgebung der IG Metall in die List-Halle. In zehn Betrieben hatten die Belegschaften gestreikt. Gären tut es schon lange in den Betrieben. Denn im Jahr 1975 haben die Reutlinger Kapitalisten die Löhne gedrückt, wo sie nur konnten. Nach Untersuchungen der IG Metall wurden über 1000 Metallarbeiter 7 bis 42 Pfennig Lohnzulagen zusammengestrichen. 43 Angestellte wurden von 40 bis 108 Mark ihres Gehalts gestrichen. Fahrgeldzuschüsse wurden bei über 600 Kollegen im Betrag von 2 bis 27 Mark gekürzt. Bei mehr als 2600 Kollegen fehlten 100 bis 200 DM Weihnachtsgeld im Vergleich zum Vorjahr. Betriebsjubilaren wurde zugesagter Ersatzurlaub gestrichen. Herbstbeihilfen wurden 1253 Reutlinger Arbeitern und Angestellten um 50 bis 100 DM geschröpft. Zuschüsse für Gesundheitsvorsorge sowie Kantinenzuschüsse (bei 450 Kollegen) fielen ganz weg oder wurden stark zusammengestrichen. Damit haben die Reutlinger Kapitalisten 1800 Kolleginnen und Kollegen 1975 über eine Million Lohngelder und Sozialleistungen aus der Tasche gezogen, was pro Kollegen über 550 DM im Durchschnitt macht. Vom Wegfall oder von Streichung von bisherigen sogenannten „freiwilligen“ betrieblichen Leistungen waren im gesamten Bereich der Verwaltungsstelle der IGM in 14 Betrieben 3869 Kollegen bei einer Gesamtsumme von knapp zwei Millionen DM betroffen, was durchschnittlich wieder etwa 550 DM pro Kollegen ausmacht.

Interview mit einem Arbeiter von Hanomag

## Was bei der Schlichtung rauskommt, kennen wir...

***Wie lange bis Du bei Hanomag?***

Ja – warte mal, das sind jetzt 4 Jahre.

***Was verdienst Du? Ist das gleich geblieben, oder hat sich das verändert?***

Ja, das hat sich etwas verändert. Aber der Lebensunterhalt hat sich ja so verteuert und da kommen die paar Prozent Lohnerhöhung nicht mit. Zum Beispiel Anschaffungen, daß man also noch zusammensparen kann, ist nicht mehr zu machen. Aus dem Vollen schöpfen, na ja, das weißt du ja selber, das konnte unsereiner noch nie, aber so wie jetzt, geht das nicht weiter.

***Was hast du im Monat bar auf der Hand?***

Ja, warte mal, das ist immer verschieden. So 1250 DM. Ich bin in Lohngruppe 7.

***Das liegt ja nicht so besonders, liegt das an deiner Arbeit? Ist die besonders leicht?***

Ne, also – das will ich Dir genau sagen. Was ich jetzt mach, da haben vorher 2 gestanden. Dafür zahlen die keinen Pfennig mehr. Ich müßte mindestens Lohngruppe 9 haben. Weißt du, das ist Bandarbeit, da bist du immer in Gang. Das Band läuft und läuft und Du mußt mit, ob Du willst oder nicht.

Oder wenn einer fehlt, da kriegst du noch Arbeit zugeschoben. Du bist ganz ausgelastet, sagen dann die Vorarbeiter. Und wenn du dich dagegen aufregst, sagen sie, du kannst ja abhauen, wenn es dir nicht paßt.

Diese Schweine, jetzt haben sie ne große Klappe, wo auf'm Arbeitsamt die Menge rumsitzt. Früher haben sie sich das nicht erlaubt. Die Rente sollte gar nicht mehr erleben, wie der eine Kollege. Eine Woche bevor er in Rente ist, hat ab ich mit ihm gesprochen. Der hat sich gefreut. Jetzt will ich erst mal richtig leben hat er gesagt. Als er seine erste Rente abholen war, ist er in der Sparkasse umgekippt, tot. So stellen sie sich das vor. Die ganzes Leben lang schuften, für'n Ei und Butterbrot, und ihnen dann noch die Rente schenken. – Nee, ich hab schon gedacht, wenn die Sonne höher kommt, hau ich bei Hanomag in Sack. Aber wo willste hin, ist ja überall der gleiche Mist.

***Wie kommst du mit deinem Geld aus?***

Man kann sich nicht viel erlauben. Es reicht gerade so zum Leben. Gerade so vom 15. bis zum 15. Da ist keine Mark über. Die Kleine kommt jetzt ins Wachsen, da muß man auch mal was kaufen. Wie das aber weitergehen soll, weiß ich nicht. Zum Beispiel die Wohnung: Ich wohn hier bei der Neuen Heimat Mietskaserne. Ist grad so groß, daß man sich drin drehen kann. Die Miete erhöhen die erst um 80 DM, weil sie Heizung reingemacht haben und nun wollen die noch mal 50 DM mehr haben, weil die Zinsen ausgelaufen sind. Müllabfuhr und Kanal wird auch teurer. Das geht alles noch zusätzlich auf die Miete. Verteuerung von Licht usw. noch nicht einmal zugerechnet und die neuen Steuern und Abzüge, das kommt ja alles noch.

Ich weiß noch nicht, wie das weitergehen soll. So wie die Herren sich das denken, jedenfalls nicht! Die sollen sich bei dem Lohn ans Band stellen, dann wissen se wenigstens, was Leben heißt.

***Die IGM fordert 8 %...***

Ja, die Gewerkschaft fordert 8 %, was sowieso eine Ungerechtigkeit ist. Die in den unteren Lohngruppen sind und sowieso nix haben, schneiden bei Prozentforderungen noch schlechter ab als die, wo in den hohen Lohngruppen sind. Und die Zwistigkeit kommt unter die Kollegen.

***Es existieren ja noch die Leichtlohngruppen, in denen 60 % aller Frauen in der Metallindustrie sind...***

Die gehören sowieso abgeschafft. Das muß man sich mal vorstellen, wenn ich mit Lohngruppe 7 Akkord und Schicht gerade 1250 DM bekomme, wie sieht das denn erst bei denen aus. Essen, 'n Hemd über'n Hintern und 'n Dach überm Kopf muß ja nun jeder haben. Was denken die sich eigentlich? Die ganzen Erhöhungen haben die ja genau wie alle anderen auch noch am Hals. Sollen die sich 'nen Strick nehmen, oder was?

Und Leichtlohngruppen, wenn ich das schon höre. Leichte Arbeit gibt's jedenfalls nicht. In der Nachbarschaft ist eine, die arbeitet bei Mende. Ich weiß Bescheid. Schön haben die sich das gedacht. Erst die Frauen runter auf die Knie bei der Wohlfahrt und dann wir hinterher. Dagegen muß man was machen. Meiner Meinung nach müßten sie das so ähnlich wie im öffentlichen Dienst machen, für jeden 150 DM oder so. Dafür würde ich auch streiken, bei die Prozente lohnt sich das ja nicht. Erst streiken, dann schlichten sie wieder und raus kommen 4 %, das kennt man ja. Diese SPD-Bonzen in der Gewerkschaft machen gemeinsame Sache mit den Unternehmern. Braucht man ja nur den Koenen auf der Betriebsversammlung labern hören. Absägen müßt man die, aber gründlich, das ganze Pack da oben, vom Schieber bis in die Regierung.

Ministerpräsident Kohl vor der VFW-Belegschaft

## Speyers Arbeiter gegen die Verödung der Region

**Speyer.** Letzte Woche Mittwoch war Ministerpräsident Kohl (CDU-Vorsitzender) auf Einladung des Betriebsrates im Speyerer VFW-Fokker Werk. 900 von 1300 sollen entlassen werden. Außer den VFW-Kollegen waren über 100 Speyerer Bürger ans Haupttor gekommen, um Kohl mit Sprechchören: „Arbeitsplätze her, sonst geben wir keine Ruhe mehr!“ und Transparenten wie: „Arbeiter arbeiten – Kohl redet ... redet ... redet ...“ und: „Wir lassen uns nicht ver-Kohl-en“ zu empfangen. Kohl kündigte den Versuch einer „Schwarz-roten Koalition“ mit dem Stadtstaat Bremen, dem Land Niedersachsen und Rheinland-Pfalz an, um Arbeitspakete von den norddeutschen Betrieben nach Speyer zu holen.

Die Frau eines VFW-Kollegen meinte: „Alle Betriebe in Speyer müßten eine Stunde schließen und hierher kommen. Das geht doch schließlich alle an.“ Alle sind betroffen, wenn es hier über zehn Prozent Arbeitslose geben sollte. Dann gerät die ganze Region in die Gefahr der Verödung.

In einer **Bürgerinitiative** zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei VFW haben sich 500 Menschen, verschiedene Organisationen, Kirchen, der Einzelhandelsverband, der Handwerkerverband und verschiedene Einzelgewerkschaften zusammengetan. Die IG Metall-Führung hat ein **„Aktionskomitee Arbeitsplätze“** gegründet. Von vielen Gewerkschaftsgremien, Vertrauensleuten und Betriebsräten wurden **Solidaritätsadressen** an die VFW-Kollegen geschickt.

Die ganze Region ist betroffen. Durch die Maßnahmen des Finanzkapitals, die Flugzeugproduktion zu konzentrieren, um höhere Profite zu erzielen, wird nicht nur eine ganze Belegschaft auf die Straße gesetzt. „Die Blüte einzelner Industrien geht einher mit der Stagnation in anderen Zweigen und der Verödung ganzer Regionen, bis zur Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen. Der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium ist sterbender Kapitalismus und geht in Fäulnis über.“ Das Interesse der Bourgeoisie „an bedingungsloser Aufrechterhaltung des Profits stellt sie in Widerspruch zum gesellschaftlichen Fortschritt“ (Programmm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland).

Die Bourgeoisie weiß, wie rasch diese Erkenntnis Raum gewinnen kann. Die Speyerer Arbeiter stellen sich die Frage: Amboß oder Hammer sein? Werden sie weiter mit den Kapitalisten zusammengehen oder sich gegen das kapitalistische System stellen, gegen die Stillegung kämpfen und für das Ende dieses faulenden Systems? Die bürgerlichen Politiker als Sprachrohre dieses Systems treten auf, um die Massen von selbständigen Schritten zurückzuhalten. Sie versprechen, daß sie mit allen Kräften nach Lösungen suchen werden. Jedenfalls liege es nicht am System. Kohl vor der VFW-Belegschaft: „Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger der marktwrtschaftlichen Ordnung, sie muß aber auch für jeden vernünftig erscheinen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß gute Leistung unterm Strich bestraft wird.“ Dieses verrottete Syystem den Speyerer Arbeitern vernünftig erscheinen zu lassen, das wird für Kohl und Konsorten ein schwieriges Geschäft werden. – (k., Red.)

### Protest vor der Hauptverwaltung

**Bochum.** Das Werk Neviges der Stahlwerke Bochum soll Ende 76 stillgelegt werden. Aus Protest dagegen sind am Montag 200 Arbeiter mit 100 Fahrzeugen von Neviges nach Bochum vor die Hauptverwaltung gefahren. Der Vorstand wurde aufgefordert, herunterzukommen. Aber der Vorstand holte stattdessen die Polizei, denn die Kollegen hatten beschlossen, gemeinsam zum Vorstand hochzugehen, wenn er sich den Arbeitern nicht stellt.

*Bundestagspräsidentin Renger:*

## „Kummerkasten für die Leichtlohnfrau“

Einen *„Kummerkasten für die Leichtlohnfrau“* hat die Bundestagspräsidentin Renger eingerichtet. Das berichteten die bürgerlichen Zeitungen in der letzten Woche. Arbeiterinnen, *„die Mut zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit uneinsichtigen Arbeitgebern haben“* (Süddeutsche Zeitung, 20.2.), sollen der Bundestagspräsidentin schreiben. Die Präsidentin will einen *„Musterprozeß von oben“* führen. Die *„Berreitschaft zu einem gerechten Ausgleich bei den Arbeitgebern“* soll geschaffen werden.

Die bürgerlichen Politiker müssen Stellung beziehen zu den unteren Lohngruppen, in denen besonders Arbeiterinnen eingestuft werden. Ihre Abschaffung wird von der Arbeiterklasse gefordert, denn die Lohndrückerei der Kapitalisten, durchgeführt mit dem Hebel der unteren Lohngruppen, drückt wachsende Teile der Arbeiterklasse unters Existenzminimum. Wo der Ruf nach ihrer Abschaffung dringlicher wird, stellen sich die bürgerlichen Politiker auf und rufen betrügerisch: „Hier geht der richtige Weg!“!

Folgt man den Sprüchen der Frau Renger, so wartet der Staat nur darauf, *„den Unterdrückten, die den Mut nicht haben, sich zu äußern“* Hilfestellung zu leisten. Als ob nicht der bürgerliche Staat die Gesetze gerade so gestaltet, daß die Kapitalisten bisher noch immer mit Hinweisen auf angebliche sachliche Unterschiede, und seien sie noch so gering, die ungleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit vor Gericht rechtfertigen konnten. Einzelne Briefe an die Bundestagspräsidentin schreiben und auf die Gerichte hoffen: die Kapitalisten werden froh sein, wenn sie diese Vorschläge der Frau Präsidentin lesen. Mit den Gerichten haben sie ihre Erfahrungen, auf die sie sich verlassen können. Solange sich die Arbeiter an die bürgerlichen Politiker wenden, brauchen die Kapitalisten nicht mit dem Zusammenschluß der Arbeiter zu rechnen. Die Erfahrungen der Arbeiter aber weisen den entgegengesetzten Weg.

Zum Beispiel im Bremer Siemens-Werk:

Da ist seit bald anderthalb Jahren Kurzarbeit. Der Lohn wird so weit gedrückt, daß es zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Arbeit ist jedoch genug da. In einzelnen Abteilungen bei den Angestellten muß in den drei Tagen, wo in der Woche gearbeitet wird, genau so viel geschafft werden wie vorher an fünf Tagen. Bei den Akkordarbeiterinnen in Halle 4 gibt es Kolleginnen, die gezwungen sind, durch den Lohnverlust, der mit der Kurzarbeit entstanden ist, dermaßen ranzuklotzen, daß Kaffeepause nicht mehr drin ist, in einem durchgearbeitet wird, als wär man eine Maschine. Und dafür gibt es dann den „Leichtlohn“. Auf der anderen Seite machen die Frauen die Erfahrung: Wenn der Stopper kommt, um die Zeiten zu kürzen, was bedeutet weniger Lohn, da darf keine schneller arbeiten; wenn die Zeiten zu knapp bemessen sind, verweigern und Stopper holen, neu abmessen lassen.

Gegen den Lohnraub durch Kurzarbeit haben sie in einer Abteilung den Betriebsrat aufgesucht und ihre Empörung zum Ausdruck gebracht.

Die männlichen Arbeiter sind in derselben Lage wie die Arbeiterinnen. Auch die männlichen Hilfsarbeiter bei Siemens oder Mende kriegen vielleicht 900 DM. Und die Facharbeiter sind auch nicht viel besser dran. Es trifft die ganze Familie hart, wenn die Frauen durch die Kurzarbeit oder Lohnherabstufungen weniger Geld nach Haus bringen.

Die untersten Lohngruppen müssen weg, weil es ganz unerträglich ist, sich die Haut abziehen zu lassen, und das Herabsinken ins Elend eines Teils der Arbeiter die ganze Klasse trifft. Den Arbeitern liegt es viel näher, sich zusammenzuschließen, als auf die Hilfe der früheren Miß Bundestag zu vertrauen. – (m., Bremen/Red.)

Seit letztem Donnerstag

## Streik für 10 DM Mindestlohn

**Stuttgart.** Seit letzten Donnerstag elf Uhr streiken 300 Arbeiter der Firma Kast & Ehinger, die zur BASF gehört. Der größte Teil der Belegschaft sind Griechen. Auch am Dienstag wurde der Streik fortgeführt. Die Forderung war zunächst: Mindestens 1 DM mehr für alle! Jetzt wird ein Mindestlohn von 10 DM gefordert, was eine Erhöhung zwischen 80 Pfennig und 1,30 DM bedeutet. Wie bisher lehnte die Geschäftsleitung ab, auf die Forderung einzugehen, sie drohte, den Arbeitern Kündigungsbriefe nach Hause zu schicken. Der Druck der Streikenden verstärkt sich auf die IG Chemie, den Streik zu übernehmen. Für die nächsten Tage ist geplant, bei den vier großen Stuttgarter Chemiebetrieben Unterschriften zu sammeln für die Forderung, daß die IG Chemie den Streik übernimmt.

Die Ortsgruppe Stuttgart des KBW schreibt in einem Flugblatt:

In den letzten drei Jahren wurde unser Lohn immer weniger. Erreichten wir 1971 mit Überstunden und Samstagsarbeit noch bis zu 1400 DM netto, so verdienen heute die Arbeiter im Durchschnitt zwischen 1000 und 1100 DM. Davon kann niemand eine Familie ernähren!

Doch auch die 1400 DM erreichten wir nur mit einer Masse Überstunden. Einige Kollegen arbeiteten bis zu 223 Stunden im Monat. Der 10-Stundentag war normal.

Heute sieht's so aus: Zwar haben wir den 8-Stunden-Tag und samstags wird nicht mehr gearbeiet. Aber: Was früher zwei arbeiteten, muß heute einer erledigen. Schinderei rund um die Uhr für einen Lohn, der zum Leben nicht ausreicht! Die acht Stunden Arbeit werden immer mehr zu einer Qual.

Mit der Verschärfung der Arbeitshetze parallel ging der Abbau unseres Lohnes. Die Schmutzzulage wurde für einzelne von uns ganz gestrichen, bei anderen auf den Bruttolohn angerechnet. Die letzten Ausgleichszahlungen für den Überstundenabau wurden dann vollends mit dem Januargehalt abgerechnet.

Dann wurden wir damit vertröstet, daß bald ein anderes Lohnsystem eingeführt werde, das eine Arbeitsplatzbeschreibung zur Grundlage hat. Dann werde gerechter entlohnt und der Lohn entspreche der Leistung.

Im Kapitalismus wird der Arbeiter nicht nach seiner Leistung entlohnt – ständig steht er im Kampf um die Sicherung seiner Existenz.

Das haben wir auch beim Januarlohn gesehen, wo das erste Mal nach dem neuen Lohnsystem entlohnt wurde. Durchschnittlich 20 bis 25 Pfennig mehr für jeden in der Stunde kam dabei heraus. Die Lohnerhöhugn merkten wir überhaupt nicht; einige von uns hatten sogar noch weniger in der Lohntüte: Erhöhungen der Krankenversicherung und der Arbeitslosenversicherung fraßen die minimale Lohnerhöhung ganz schnell wieder auf.

Was wir brauchen, ist ein Lohn für 8 Stunden Arbeit am Tag, der zum Leben ausreicht und von dem wir auch eine Familie ernähren können. Dafür kämpfen wir jetzt bei K & E.

### Tarifforderung: 135 DM mehr

Auf der letzten Sitzung der Vertrauensleute haben die Kollegen von K & E die Forderung nach 135 DM zur IG Chemie Tarifrunde beschlos sen

## IG Druck

### Festgeldforderung IG Druck Köln

**Köln.** Die Betriebsräte- und Vertrauensleuteversammlung der IG Druck Ortsverein Köln beschloß am 23.2. bei 80 Anwesenden eine Forderung von 36 DM wöchentlich. Der Landesvorsitzende Gent sprach sich für Prozente aus, zirka 10 %. Die übergroße Mehrheit stimmte aber für Festgeld.

### Telegramm an die Große Tarifkommission

**Freiburg.** Am 24.2. unterschrieben bei der Firma Herder, Druck und Verlag, 25 Kollegen ein Telegramm an die Große Tarifkommission der IG Druck und forderten sie auf, in der Sitzung am 25.2. eine Festgeldforderung von 150 DM zu beschließen.

### Mindestens 36 DM pro Woche

**Kassel.** Die Bezirksversammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Druck beschloß als Tarifvorschlag für den Bezirk 10 %, mindestens 36 DM in der Woche oder 156,70 DM im Monat, für Auszubildende alle Lehrjahre 80 DM.

### Gegen die 6-Tage-Woche

**Dortmund.** Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ hat in der Dortmunder Druckerei „Westfalendruck“ beschlossen, die 6-Tage-Woche wieder einzuführen. Der Betriebsrat hat unter der Drohung mit dem Entzug der Druckaufträge und damit Entlassungen dieser Regelung zugestimmt. Die IG Druck hat gegen die Wiedereinführung der 6-Tage-Woche einen Prozeß angestrengt. Der Verhandlung in der Hauptsache wird am 2. März sein. Durch die 6-Tage-Woche werden 60 bis 70 Arbeitsplätze abgebaut.

### HBV Einzelhandel: 135 DM

**Osnabrück.** Die Mitgliederversammlung der Fachgruppe Einzelhandel der Gewerkschaft HBV hat zur anstehenden Tarifrunde bei zwei Enthaltungen, 27 Anwesende, 135 DM mehr für alle beschlossen.

Brief von 6 Westberliner Gewerkschaftskollegen der IG Bau

## Vor allem verdienen die Banken an den Mieten

**Die Tarifkommission-Bauhauptgewerbe hat sich nun schon zweimal zu Verhandlungen getroffen, doch offenbar haben die Herren es dieses Jahr nicht so eilig, nachdem die IG Bau-Steine-Erden letztes Jahr als Vorreiter mit einem extrem niedrigen Abschluß allen Branchen „Vorbild“ war.**

Der Tarifvertrag läuft erst Ende April aus, so hat man noch Zeit, den ÖTV-Abschluß abzuwarten. Die IG Bau-Steine-Erden hat vorsichtshalber die Forderung der Kollegen nach 10 % bzw. 150 DM gar nicht erst aufgestellt, so braucht sich der Verhandlungserfolg auch nicht daran zu messen. Vielmehr überläßt die IG Bau-Steine-Erden den Unternehmern und der Presse die Aufgabe, über die Auswirkungen der Lohnerhöhungen zu informieren:

„Höhere Löhne für die Bauarbeiter führen zu höheren Mieten.“ So hört man es jetzt wieder, wo es um die Tarifverhandlungen geht. Das Einzige, was an der Behauptung wahr ist, sind die tatsächlich immer weiter steigenden Mieten. Von allen Lebenshaltungskosten sind sie laut Statistischem Landesamt am meisten gestiegen. Und weil nicht nur die Mieten, die Gas- und Elektropreise und Fahrpreise steigen, sondern alle Lebensmittel teurer werden, sind die Kollegen vom Bau, so wie die Kollegen aus allen anderen Berufen gezwungen, höhere Löhne zu fordern, um die ständigen Preissteigerungen in etwa aufzufangen. Das ist das gemeinsame Interesse aller Kollegen, wo immer sie auch arbeiten. Viele sehen das aber noch nicht, sie lassen sich an der Nase herumführen mit solchen Behauptungen von den Mietsteigerungen aufgrund der Lohnabschlüsse. Und genau das soll mit solchen Behauptungen bezweckt werden. ...

Ein Blick in die Statistik, die sonst meist nicht viel über unsere Probleme aussagt, zeigt schon die Haltlosigkeit dieser Behauptung. 1966/67 gingen die Löhne und die Preise für die neuerrichteten Bauten zurück, die Mieten aber stiegen weiter an. Wenn die Behauptung stimmen würde, hätten also auch die Mieten zurückgehen müssen.

Von dem Geld, was die Mieter Monat für Monat für die Miete zahlen, sehen die Kollegen vom Bau fast nichts, die Bezahlung für ihre geleistete Arbeit verschwindet hinter den Summen, die sich die Bauunternehmer, die Bauherren und Wohnungsbaugesellschaften und die Banken und Geldgeber in die Tasche stecken.

Die **Bauunternehmer** erhöhten von 1970 bis 1972 die Baupreise um 27 %. Die Lohnkosten stiegen zur gleiche.. Zeit nur um 7,6 %, also rund 3/4. der gesamten Baupreissteigerungen haben nichts mit den Bauarbeiterlöhnen zu tun. Außer den Kostensteigerungen für Material schlagen sich hier auch die durch Absprache der Unternehmer künstlich hochgedrückten Preise nieder.

Der **Bauherr** oder die Wohnungsbaugesellschaften machen zwar in den ersten Jahren nach Baufertigstellung noch nicht das große Geschäft – das kommt erst, wenn die Kredite zurückgezahlt sind – aber die Zinsen für das eigene Geld sind schon mit 4 % in der Mietberechnung abgesichert, daneben das Mietausfallwagnis mit 2 % (was wagt der bloß?) und zusätzlich reichlich bemessene Gelder für Verwaltung und Instandhaltung. Daß die Mieteinnahmen, die für Instandsetzung bestimmt sind, auch nur in die Taschen der Hausbesitzer fließen, kann man am Zustand vieler Häuser ablesen. Gerade aber die Besitzer der alten Häuser werden vom Senat unterstützt, der ihnen gerade wieder eine 5 %ige Mieterhöhung zugebilligt hat und bis 1981 noch weitere Mieterhöhungen von insgesamt 15 %.

Vor allem aber verdienen Banken und **Geldgeber** am Wohnungsbau. Wie gut sich daran verdienen läßt, das demonstrieren sie in den Wirtschaftsblättern mit Schlagzeilen wie: „Der soziale Wohnungsbau, eine attraktive Anlage.“

Attraktiv daran ist für die Geldgeber, daß sie die Investitionen zwar zuerst einmal aus der eigenen Tasche auf den Tisch legen müssen, aber innerhalb der folgenden Jahre mit den Steuern, die sie so wie alle andern zu zahlen hätten, verrechnen; also über Steuerersparnisse wieder hereinholen, so daß sie nichts weiter anlegen, als ihre zukünftigen Steuern. Auf dieses Geld bekommen sie auch noch 8 bis 10 % Zinsen und im Laufe der Zeit auch alles zurückgezahlt.

In einem Prospekt der Wol[illegible]gsbau-Kredit-Kasse steht deshalb: „So ertragreich ist also ein WBK-Berlin-Darlehen: Für einen tatsächlichen Kapitaleinsatz von 7340 DM erhalten Sie 23585,28 DM.“ (nach 25 Jahren).

Wo soviel und so gut verdient wird, ohne einen Handschlag zu tun, da entstehen auch Mietpreise, die nicht mehr zu zahlen sind. Im Neubau heute Mieten von 17 DM für jeden einzelnen Quadratmeter der Wohnung im Monat. Und weil das keiner mehr bezahlen kann, gibt der Staat aus unseren Steuergeldern den Hausbesitzern 13 DM im Monat für jeden Quadratmeter seiner Wohnungen als billigen Kredit für die nächsten 15 Jahre und läßt schon verlauten, daß man die Rückzahlung nach dieser Zeit erlassen will. Da die Kosten für den Bau einer Wohnung in etwa den über 15 Jahren aus Steuermitteln gezahlten Subventionen entspricht, kann man sagen, die Wohnungen werden den Hausbesitzern geschenkt. Die Mieter müssen den Hausbesitzern und den Geldgebern also nicht nur die wahnwitzig hohen Mieten zahlen, sondern mit ihren hohen Steuern auch noch die Subventionen finanzieren.

Den Mietern und den Bauarbeitern werden solche Geschenke nicht gemacht, sie müssen sich alles hart erarbeiten, und dann noch schwer erkämpfen. Und weil das so ist, müssen die Bauarbeiter und ihre Kollegen in den anderen Berufen gemeinsam das fordern, was sie heute zum Leben brauchen **und** sie müssen sich gemeinsam mit den anderen Mietern gegen die Mietpreissteigerungen zur Wehr setzen. – (6 Gewerkschaftskollegen

ÖTV-Tarifrunde

# Die 135 DM-Forderung ist für die Bourgeoisie ein rotes Tuch

Laut Pressemeldungen zeichnet sich inzwischen ein Angebot des öffentlichen Arbeitgebers an die Beschäftigten in öffentlichen Diensten ab. Zu der Forderung 135 DM für alle gleich hat Kanzler Schmidt bündig geäußert „So etwas wird es nicht geben". Stattdessen sollen 4 Prozent oder darunter angeboten werden. Eventuell ist an einen ganz kleinen Sockelbetrag gedacht, zehn Mark oder so.

Im ganzen Lande wird von den Belegschaften im öffentlichen Dienst die Forderung erhoben, die Gewerkschaften sollten zu Aktionen übergehen. Einzelne Belegschaften haben mit Protestmaßnahmen begonnen.

Die Spaltungsversuche von DAG und Beamtenbund nehmen an Heftigkeit zu. Die Ergebnisse dieser Spaltereien sind jedoch dünn. Sie beschränken sich vorderhand darauf, daß die bürgerliche Presse jede derartige Äußerung aufnimmt und begeistert aufbläst. In den Dienststellen kommen die Spalter jedoch nicht voran. Nicht selten stimmen auf Personalversammlungen die Mitglieder des Beamtenbundes für die 135 DM Forderung.

Allerdings sind schon mehrere Ratsherren oder Bürgermeister aus der ÖTV ausgetreten. Wegen der „leistungsfeindlichen" und „gleichmacherischen" Forderung von 135 DM. Das ist nicht schlecht, sondern **erfreulich.** Erfreulich ist es auch, daß Heinz Kluncker offen gegen eine dieser Gestalten, den SPD-Bundestagsabgeordneten Lohmar, der aus der ÖTV ausgetreten ist und im „Spiegel" einen Hetzartikel geschrieben hat gegen die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst, in der Nummer 9 des „Spiegel" Stellung nimmt.

Die Forderung nach 135 DM hat zu einem Riß mitten durch die Sozialdemokratie geführt. Das ist gut. Das schafft Raum für die Initiative der Gewerkschaftsmitglieder. Dagegen halten die Sozialdemokraten gewöhnlich zusammen wie Pech und Schwefel. Warum kommt es jetzt zum Krach? Was Heinz Kluncker im „Spiegel" gegen Lohmar geschrieben hat, paßt auch auf Schmidt oder Wehner.

Heinz Kluncker hatte dem Mitgliederwillen nach einer Festgeldforderung mit der Aufstellung der 135 DM Forderung nachgegeben. Er und die Sozialdemokratenclique rings um ihn herum hatten diese Forderung als ein **Friedensangebot** an die regierende Sozialdemokratie gemeint. Das Volumen der Forderung beträgt bloß 3,4 %, wenn die Angaben des Innenministeriums stimmen. Das erschien dem Heinz Kluncker als eine ausgestreckte Hand.

Den regierenden Sozialdemokraten sollte Gelegenheit zu einem demagogischen Manöver geboten werden. Etwa, daß die internationale Wirtschaftskrise auch unser Land schwer getroffen habe, daß es entsprechend wenig zu verteilen gäbe, daß man das Wenige so verteilen müsse, daß man die Ärmsten der Armen berücksichtigt, daß man scharf zurückweist, das würde den Leistungswillen der deutschen Arbeiter herabsetzen, denn diese wären so kleinlich nicht und daß man allerschärfstens den Gedanken zurückweise, die deutschen Beamten würden ihre Treue zur Verfassung ans Geld binden und nicht einsehen, daß sie um höherer Werte willen auch mal kurz treten müssen. Daß man somit 100 DM für alle gleich anbiete, um den sozialen Frieden zu bewahren.

Eine derart ergreifende Ansprache vom Kanzler Schmidt, bei der alle Sozialdemokraten vor Rührung geweint hätten, war erhofft. Auch im Hinblick auf die Wahlen. Schmidt hat es vorgezogen, diese Gelegenheit nicht zu ergreifen. Nachgiebigkeit gegenüber einer Arbeiterbewegung kostet den Posten. Das weiß er seit Brandt. Vorhersehbar war es.

Der Finanzbourgeoisie, deren Geschäfte die Regierung führt, genügt nicht, daß die Gewerkschaften ÖTV, DPG, GdED eine Forderung aufgestellt haben, die eine Lohnverkürzung bereits beinhaltet. Sie wollen einen Abschluß, der die Arbeitskraft zu einem Spottpreis käuflich macht.

Unter dieses Joch die Millionen Beschäftigten in öffentlichen Diensten zu führen, ist der Reformist Kluncker bislang nicht bereit. Er ist ein reformistischer Gewerkschaftsführer und hat die Aufgabe, die Arbeiter mit den bestehenden Verhältnissen auszusöhnen. Eine Versöhnung der Arbeiter mit der herrschenden Ordnung auf Basis eines Abschlusses, der aus der Tendenz der absoluten Verelendung der Arbeiter im Kapitalismus eine rauhe Wirklichkeit macht, ist sehr schwierig.

Das geht nicht. Jedenfalls nicht ohne einen Sündenbock. An diesem Sündenbock wird dementsprechend gebastelt. Das dumme Geschwätz über die „Ölscheichs", die uns hoffentlich nicht wieder die Wirtschaft bremsen, ist aus diesem Grunde bei den Gewerkschaftsführern so beliebt.

Wenn es jetzt so ausschaut, daß Heinz Kluncker **fest** auf der Forderung nach 135 DM steht, so ist das trügerisch.

Die Aufstellung der Forderung war möglich, weil die führenden Sozialdemokraten in den Gewerkschaften sich nicht zu Fürsprechern der absoluten Verelendung machen konnten und vom Mitgliederwillen auf die Festgeldforderung sich treiben ließen, weil sie eine falsche Ansicht über die Aufgabe des Dienstherren in dieser Lohnbewegung haben. Sie gehen davon aus, daß zugegebenermaßen gespart werden müsse.

Zu diesem Zweck, den sie **zugestehen**, haben sie jedoch eine Forderung aufgestellt, die zwar in der Haushaltsbelastung niedrig erscheint, aber aus kapitalistischer Sicht überhaupt nicht sparsam ist. Wie geht das zu?

Ein 135 DM Abschluß würde die Bourgeoisie an zwei Enden teuer kommen. Am einen Ende würde er dem Verfall der Preise für einfache Arbeitskraft entgegenwirken, das würde sich auf die gesamten Industrielöhne auswirken. Das wäre **teuer.**

Auf dem anderen Ende entginge der Riesenschar der höheren Beamten, die man **zur Bourgeoisie rechnen muß**, eine beachtliche Summe Geldes. Das ist, vom Standpunkt der Bourgeoisie aus gesehen, **auch teuer.**

4,3 % machen die 135 DM aus in der Kostenrechnung der öffentlichen Haushalte. Sogar ein Abschluß von 5 % wäre vom Standpunkt der Bourgeoisie aus **billiger.**

Für die Arbeitslöhne wäre er niedriger als 135 DM. Das würde sich ebenfalls bis in die Industrie hinein auswirken. Das wäre sparsam. Etliche Arbeiterhaushalte würden dabei vor die Hunde gehen, das würde die Arbeitsmoral heben.

Für die Bourgeois, die die höheren Beamtenposten bevölkern, wäre es schlicht mehr Geld. Seit wann und warum sollen sich die Bourgeois über Kosten aufregen, die sie selber und ihr standesgemäßer Unterhalt machen? Geld, das sich in Händen der Bourgeoisie ansammelt, ist immer „gespart".

Das Friedensangebot der Reformisten in der Gewerkschaft an die Bourgeoisie war für diese in Wirklichkeit ein rotes Tuch.

Daher kommt der Krach in der Sozialdemokratie. Dieser Krach ist, wie schon gesagt, etwas Gutes. Er wird aber bloß anhalten, so lange die Reformisten in der Gewerkschaft unter Druck von Aktionen stehen.

Bei gewissen Leuten entsteht Empörung über die Machenschaften der Bourgeoisie und der Regierung überwiegend, weil sie sich beim Werk der Arbeiterbefriedung Knüppel zwischen die Beine geworfen sehen.

Das Geschäft wird schwer, die Arbeiter zurückzuhalten immer schweißtreibender. Vielleicht ist das der Grund dafür, daß laut Pressemeldungen die Tarife für die Angestellten der ÖTV selber vor kurzer Zeit um Sockel und Prozent erhöht worden sein sollen. Hier zeige Kluncker doch ein erstaunliches Maß an Einsicht für die Notwendigkeit, Leistung zu honorieren, bemerkt die bürgerliche Presse.

Wenn es auch gut ist, daß sich Heinz Kluncker unter dem Druck der Bewegung gezwungen sieht, für eine richtige Sache einzutreten, die Ziele der Reformisten und die Ziele der Arbeiter bleiben verschieden; wenn es je dazu kommt, daß die selbständige Bewegung auch nur einen Hauch von Lokkerlassen zeigt, wird sich das gleich herausstellen. – (mf)

Personalversammlung am PLK Wiesloch

## Spaltungsversuch des Beamtenbundes abgewehrt

**Wiesloch.** Das Psychiatrische Landeskrankenhaus Wiesloch (ca. 900 Beschäftigte) ist eine Hochburg des Beamtenbundes in Nordbaden. Von 11 Sitzen im Personalrat hält er 7 gegenüber 3 Vertretern der ÖTV-Liste.

Die Personalversammlung fand in der vergangenen Woche an zwei Tagen (18. und 19.2.) statt. Das ist laut neuem Personalvertretungsgesetz von Baden-Württemberg jetzt vorgeschrieben und soll natürlich verhindern, daß die Belegschaft geschlossen auftreten kann.

Zur Versammlung hat der Personalrat eine Resolution vorgelegt, in der erneut die alte Forderung nach 40-Stunden-Woche auch für Beamte, Rücknahme des von der Landesregierung verhängten Stellenstopps und unverzügliche Neubesetzung freiwerdender Stellen sowie angemessener Inflationsausgleich gefordert wurde. Um den letzten Punkt entzündete sich eine heftige Auseinandersetzung, als Mitglieder der ÖTV-Gewerkschaftsgruppe am Betrieb forderten, statt im Unverbindlichen zu bleiben, die Forderung nach 135 DM für alle gleich zu erheben.

Während auf der ersten Teilversammlung die Direktion die Beamtenbündler verheizen ließ, warf sich auf der zweiten Teilversammlung Middelhoff, einer der Direktoren, selbst ins Zeug und setzte alle Hebel in Bewegung, um die Niederlage für den Dienstherren (80 stimmten für, 40 gegen 135 DM) auszubügeln. Doch auch er holte sich eine blutige Nase und mußte mitansehen, daß erneut die Mehrheit in Anwesenheit des Dienstherren und gegen dessen ausdrückliche Stellungnahme für 135 DM stimmte.

Die Versammlung hat die Fronten zwischen der Masse der Beschäftigten und den Schmarotzern im „höheren" Dienst des Staates klar aufgezeigt. Gleichzeitig hat das Abstimmungsergebnis der Spaltergewerkschaft Beamtenbund, der eine abgestufte Gemischtforderung vertritt, eine klare Abfuhr erteilt. Er mußte es erleben, daß in seiner Hochburg die Festgeldforderung fest verankert ist und von der Belegschaft offen vertreten wird. – (M.)




Köln. ÖTV-Mitglieder der Kölner Uniklinik demonstrierten am 16.2. durch die Kölner Innenstadt

**Köln.** Zur ersten Verhandlung schickten 149 Kollegen der Uniklinik ein Telegramm: Kein Verhandlungsspielraum! 50 Kollegen folgten am 16.2. einer Aufforderung des Arbeitskreises Tarifpolitik in der ÖTV an der Uniklinik und haben Kundgebungen in der Innenstadt abgehalten. Flugblätter wurden verteilt, eine Resolution wurde auf einer Kundgebung mit den Umstehenden verabschiedet und zum Kölner Stadtanzeiger gebracht.

**Göttingen.** ÖTV-Mitgliederversammlung an den Fachbereichen Mathematik und Pysik der Universität: selbstgefertigte Plakate wurden ausgehängt.

Nervenklinik: Am 16.2. wurde von den Vertrauensleuten zur Diskussion in der Mittagspause vor dem Haupteingang aufgerufen. 50 Kollegen unterschrieben dort eine Resolution, Kampfmaßnahmen einzuleiten.

Medizinische Klinik: Ein Transparent wurde am Gebäude aufgehängt. 15 Kollegen versammelten sich im Innenhof.

**Wiesbaden.** Die zentrale ÖTV Vertrauensleuteversammlung der Stadtverwaltung (18 Betriebsgruppen) hat in einer Resolution am 17.2. angesichts des Verhaltens des staatlichen Dienstherrn ausdrücklich die Forderung nach 135 DM bekräftigt und die sofortige Vorbereitung des Streiks in allen Bereichen der ÖTV Wiesbaden gefordert. Die Vertrauensleute haben sich dagegen gewandt, daß die Kollegen der unteren Lohngruppen unter das Existenzminimum gedrückt werden sollen, was mit einem niedrigen Prozentabschluß, wie es der staatliche Dienstherr anstrebt, der Fall ist. Gefordert werden: Sofortige Durchführung von Betriebsgruppenversammlungen, wo diese noch nicht erfolgt sind, öffentliche Betriebsgruppenversammlungen mit Einbeziehung von nicht organisierten Kollegen. Sofortige Organisierung einer Kundgebung zur zweiten Verhandlungsrunde. Diese Resolution, die von der Betriebsgruppe Sozialamt kam, wurde dort am Schwarzen Brett am Eingang als Wandzeitung ausgehängt.

**Offenbach.** Beamte, die im DGB organisiert sind, verteilten an mehreren Stellen der Innenstadt ein Flugblatt, in dem sie aufzeigten, wie niedrig die Bruttoeinkommen der unteren Beamten sind im Gegensatz zu den Einnahmen der höheren Beamten, und daß sie für die Forderung von 135 DM eintreten.

**Wiesbaden.** 19 Schüler eines Inspektorlehrgangs des Verwaltungsseminars Wiesbaden haben in einem Brief an den staatlichen Dienstherrn und die Gewerkschaft gegen die Ablehnung des Festbetrags protestiert und die volle Durchsetzung der 135 DM gefordert. Den ÖTV-Kreisvorstand haben sie aufgefordert, am 2. Verhandlungstag eine Kundgebung durchzuführen.

**Braunschweig.** In der Stadtverwaltung hängte die gewerkschaftliche Betriebsjugendgruppe Wandzeitungen zur Durchsetzung der Forderung auf.

### ÖTV-Bezirksdelegiertenkonferenz

**Freiburg.** Am 20./21.2.1976 fand in Freiburg die 9. ordentliche Bezirksdelegiertenkonferenz der ÖTV statt.

In seinem Referat sprach sich Kluncker für das Festhalten an der 135 DM Forderung aus. Aber das Festhalten allein genügt nicht. Dies kam zum Ausdruck in einem Referat einer Delegierten aus Freiburg und an der Aktion von zirka 30 Kollegen aus den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Gesundheitswesen und Juristen. Sie zogen mit Transparenten und Plakaten vor die Konferenz und forderten in einer Resolution die Delegierten auf, daß Aktionen für die Durchsetzung der Forderung durchgeführt werden.

In dem Referat der Kollegin hieß es: „Nach dem ersten Verhandlungstag ist jedem klar, was die Regierung will: Lohnsenkung, gar nichts hat sie angeboten! Sie hat mit ihrem Auftreten am Montag den Unternehmern in der Metallindustrie Rückendeckung gegeben. Die Metallunternehmer können jetzt zu ihren Arbeiern sagen: Seht, die Regierung macht es genau so wie wir, seht es doch ein, dieses Jahr gibt es fast nichts!

Die Solidarität aller Arbeiter ist jetzt nötig. Wenn es im öffentlichen Dienst jetzt ruhig bleibt, stehen die Metaller schlecht da. Und sind die Metaller erst geschlagen, dann sieht die Sache für uns ebenfalls schlecht aus. Eine geschlossene Front von Regierung und Unternehmern steht allen Arbeitern gegenüber. Sie wollen einen Bereich nach dem anderen Schlagen. Was jetzt not tut, ist, daß wir die Metallarbeiter nicht alleine kämpfen lassen. So wie es eine Unterstützung für uns war, als die Metallarbeiter in Warnstreiks gezeigt haben, daß sie kämpfen, müssen wir jetzt unsere Solidarität zeigen."

Das Referat fand großen Beifall unter den Delegierten. Die Delegierten protestierten gegen die Polizeibespitzelung der Metallstreiks und erklärten ihre Solidarität mit den Metallarbeitern. In einem Antrag forderten die Delegierten die 40-Stunden-Woche für die Beamten. Die Delegierten sprachen sich gegen die geplanten und bereits durchgeführten Rationalisierungen im Dienstleistungsbereich aus.

Zum Radikalenerlaß, vor allem die Praktiken der Landesregierung, äußerte Kluncker Kritik. Die ÖTV unterstütze die Bestrebungen der Bundesregierung, ein für alle Bundesländer geltendes Gesetz zu verabschieden. Zwar müßte sich die Gewerkschaft gegen Gruppierungen schützen, die mit Gewalt die Gesellschaft ändern wollen. Aber dies geschehe nur bei gewerkschaftsschädigendem Verhalten und mit der Abgrenzung nach rechs und links." Ganz wohl war es dem Kluncker bei dieser Passage wohl nicht, denn er weiß sehr wohl, daß den Kommunisten kein gewerkschaftsschädigendes Verhalten nachzuweisen ist. Er meinte dann auch milde lächelnd weiter: Ich meine, ein radikaler Jugendlicher, der seinen Weg zur Demokratie sucht, ist mir viel lieber als ein verknöcherter Nazi, der von seinen Vorstellungen nicht mehr wegkommt.

**Oldenburg.** 135 DM für alle werden wir durchsetzen!" stand auf dem Transparent, das auf Beschluß der ÖTV-Betriebsgruppe Universität in der Mensa aufgehängte wurde. Mitglieder der Verwaltung des Fachbereichs IV hängten ebenfalls ein großes Transparent an die Außenwand des Aufbau- und Verfügungszentrums. Die Mitgliederversammlung der ÖTV-Abteilung Arbeitsverwaltung fordert die Vertrauensleute auf, gemeinsam mit den Vertrauensleuten der anderen Ämter und Verwaltungen eine zentrale Veranstaltung durchzuführen.

### Caritasverband soll die Löhne um 135 DM erhöhen

**Köln.** Die Mitarbeiterversammlung des Eduardus-Krankenhauses, eines kirchlichen Tendenzbetriebes, stellte an den katholischen Caritasverband die Forderung, die Löhne einheitlich um 135 DM zu erhöhen. Als zentrale Verwaltungsstelle der katholischen Kirchenbetriebe hatte der Caritasverband bisher die Löhne nach dem BAT ausgerechnet. Die 35 Kollegen auf der Mitarbeiterversammlung am 19. Februar beschlossen bei einer Gegenstimme darüberhinaus, daß nicht erst der Abschluß im öffentlichen Dienst abgewartet werden soll, sondern daß der Caritasverband jetzt aufgefordert wird, die Löhne um 135 DM zu erhöhen. Die Mitarbeitervertretung wurde verpflichtet, den Antrag abzuschicken.

**Karlsruhe.** Auf der Fachgruppensitzung Sozialarbeit am 24.2. berichtete das Mitglied der Kreisverwaltung Buchberger, daß der ÖTV-Hauptvorstand in einer Empfehlung den Kreisvorständen mitgeteilt hat, zu Beginn der zweiten Verhandlungsrunde örtlich öffentliche Aktionen durchzuführen.

*„Hilfsprogramme" für jugendliche Arbeitslose*

# Billige Reserven für die Kapitalisten

Nach offiziellen Angaben gibt es in der Bundesrepublik schon 130 000 arbeitslose Jugendliche. In dieser Zahl sind diejenigen nicht erfaßt, die sich in irgendwelchen Förderlehrgängen befinden oder sich gar nicht registrieren lassen und somit in der offiziellen Statistik nicht auftauchen. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen steigt insgesamt mit der Zahl der Schulabgänger, die keine Lehrstellen finden. Diese große Menge Jugendlicher ist Bestandteil der industriellen Reservearmee, die durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktion geschaffen wird und in jeder Krise anschwillt. Die Kapitalisten nutzen diese industrielle Reservearmee, um die Abhängigkeit der Arbeiter von der Lohnarbeit, den Grad der Ausbeutung und die Unsicherheit der Existenz der Arbeiter zu vergrößern. Gerade die große Zahl jugendlicher Arbeitsloser gibt dem Kapital große Möglichkeiten, diese als billiges Ausbeutungsobjekt zu vernutzen und damit als Lohndrücker gegenüber der gesamten Arbeiterklasse einzusetzen. Unter dem Vorwand, den Jugendlichen zu helfen, schafft der bürgerliche Staat Gesetze und Programm, die es den Kapitalisten uneingeschränkt ermöglichen, die Jugendlichen in die Fabriken zu ziehen, gleichzeitig das Recht der Jugendlichen auf eine Ausbildung einschränkt. Erst kürzlich wurde im Bundesparlament das Jugendarbeitsschutzgesetz verabschiedet, welches besonders über die Regelung zur Akkordarbeit bei Jugendlichen die Freigabe der jugendlichen Arbeitskraft ermöglicht. (KVZ Nr. 3/76) Jetzt wollen die Regierungen der Bundesländer und die Bundesregierung „sehr unterschiedliche Programme" ausarbeiten, um den „arbeitslosen Jugendlichen (zu) helfen". (Frankfurter Rundschau, 19. Februar) Am weitesten vorgegangen mit dieser „Hilfe" ist jetzt Nordrhein-Westfalen, wo die Landesregierung (SPD/FDP) „rund 40 000 arbeitslosen Jugendlichen an Rhein und Ruhr einen Berufsschul- und Ausbildungsplatz verschaffen will". (Frankfurter Rundschau) (Insgesamt gibt es nach der offiziellen Statistik in Nordrhein-Westfalen 51 000 jugendliche Arbeitslose.)

Als erstes plant die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen folgendes: „Maximal 23 000 Schüler, für die im Sommer 1976 die allgemeine Schulpflicht endet, ohne daß sie weiterführende Schulen besuchen oder einen Arbeitsplatz finden, sollen ihre gesamte Berufsschulpflicht in Form eines geschlossenen einjährigen Blocks ableisten." (Frankfurter Rundschau, 19. Februar) 23 000 Jugendliche sollen also von der Straße geholt werden, so daß sie auch in der Statistik für Arbeitslose nicht mehr auftauchen, obwohl sie keineswegs eine Arbeit haben oder einen Beruf erlernen. „Berufsvorbereitungen" heißt das dann. Das ist dann nach einem Jahr vorbei, ihre Berufsschulpflicht erloschen, und sie stehen da, weiterhin ohne Beruf, um sich dann als billige Arbeitskraft für die Kapitalisten zu verdingen. Diese stellen gern jugendliche Arbeiter ein, die nicht mehr in die Schule gehen müssen. Der Schulbesuch unterbricht in den Augen der Kapitalisten nur unnütz die Schweißauspressung. Vor allem aber sind solche Arbeitskräfte billig, weil sie weiterhin als Jugendliche entlohnt werden können. Hemmungslos nimmt hier das Profitstreben des Kapitals Tausenden von Jugendlichen jegliches Recht auf Ausbildung und einen Beruf, weicht die Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr auf und macht sie zu lebenslangen Hilfsarbeitern. Aber, den Jugendlichen soll ja „geholfen werden". Und die nordrhein-westfälische Landesregierung geht dann gleich weiter: „10 000 jungen Arbeitern, die mindestens vier Wochen arbeitslos waren, will die Landesregierung dadurch einen Ausbildungsplatz schaffen, daß sie den Arbeitgebern für ein halbes Jahr Eingliederungshilfe in Höhe von 60 Prozent des Arbeitslohnes sowie eine Zahlung von 1 200 Mark anbietet. Dafür müssen sich die Firmen verpflichten, die Arbeiter auf eine qualifizierte Tätigkeit vorzubereiten, wobei die Ausbildungsverhältnisse zwischen dem 25. Februar und dem 31. Juli 1976 abgeschlossen werden müssen. Falls die Jugendlichen vor Ablauf von 9 Monaten entlassen werden, müssen die Zuschüsse zurückgezahlt werden." (Frankfurter Rundschau, 19. Februar) Werden den Kapitalisten hier Millionen in den Rachen geschoben aus den Steuergeldern der Arbeiterklasse und der Volksmassen, so haben die Kapitalisten auch hier ausgezeichnete Möglichkeiten, entsprechend ihren Bedürfnissen sich billige Arbeitskräfte herzurichten. Über die Stufenausbildung ist es durchaus möglich, dort wo sie angewandt wird, die Jugendlichen in einem Jahr auf eine entsprechende Tätigkeit abzurichten, um dann das Lehrverhältnis zu beenden, wobei sie dann für ein halbes Jahr Zuschuß aus den Steuergroschen der Lohnabhängigen bekommen haben. Auch Entlassungen nach den 9 Monaen sind natürlich möglich, um dann das Ganze von vorn mit neuen Leuten zu beginnen.

Bei der dritten Maßnahme macht die nordrhein-westfälische Landesregierung keine Umstände: „Bis zu 10 000 Jugendlichen, die keinen Hauptschulabschluß und keine Eignung für einen anerkannten Beruf (!) haben, will die Landesregierung dadurch helfen, daß sie den Arbeitgebern für die Ausbildung solcher Jugendlicher pro Lehrjahr und Lehrling 3 600 DM zahlt." (Frankfurter Rundschau, 19. Februar) Auf was diese Ausbildung hinauslaufen wird, kann man sich gut vorstellen. Schließlich wird ja sogar im „Jugendarbeitsschutzgesetz" Akkordarbeit zu Ausbildungszwecken freigegeben. Auf ganz normale Akkord- und Bandarbeit und Vernutzung als Lohndrücker wird auch die Ausbildung hinauslaufen, die die nordrhein-westfälische Regierung „solchen" Jugendlichen angedeihen lassen will, die sie für zu blöde hält für eine normale Ausbildung und die sie zusammen mit 3 600 DM den Kapitalisten zur Fürsorge übergibt.

So greift eine Maßnahme in die andere. Als Spitze des Ganzen hat dann die Landesregierung Nordrhein-Westfalens eine Million Mark „bereitgestellt für den Einsatz Jugendlicher zur Erledigung von Aufgaben des Umweltschutzes, der Freizeitgestaltung und im Bereich der sozialen Dienste". Hiermit soll eine Form des Arbeitsdienstes eingerichtet werden. Für ein paar Groschen Müll und Dreck der großen Fabriken aus den Ecken des teilweise verrotteten Ruhrgebietes zu klauben, das ist die Zukunft, die die Landesregierung den Jugendlichen bieten will. Um dieses Programm auch durchzusetzen, spannt die Landesregierung zusätzlich zu den Arbeitsämtern und den Druckmitteln, die sie damit hat, noch 70 Sozialarbeiter ein, um die Jugendlichen in dieses Programm des Kapitals zu pressen. Solche Programme wollen die Länder überall einführen, je nach den unterschiedlichen Bedingungen. Gemeinsam werden sie alle haben, daß sie dem Kapital nützen. Und gemeinsam ist ihnen auch, daß sie den Widerstand der Arbeiterklasse und ihrer Jugend hervorrufen. Denn die Alternative zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitsdienst ist keine Alternative für die Arbeiterjugend. – (j.k.)

*Demonstrationen für die Rechte der Schülervertretungen*

# Krollmann kriegt keine Ruhe

**Hessen.** Wir haben in der letzten Nummer der KVZ über das Manöver des hessischen Kultusministeriums berichtet, durch Zurücknahme der Maulkorbverordnung für die Schülervertretungen die Bewegung der Schülerschaft für die Rechte ihrer Vertretungsorgane ins Leere laufen zu lassen, um in einigen Monaten die Entrechtung der Schüler durch ein neues Schulverwaltungsgesetz gebündelt mit weiterer Entrechtung der Eltern und Lehrer zu betreiben. In Friedberg haben am 18.2. 1500 Schüler aus allen Schulzweigen auf dieses Vorhaben die treffende Antwort erteilt. Unter der Forderung **„Keine Entrechtung der Schüler durch die geplante Schulverfassung! Unabhängigkeit und Satzungshoheit der Schülervertretung! Für freie politische Tätigkeit an der Schule! Für das uneingeschränkte politische Mandat der Schülervertretung!"** sind sie auf die Straße gegangen. Die kämpferische Demonstration führte über die Hauptgeschäftsstelle und anschließend an den Schulen vorbei, die sich der Initiative des Stadtschülerrats angeschlossen hatten. Die Augustinerschule, wo der Direktor die Tore abgesperrt hatte, wurde gestürmt, zahlreiche Schüler wurden aus dem Schulgefängnis befreit.

In Gießen demonstrierten an die 500 Schüler gegen die Entrechtung der Schülervertretung.

In Darmstadt fand am 18. Februar die 2. ordentliche Schülerkonferenz statt, zu der alle Darmstädter Schülervertreter eingeladen waren. Obwohl das Regierungspräsidium versucht hatte, durch kleinliche Anordnungen – die Teilnahme wurde als unentschuldigtes Fehlen behandelt und der Versicherungsschutz entzogen –, die Verhandlungen unmöglich zu machen, kamen über 150 Schüler. Sie verabschiedeten eine Resolution, in der sie dazu auffordern, die für März geplante Aktionswoche dazu zu nutzen, um den Kampf gegen das neue Schulgesetz vorzubereiten. Dazu sollen Informationsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und verschiedene Aktionen bis zu Warnstreiks durchgeführt werden.

*12000 in Wyhl*

# Eine Abfuhr für Landesregierung und KKW Süd



Wyhl: 12000 auf der Kundgebung.

## Wie haben sich die Fronten entwickelt?

Erzreaktionär Filbinger rieb sich die Hände über das Verhandlungsergebnis der Landesregierung mit der kleinen Verhandlungskommission. Davon werde die Energiewirtschaft in der ganzen BRD profitieren, hat er voll Übermut von sich gelassen. Der Verzicht auf jede Form von Gewalt durch die „vollständige Beseitigung rechtswidriger Zustände" sind nach Meinung Filbingers ein beachtlicher Gewinn für die rechtsstaatliche Demokratie, hat er auch voll Übermut von sich gelassen. Daß die kleine Verhandlungskommission der Bürgerinitiativen ihm noch bescheinigt, daß es der Landesregierung und der Kernkraftwerk Süd um die Sicherheit und das Wohl der Menschen am Kaiserstuhl geht (aus der Vereinbarung), erfüllte ihn sicher mit Freude. Gibt es doch für einen Reaktionär kein höheres Glück auf Erden, als den Widerstand des Volkes zu zerschlagen und die Interessen der Geldsäcke durchzusetzen. Kein Wunder, daß auch die Kernkraftwerk Süd erklärte, daß sie ab 1. November nach zweijähriger Verzögerung endlich bauen könne. (Badische Zeitung, 4. Februar) SPD-Landesverband und FDP begrüßten die Vereinbarung, hatten sie doch schon immer empfohlen, das Kernkraftwerk und die Interessen der Geldsäcke geschickter durchzusetzen. In den Chefetagen der Elektrokonzerne und der großen Banken rieb man sich die Hände. Großartig, unsere Landesregierung, hat man sich dort gesagt, daß uns von den Bürgerinitiativen bescheinigt werden soll, uns geht es um das Wohl und die Sicherheit der Kaiserstühler. Das ist wirklich hinterfotzig und großartig. Die Kernkraftwerk Süd ließ dann gleich raus, daß sie am liebsten gleich bauen würde, aber: „Die Kernkraftwerk Süd erkenne jedoch, daß sie davon abhängig sei, daß der Bauplatz für die Aufnahme der Arbeit verfügbar sein müsse."

Zusammengefaßt: Der Gegner wurde Stück für Stück übermütiger. Es geht dem Finanzkapital um viel. Um ihre Profite zu sichern, müssen sie die einheitliche Front der Länder der Dritten Welt, die sich gegen die Ausplünderung ihrer Rohstoffe zusammengeschlossen haben, aufbrechen. Dazu ist es notwendig, in der Energieversorgung unabhängiger zu werden. Dazu ist es notwendig, daß „die Landschaft am Kaiserstuhl befriedet wird". (Aus der Vereinbarung) Mit Befriedung meinen sie Unterdrückung. Dasselbe Wort verwenden die Imperialisten, wenn es darum geht, andere Völker blutig zu unterdrücken und sich ihre Reichtümer anzueignen. Am Kaiserstuhl haben sie vor, durch den planlosen Bau eines Kernkraftwerkes die Existenz von Tausenden zu bedrohen und zu vernichten. Freudig springt die Landesregierung, wenn das Finanzkapital pfeift. Die Interessen der arbeitenden Klassen sind laut Filbinger und Landesregierung so und so Sonderinteressen, sie zählen nicht, höchstens um eine kleine Zahl von Kapitalisten zu mästen und dazu ihren gesamten Anhang von verlogenen Professoren, Richtern, Polizei und hohem Beamtengesindel. In dieser Verwandtschaft fühlt sich Filbinger wohl, und auch SPD und FDP wollen an dieser Verwandtschaft teilnehmen. Die Ruinierung der Menschen am Kaiserstuhl muß hingenommen werden, wenn es um das Eigentum und die Profite der Kernkraftwerk Süd geht, dafür gehen wir über Leichen – das ist die Politik der herrschenden Klasse.

## Die Vereinbarung stößt auf Ablehnung

In Teningen/Nimburg, in Oberrotweil, in Wyhl, in Malterdingen und in Kenzingen wurde das Verhandlungsergebnis abgelehnt. In Sasbach und Weisweil wurde es angenommen unter der Bedingung, daß eine Zusatzerklärung verabschiedet wird. Bei der letzten zentralen Bürgerinitiativsitzung in König-Schaffhausen sprachen sich fast alle für die Ablehnung der Vereinbarung aus. Hauptsächlich, weil es in Punkt 6 heißt, daß die Landesregierung ab November das Signal für den Bau geben kann, wenn „sie die Bedenken ausgeräumt sieht". Und weil die Bürgerinitiativen erklären sollen, daß sie gesetzwidrige Handlungen und ihre Unterstützung gegen Landesregierung und Kernkraftwerk Süd ablehnen. Die kleine Verhandlungskommission begann zu manövrieren. Als die ersten Bürgerinitiativen das Ergebnis ablehnten, wandelten sie ihr „Ja" zur Vereinbarung in ein „Ja aber" um. „Ja aber" soll bedeuten, daß man im Grunde für die Vereinbarung ist, aber noch einige Punkte ergänzen möchte. Die Vereinbarung soll den Kaiserstühlern eben doch noch schmackhaft gemacht werden. Zum Beispiel soll ergänzt werden, daß die Landesregierung nicht alleine entscheidet, sondern auch die Bevölkerung und die Bürgerinitiativen. Als ob die Bevölkerung nicht schon klar entschieden hätte. Vor allem seien Zusätze besser, damit die Kaiserstühler nicht so stur dastehen, meinen die Rechtsanwälte in der kleinen Verhandlungskommission. Wo doch gerade die Sturheit der Kaiserstühler der einzig richtige Weg war, um das Kernkraftwerk zu verhindern. Immer wieder versuchen Teile der kleinen Verhandlungskommission die Bewegung zu spalten und in die Hände der Landesregierung zu führen. Die meisten dieser ausgebufften Vorschläge stammen wohl aus der Feder der Rechtsanwälte, die selbst von solchen Vorschlägen profitieren und für ihre Beratung Honorare bekommen. Es ist an der Zeit, sich dieser Art Ratschläge zu entledigen. Sie kosten viel und haben noch nie zu was Gescheitem geführt.

Klar wurde am Kaiserstuhl, daß die Vereinbarung kein Schritt zur Verhinderung des Kernkraftwerks ist, und deshalb wurde auch in allen Dörfern die Kundgebung am Sonntag vorbereitet, um der Landesregierung zu dokumentieren, daß sie in Wyhl nicht durchkommt.

## Die Kundgebung wurde ein Erfolg

12 000 haben am Sonntag demonstriert. Fast soviel wie vor einem Jahr bei der Bauplatzbesetzung. „Verträge sind so viel wert wie die Vertragspartner wert sind", erklärte Karl Mayer aus Bottingen in seiner Rede, und fügte hinzu: „Die Wölfe werden ihren Schafspelz am 1. November wieder ablegen", und wenn „ein ganzes Rudel Wölfe dann kommt, um zu bauen, der Sturm des Volkes wird sie hinwegfegen". Das war die richtige Antwort. „Wir wollen kein verzögertes, sondern ein verhindertes Kernkraftwerk", erklärte er und bekam viel Beifall, als er für die Ablehnung der Vereinbarung eintrat. Die Rede Göppers, Mitglied der kleinen Verhandlungskommission, der für die Annahme eintrat, kommentierte selbst die „Badische Zeitung" vom Montag so: „Seine Äußerungen nahmen viele Kundgebungsteilnehmer jedoch mit deutlichen Mißfallenskundgebungen auf." Mit vielen Transparenten wurde die Forderung der Bevölkerung bekräftigt, und z.B. erklärt: „Offenbacher Vereinbarung – da ist der Filb drin."

Die Kundgebung hat der Landesregierung Angst eingejagt. CDU-Fraktionssprecher Späth, der Obervermittler der Landesregierung, fängt schon wieder an zu appellieren. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" appelliert er, alles „ohne Wenn und Aber" zu akzeptieren. Zusatzprotokolle seien nicht mit „Geist" und Ergebnis der Vereinbarung vereinbar. Die Kundgebung hat einiges vom Geist dieser Vereinbarung zunichte gemacht. Wo das Volk sich versammelt, ist wenig Platz für muffigen Bürokratenmief oder solchen „Geist", wie Späth es nennt.

Die Kernkraftwerk Süd erklärt, sie werde selbst ein „Ja aber" als Ablehnung betrachten. Das ist deutlich, die Herren der Kernkraftwerk Süd haben die Hosen wieder gestrichen voll. Spricht das nicht dafür, dem Gegner entschlossen gegenüberzutreten und am Freitag bei der zentralen Bürgerinitiativsitzung für die Ablehnung der Vereinbarung einzutreten? – (r., Emmendingen)




Hamburg. Immer wieder blieben Hunderte von Menschen auf dem Gehsteig stehen und hörten aufmerksam zu.




Westberlin. Zahlreiche Delegationen aus Betrieben und Gewerkschaften nahmen mit eigenen Transparenten an der Demonstration teil (oben und unten links).

*Tausende auf den Demonstrationen und Kundgebungen gegen den § 218*

# Der Kampf gegen den § 218 wird fortgesetzt

**In über 100 Städten sind am 21. Februar anläßlich der Jährung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts die Gegner des § 218 mit Kundgebungen und Demonstrationen gegen den § 218 aufgetreten. Die größten Demonstrationen fanden statt in Bremen (1 200), Westberlin (1 000), Frankfurt (1 000), Heidelberg (700), Hamburg (600), Köln (500) und Freiburg (500). Die Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen waren eine kämpferische Antwort auf die vom Bundestag am 12. Februar verabschiedete Verschärfung des § 218. „Jetzt erst recht – weg mit dem § 218!" war die Losung der Demonstranten.**

Die Aktionen waren an den meisten Orten von den Komitees und Initiativen gegen den § 218 vorbereitet und durch die Ortsgruppen des KBW, seine Massenorganisationen und mit dem KBW sympathisierende Gruppen unterstützt worden. In einer Reihe von Städten waren örtliche Aktionseinheiten mit der „Aktion gegen das Abtreibungsverbot" zustandegekommen, so z.B. in Freiburg, in Frankfurt, in Köln, in Stuttgart und in Ravensburg. In Bremen war der Aufruf der Initiative von zahlreichen Betriebs- und Personalräten, Vertrauensleuten, Lehrern, Hochschullehrern, Ärzten und Juristen unterzeichnet worden. Ebenso in Köln. An verschiedenen Orten hatten Schülervertretungen wie in Friedberg der Stadtschülerrat und Studentenvertretungen mit aufgerufen. In Frankfurt gaben 90 Juristen, Ärzte, Sozialarbeiter und Pädagogen gemeinsam eine Anzeige in der „Frankfurter Rundschau" auf, in der das neue Gesetz verurteilt und zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen wurde.

Fast alle Berichte, die der Redaktion vorliegen, zeigen daß die Demonstrationen und Kundgebungen geschlossen und kämpferisch durchgeführt wurden und auf große Aufmerksamkeit und Zustimmung bei der Bevölkerung stießen.

„§ 218 – neu oder alt – setzt gegen das Volk die Staatsgewalt / § 218 – alt oder neu – Unterdrückung sind beide einerlei / 218 neu – 218 alt, weg muß er halt!" riefen die Demonstranten in Karlsruhe. Und immer wieder erscholl die Parole: „Wenn die Verfassung gegen das Volk ist, ist das Volk gegen die Verfassung!"

Durch Flugblätter, den Verkauf der Komitee-Zeitung und durch Zwischenkundgebungen wurde aufgezeigt, was es mit dem neuen Gesetz auf sich hat. Daß es sich um ein Gesetz handelt, das Ärzte und Gutachter als Wachhunde und Spitzel über die Familien setzt und in Not geratene Frauen zu Spitzeldiensten für die Justiz verurteilt, um Ärzte, die bereit sind, den Frauen zu helfen, ans Messer zu liefern. „Die Aufmerksamkeit der Massen für die Demonstration war außerordentlich groß . . . Die Hauptstraßen der Innenstadt waren an beiden Seiten dicht von Menschen gesäumt, die teilweise schon auf die Demonstration gewartet hatten. Der Verkauf der Komitee-Zeitung war ausgezeichnet," hieß es in dem Bericht aus Bonn. Aus der kleinen Stadt Wolfhagen in der Nähe von Kassel, wo inzwischen 550 Menschen die Forderungen der Komitees unterschrieben haben, berichtet eine Genossin: „Durch die Demonstration – 45 nahmen daran teil – hat die Debatte um den § 218 neuen Schwung bekommen. Nicht nur, daß die Wolfhagener interessiert aus den Fenstern schauten, als der Demonstrationszug vorbeikam, oder auf der Straße stehen blieben, um zu diskutieren. So eine Aktion wird gerade in einer kleinen Stadt schnell Tagesgespräch, und unser Komitee kann dieses Interesse gut aufgreifen."

Mit viel Erfindungsreichtum wurden in den Demonstrationen stadtbekannte Befürworter des § 218 angegriffen. Die Braunschweiger führten z.B. eine Puppe mit Majorsuniform mit, die einen Offizier brandmarken sollte, der einen Soldaten wegen der Teilnahme an einer Demonstration gegen den § 218 eingesperrt hatte.

Obwohl die Polizei häufig wie wild Jagd gemacht hatte, leuchteten doch von Dutzenden von öffentlichen Gebäuden, Rathäusern und Polizeistationen die Forderungen des Volkes nach der Abschaffung des Schandparagraphen.

Die Reaktion war an diesem Tage entschlossen, der Volksbewegung gegen den § 218 entscheidende Schläge zu versetzen.

In Bensheim hatte der Magistrat die Demonstration von vornherein verboten. Das Verwaltungsgericht in Darmstadt hatte das Verbot ausdrücklich bestätigt. Begründung: Weil „das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit ausgerechnet während der Hauptverkehrszeit und auf den Hauptverkehrsstraßen nicht besteht". Die Gegner des § 218 führten ihre Demonstration trotzdem durch. 60 Menschen nahmen an der Kundgebung teil.

In Worms hatte die Polizei zur Auflage gemacht: Keine Transparente wider die verfassungsmäßige Ordnung und ihre Organe.

In Wiesbaden hat die Polizei schon vor Demonstrationsbeginn den Sekretär des Komitees gegen den § 218, den Sekretär der Ortsgruppe des KBW und einen weiteren Genossen in ihren Wohnungen verhaftet. Die Polizei fuchtelte mit einer entsicherten Pistole rum und legte die drei in Handschellen. Sie wurden aufs Präsidium geschleppt und dort fast eine Stunde festgehalten. Nach der Freilassung eilten die drei sofort zu der Demonstration, an der 150 Menschen teilnahmen. An mehreren Stellen der Stadt wurde über Lautsprecherwagen das neue Gesetz entlarvt und über die Machenschaften der Polizei berichtet. Viele Passanten blieben stehen und verfolgten die Redebeiträge.

In Bochum ließ die Polizei gleich zu Beginn der Demonstration einen Panzerwagen herumfahren. Als die Polizei aber bei Aufführung eines Puppenspiels in vollem Aufzug aufrückte, riefen ihnen die Umstehenden zu: „Haut ab, wir brauchen euch nicht, wir wollen das hier sehen." Sie zogen ab.

In Celle sammelten sich mehrmals bis zu dreihundert Menschen, um zu verhindern, daß die Polizei Demonstrationsteilnehmer wegschleppte. Der Polizei gehe es darum, jetzt die Gegner des § 218 mundtot zu machen, um dann ungestört den § 218 in Prozessen anwenden zu können, wurde den Menschen erklärt. Mehrere Male konnten Festnahmen verhindert werden.

In Essen stürzten sich vier zivile Feldjäger auf einen uniformierten Soldaten. Als die Demonstranten seine Verschleppung verhindern wollten, wurden die Feldjäger von der Polizei unterstützt. Daraufhin sammelten die Demonstranten in wenigen Minuten 85 Unterschriften für die Freilassung des Soldaten. Sie beschlossen, sofort zur Lokalredaktion der „Westfälischen Allgemeinen Zeitung" zu ziehen, um über den Vorfall an die Presse zu berichten. Auf dem Rückweg wurde die Demonstration ohne jede Vorwarnung von 20 Polizisten überfallen und brutal auseinandergeschlagen. Vier Menschen wurden festgenommen. Einer Fotografin wurde der Film zerstört, um Beweismaterial über den Polizeiüberfall zu vernichten. Trotzdem gelang es noch 20 Demonstranten, sich vor der Polizeiwache zu versammeln, die immer wieder die Freilassung der Festgenommenen forderten. Schließlich wurden diese freigelassen. Sie waren in Einzelzellen festgehalten und mehrfach bedroht worden. Eine Frau war gezwungen worden, sich völlig zu entkleiden. Das Komitee und die Ortsgruppe des KBW haben gegen diese Willkürakte der Polizei gleich am Montag einen Informationsstand in der Innenstadt gemacht.

In Köln hat die Polizei versucht, durch einen massiven Polizeieinsatz die Abschlußkundgebung auseinanderzuprügeln. Schon während der Demonstration hatte sie versucht, gewaltsam eine Geldsammlung des Komitees für seine Arbeit und insbesondere für mehrere Prozesse aufgrund des § 218 zu unterbinden und einzelne Sammler festzunehmen. Schließlich gelang es der Polizei, vier Demonstrationsteilnehmer zu verhaften und ins Polizeipräsidium zu verschleppen. Daraufhin belagerten die Demonstranten über drei Stunden das Polizeipräsidium und verlangten die Freilassung der Verhafteten und die Herausgabe des gestohlenen Geldes. Parolen gegen den § 218 wurden gerufen und Lieder gesungen. Bald waren die Forderungen der Komitees am Polizeipräsidium angebracht, obwohl die Polizei eine dichte Kette aufgezogen hatte. Erneut wurden 220 DM gesammelt. Als die vier schließlich freigelassen wurden, formierte sich der Demonstrationszug wieder in Richtung Neumarkt. Die Polizei machte einen heimtückischen Versuch, ihre erlittene Scharte wieder auszuwetzen. In einer engen Nebengasse wurde der Zug plötzlich hinten und vorne durch Polizeiwagen blokkiert. Die Absicht, den Zug von hinten aufzurollen und niederzuknüppeln, vereitelten die Demonstranten. Die Demonstration wurde schnell durch die Seitengassen aufgelöst.

Das Komitee ist gleich am Montag mit einer Bilddokumentation über die Vorfälle und einer Erklärung an die Bevölkerung auf die Straße gegangen. Die Geldsammlung für die Prozesse wurde fortgesetzt.

Die Reaktion hat sich verrechnet, wenn sie glaubt, mit solchen Unterdrückungsmaßnahmen die Bewegung gegen den § 218 niedertreten zu können.

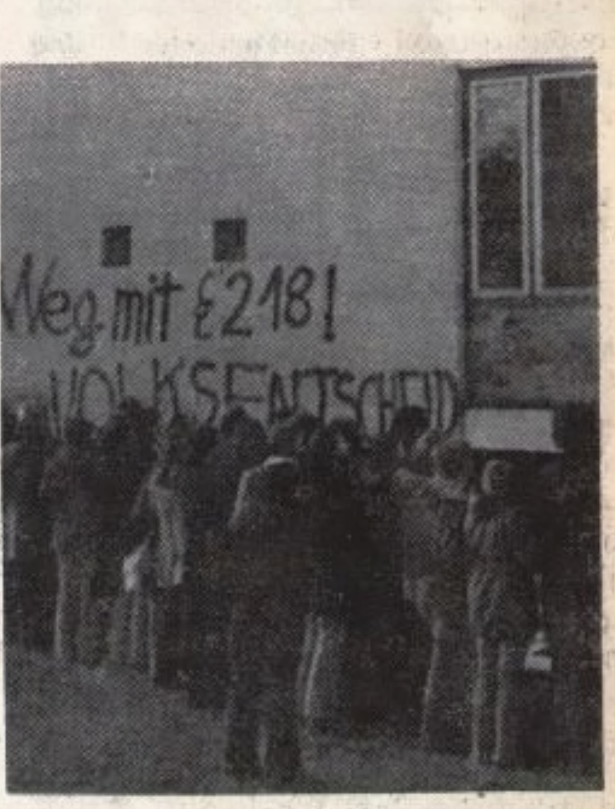
Zu viele haben gelernt, daß jedes Nachgeben gegenüber der Unterdrükkung die Reaktion nur ermuntert.

Die Reden auf den Kundgebungen waren eine Kampfansage an die Reaktion. Der neue § 218 wird ebensowenig hingenommen wie der alte. Der nächste Schritt ist der 1. Mai.

Stürmischen Beifall erhielten Grußbotschaften aus Betrieben, Gewerkschaften, Kasernen, Schulen und Hochschulen. „Leider sind wir durch den Dienstplan verhindert, aber wir unterstützen voll eure Forderungen", hieß es in einer Adresse von 17 Mitarbeitern der Oberräder Behindertenwerkstätten auf der Frankfurter Kundgebung. Solidarisch erklärte sich auch die GEW-Hochschulgruppe und der Türkische Arbeiterverein. In Kassel wurde ein Brief von Soldaten verlesen, die wegen eines Manövers nicht an der Demonstration teilnehmen konnten.

Der § 218 muß fallen. Die Forderungen des Volkes sind erst erledigt, wenn sie erfüllt sind!




Göttingen. An zahlreichen öffentlichen Gebäuden wurden die Forderungen nach Abschaffung des § 218 aufgemalt.



Aachen. Viel Aufsehen erregten die lebensgroßen Puppen der vier Reaktionäre: Kapitalist, Arzt, Richter und Pfaffe.



Kassel. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht solange, bis es vom Volk zu Fall gebracht ist.

Bei Redaktionsschluß lagen uns Berichte aus 65 Städten vor. Im folgenden eine Übersicht über die Teilnehmerzahlen der Demonstrationen und Kundgebungen (zweite Zahl).

Aachen: 80, Alfeld: 35, Augsburg: 30, Bensheim: 35 (60), Berlin: 1 000, Bielefeld: 38, Bochum 80 (130), Bonn: 150, Braunschweig: 300, Bremen: 1 200, Bremerhaven: 15, Celle: 20, Darmstadt 160 (200), Dortmund: 60, Düsseldorf: 50, Essen: 50, Frankfurt: 1 000, Freiburg: 500, Friedberg: 50, Gaggenau: 10, Gießen: 220, Göttingen: 300, Hamburg: 600, Hamm: 15, Hannover: 200 (250), Heidelberg: 700, Hildesheim: 50, Iserlohn: 50, Kaiserslautern 30 (50), Karlsruhe: 70, Kassel: 100 (350), Kiel: 260, Koblenz: 80, Köln: 500, Leverkusen: 70 (100), Lüneburg: 60, Limburg: 50, Mainz: 30, Mannheim: 150 (180), Mosbach: 20, München: 80, Münster: 140 (400), Neckargemünd: 20, Norden: 80, Offenbach: 60, Offenburg: 80, Paderborn: 50 (100), Peine: 25, Pforzheim: 30, Quickborn: 13, Ravensburg: 65, Rüsselsheim: 50, Seesen: 20, Schwetzingen: 30, Stuttgart: 200, Trier: 70, Viersen: 15, Wetzlar: 25 (50), Wiesbaden: 150, Wiesloch: 35, Wilhelmshaven: 50 (80), Worms: (30), Wuppertal: 90 (150), Wolfhagen (45).

## Studentenparlamentswahlen

**Heidelberg.** Bei den Wahlen zum Studentenparlament an der Universität Heidelberg konnten die rechten Gruppen trotz direkter Unterstützung durch den Rektor nichts hinzugewinnen. RCDS und ADH erhielten zusammen 1 026 Stimmen und haben 14 Sitze im neuen Parlament. Die Jungsozialisten, die bisher den Allgemeinen Studentenausschuß gestellt haben, verloren 76 Stimmen und haben mit 1 134 Stimmen 16 Sitze. Der Spartakus erhielt 197 Stimmen gegenüber 352 Stimmen im Vorjahr und verlor drei seiner fünf Sitze im Studentenparlament. Die „Rote Liste", gebildet durch die Institutsgruppen und unterstützt von der Kommunistischen Hochschulgruppe, erhielt mit 957 ein Drittel weniger als vor einem Jahr (1 520) und erhält 14 Sitze. Die bei diesen Wahlen erstmals kandidierende „Linke Liste" bekam 1 130 Stimmen (16 Sitze). Sie wird gebildet durch spontaneistische Gruppen, den „Heidelberger Sozialistischen Studentenbund", GIM, das „Sozialistische Zentrum" sowie eine Reihe von „Sozialistischen Projektgruppen" und Fachgruppen.

**Hamburg.** An der Hochschule für Bildende Künste erhielt die Sozialistische Gruppe die meisten Stimmen und fünf Mandate (10). Der SSB, Studentenorganisation des Kommunistischen Bundes (Nord), erhielt fünf Mandate (0). Die SSG, Studentenorganisation des KBW, erhielt ebenfalls fünf Mandate gegenüber keinem im bisherigen Studentenparlament.

**Westberlin.** Bei den Wahlen zum Akademischen Senat, Konzil und Ausbildungskommission an der Hochschule für Sozialpädagogik wurde die aus einer Vollversammlung hervorgegangene Einheitsliste stärkste Fraktion. Sie erhielt im Akademischen Senat 5 Plätze (4) mit 265 Stimmen, im Konzil 9 Plätze mit 260 Stimmen und die gleiche Stimmenzahl für die Ausbildungskommission und damit 3 Plätze. Schwere Verluste mußte die gewerkschaftlich orientierte Liste (ADS/SEW) hinnehmen. Sie erhielt mit 81 bzw. 85 Stimmen nur noch einen Platz im Senat (2), 3 Plätze im Konzil (12) und keinen Platz in der Ausbildungskommission (3). Die Vertreter der Vollversammlungsliste kandidierten auf einem Aktionsprogramm, das im wesentlichen die Forderungen enthält, die während der Aktionstage von der Kommunistischen Hochschulgruppe vorgeschlagen worden waren. Die einzige weitere Gruppe, die sich noch an der Wahl beteiligte, der KSV, erhielt 12 Stimmen und keinen Platz.

**Bremen.** An der Hochschule für Technik wurde die gewerkschaftliche orientierte Liste mit 49,6 Prozent (48 Prozent im Vorjahr) stärkste Fraktion. Der Sozialistische Hochschulbund erhielt 23,2 Prozent (24,8 Prozent). Die Rote Liste erhielt 27,2 Prozent wie im Vorjahr. Das entspricht einem absoluten Zuwachs von 124 auf 155 Stimmen.

**Bremen.** An der Fachhochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie wurden die Jungsozialisten mit 25 Prozent (23 Prozent) stärkste Fraktion. Der MSB Spartakus erhielt 19 (20), der SHB 14 Prozent (11 Prozent). Die Liste demokratischer Kampf des Kommunistischen Bundes (Nord) erhielt 16 Prozent (4 Prozent). Die Rote Liste erhielt 20 Prozent gegenüber 43 bei den letzten Wahlen.

## Resolution zum Aufbau der verfaßten Studentenschaft

**Westberlin.** Auf dem Hochschultag der Hochschule der Künste am 5. Februar verabschiedeten die anwesenden 200h Studenten bei 4 Gegenstimmen folgende Resolution:

„Wir sprechen uns für den Wiederaufbau der Verfaßten Studentenschaft aus und unterstützen den Vorschlag, eine Arbeitsgruppe einzurichten, wo über eine Satzung für eine selbstverwaltete Studentenvertretung an der Hochschule der Künste diskutiert (eine Satzung erarbeitet) wird und die die Voraussetzung und Grundlage für eine Gesamtvollversammlung Anfang des Sommersemesters 76 bildet. Auf dieser Vollversammlung wird über die Durchführung einer anschließenden Urabstimmung über die Errichtung eines AStA an der Hochschule der Künste und über die Satzung, die wir der Studentenvertretung geben, beraten und abgestimmt."

## Resolution zur ÖTV-Tarifrunde

**Bielefeld.** Einmütig begrüßte die Fachschaft Pädagogik, Psychologie, Philosophie der Universität Bielefeld in einer Resolution die von der ötv aufgestellte Forderung nach 135 DM mehr für alle gleich. In der Resolution heißt es: „Die Studenten haben allen Grund, die Forderung der ötv und konkret die Aktivitäten der Betriebsgruppe an der Universität zu unterstützen. Denn dieselbe Politik des Staates, die den Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst herausfordert, bringt für die Masse der Studenten Verschlechterungen der Studienbedingungen und versetzt sie in Lebensumstände, die eine Erhöhung der BAFöG-Sätze und Elternfreibeträge erforderlich machen." Die Fachschaft beschloß die Studenten über den weiteren Verlauf „der Tarifauseinandersetzung zu informieren". Beschlossen wurde, eine Wandzeitung aufzuhängen, „die Unterstützung der 135-DM-Forderung durch die PPP-Studenten ausdrückt".

*Universität Freiburg / Claustahl / Münster*

# Sparmaßnahmen werden nicht hingenommen

Auch die Hochschulen, so erklärte der baden-württembergische Kultusminister Hahn in einem Schreiben vom 10. Februar an alle Unirektoren, müßten Einsparungen hinnehmen. Dabei sei man allerdings bestrebt, die Auswirkungen der „Sparmaßnahmen auf die Universitäten möglichst zu begrenzen oder doch zu lindern". Tatsächlich zeichnet sich inzwischen drastisch ab, worin die Begrenzung dieser Sparmaßnahmen besteht. Im wesentlichen darin, daß an den Lohnabhängigen an den Universitäten, von den Putzfrauen bis zu den wissenschaftlichen Angestellten, eingespart wird: an ihren Stellen, Löhnen und Zulagen. Z.B. an der Universität Karlsruhe: Dort ist die Entlassung von 85 Putzfrauen geplant und die ersten Kündigungen sind bereits ausgesprochen. Gespart wird auch an den wissenschaftlichen Angestellten und vor allem an Hilfskräften und Tutoren, die für die Ausbildung der Studenten, vor allem in den naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern, unerläßlich sind und die im Gegensatz zu der Mehrheit der Professoren mit ihrer Arbeitskraft nicht auch noch ihre politische Gesinnung an den Staat verkauft haben. Weshalb sie auch schlecht bezahlt und wie die Masse der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst von der verschärften Entrechtung betroffen sind. Zwei Fliegen mit einem Schlag denken sich da die bürgerlichen Politiker:

Spart man an den für die Ausbildung der Studenten notwendigen Angestellten und Hilfskräften ein und drückt man deren Lohn, so kann man gleichzeitig Druck auf die Studenten ausüben – ihre Ausbildung verschlechtern, was den Prüfungs- und Konkurrenzdruck erhöht und das Aussieben der Studenten erleichtern soll. Nicht betroffen davon sind die professoralen Pfründe, denn auf diese bestallten Ideologen der bürgerlichen Klasse will man nicht verzichten, im Gegenteil: Grad sie sollen den Staat tatkräftig dabei unterstützen, die Sparmaßnahmen an den Universitäten gegenüber den Lohnabhängigen und die Verschlechterung der Ausbildung gegenüber den Studenten durchsetzen. Die folgenden Korrespondenzen zeigen, daß dieses Manöver des bürgerlichen Staates auf Widerstand der Studenten und wissenschaftlichen Hilfskräfte stößt. Die Korrespondenz aus Freiburg verdeutlicht darüberhinaus das Zusammenspiel von Landesregierung und Professoren bei diesem Manöver.

## „Russisch leicht und ohne Mühe"

**Freiburg.** Bekannt wurde in der Fakultätskonferenz der Phil. Fak. II am 13. Februar, daß der Verwaltungsrat plant, den Studiengang Slawistik an der Universität Freiburg gänzlich dicht zu machen. Der jetzige Lehrstuhl ist durch die Emeritierung des Professors Lettenbauer freigeworden und durch die Absage des Favoriten wird er auch nicht sofort besetzt. Bei dieser Lage, so meint der Verwaltungsrat, könne man gleich im großen Maße Stellen sparen und gleich alle bis 1977 auslaufenden Verträge nicht mehr verlängern. Betroffen davon wären die Lektoren, zwei wissenschaftliche Angestellte und eine halbe Schreibkraft. Was mit den knapp 300 Slawistik-Studenten, wovon 250 Lehrerstudenten sind, passieren soll, „das konnte uns bedauerlicherweise nicht interessieren", erklärte der Dekan Kienast der Phil. Fak. II. Und er meinte weiterhin, man könne ja von dem Restetat zwei Schallplatten „Russisch leicht und ohne Mühe" kaufen, damit sollten die Studenten ihre Sprachausbildung fortsetzen, ansonsten sollten sie sich nach Studienplätzen andernorts umsehen. Das ist so offen wie unverschämt: Die Sparmaßnahmen sollen den Angestellten und Studenten aufgehalst werden, und die Folgen kümmern die Professoren nicht. Aber etwas anderes hat sie an dem Vorschlag gestört, den Studiengang Slawistik ganz zuzumachen. Erhalten wollen sie den damit verbundenen Lehrstuhl, eine Pfründe für den Professorenstall. Und so schlug der Dekan vor, auf dem Lehrstuhl zu bestehen, dafür aber die Lehrerausbildung und alle dazugehörigen Stellen dem Verwaltungsrat als Gegenleistung zum Fraß vorzuwerfen. Dieser Vorschlag fand die einhellige Zustimmung der Abstimmungsberechtigten in der Fakultätskonferenz.

Einstimmig verabschiedete der Fachschaftsrat der Slawistik-Studenten daraufhin eine Erklärung mit den Forderungen: „Keine Stellen- und Mittelkürzungen an der Universität! Keine Schließung des Slawistischen Seminars Freiburg! Keine Streichung des Lehrerstudiengangs am Slawistischen Seminar!

## Vorlesungen bestreikt

**Clausthal. An der Technischen Universität Clausthal wurden zu Semesterende eine Woche lang die Vorlesungen des Instituts für Experimentalphysik bestreikt.**

Folgende Ursache ging diesem Streik voraus. In diesem Semester fielen in den ersten A-Praktikums-Klausuren für Physiker 80 %, für Nichtphysiker 60 % durch. Der Hintergrund: Bislang wurden die Praktikanten in der Physik von Hilfsassistenten und Tutoren betreut. Nach dem Sparerlaß des Kultusministeriums fallen die Gelder für Hilfsassistenten und Tutoren, großenteils eingeplante Gelder für nichtbesetzte Dozentenstellen, im nächsten Semester weg. Das bedeutet wahrscheinlich, daß viele Tutoren entlassen werden, das Lehrprogramm also nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Deswegen wurden in den Klausuren wohl die Anforderungen hochgeschraubt, so daß eine große Zahl Studenten auf der Strecke bleiben soll. Das Ganze war als Versuchsballon gedacht, um zu sehen, wie die Studenten reagieren. Auf einer Vollversammlung, die daraufhin durchgeführt wurde und zu der 300 Studenten erschienen – so viel wie nie zuvor – wurde fast einstimmig die Zurücknahme der Mittelkürzungen gefordert. Beschlossen wurde weiterhin, den für die Klausurenergebnisse verantwortlichen Professor zur Rechenschaft zu ziehen. Zur Durchführung unserer Kampfmaßnahmen bildeten wir eine Gruppe, an der alle mitarbeiten konnten, die die Forderungen der Vollversammlung, keine Kürzung der Hilfsassistentengelder, Korrigierung der Prüfungsergebnisse, unterstützen.

Als Erstes fand ein Gespräch mit dem zuständigen Professor Bauer statt. Ergebnislos! Er allein habe das Prüfungsrecht, das Recht, 60 % und 80 % durchfallen zu lassen – das war sein Standpunkt. Das Gespräch wurde abgebrochen und die Vorlesung eine Woche lang bestreikt.

Eine der Streikmaßnahmen sah vor, Professor Bauer in seiner Vorlesung zur Rede zu stellen. Am Montag (bereits Donnerstag und Freitag waren die Vorlesungen bestreikt worden) standen dann 80 Studenten dem Professor gegenüber, wovon 30 die Vorlesung hören wollten.

Begonnen wurde die Diskussion in der Pause, und zuerst wich er unseren Fragen aus, auch er sei gegen die Sparmaßnahmen, aber ...!

Kaum war die Pause vorbei, erklärte er, wir sollten jetzt den Saal verlassen, ab jetzt wären wir Störer, dies sei illegal, er würde jetzt einzelne dem Rektor melden. Was er auch tat.

Vier von uns erhielten darauf einige Tage später vom Rektor einen Brief, in dem die Einleitung von „entsprechenden Maßnahmen" angedroht wurde, wenn noch einmal „gestört" würde. Einziger Erfolg des Streiks war bislang, daß die Prüfungsergebnisse minimal korrigiert wurden. Der Senat der Technischen Universität reagierte gegenüber dem Vorlesungsstreik, indem er beschloß, daß er die Einsparungen so vornehmen wolle, daß die Tutorien als letzte davon beeinträchtigt werden. Die Forderungen des Streiks sind also noch keineswegs durchgesetzt, aber gezeigt hat sich, daß, greift man wirklich zu Kampfmaßnahmen, ein Erfolg erzielt werden kann.

Im nächsten Semester werden wir weiterhin versuchen müssen, unsere Forderungen durchzusetzen. Die zur Organisierung des Streiks gebildete Fachschaftsgruppe hat beschlossen, sich nicht aufzulösen, sondern in den Semesterferien die Erfahrungen des Streiks auszuwerten, um für solche Auseinandersetzungen besser gewappnet zu sein. Als erstes steht dabei auf der Tagesordnung, daß der Rektor die Briefe, in denen Ordnungsmaßnahmen angedroht werden, zurücknehmen muß. – (p., Clausthal / Red.)

## Neue Hilfskraftrichtlinien

**Münster. Mit einem Erlaß vom 18.Dezember 1975, der erst vor einer Woche bekannt wurde, änderte der Wissenschaftsminister die Richtlinien und die Musterdienstverträge für die Beschäftigung wissenschaftlicher und studentischer Hilfskräfte an Unis, Fachhochschulen und Unikliniken in Nordrhein-Westfalen.**

Folgende Änderungen will er im Zuge der Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst gegenüber den studentischen Hilfskräften durchsetzen. Bisher konnten studentische Hilfskräfte mit mehr als 20 Wochenstunden beschäftigt werden. Dadurch waren sie sozialversicherungspflichtig und in der Arbeitslosenversicherung. Diese Möglichkeit soll es nicht mehr geben.

Ab sofort sollen Hilfskräfte mit ausschließlicher Tutorentätigkeit – Tutoren betreuen die Studenten bei der Arbeit in Gruppen, sie korrigieren Hausarbeiten etc. – weniger Geld bekommen: Sie sollen nur noch für die Zeit bezahlt werden, in der solche Tutorien stattfinden, also in der Regel nur während der Vorlesungszeit.

Gleichzeitig wird den Tutoren pro Stunde Gruppenarbeit nur noch eine Stunde Vorbereitungszeit berechnet, auch das läuft auf einen weiteren Lohnabbau hinaus.

In einem Begleitschreiben zu den Richtlinien teilt der Kanzler der Uni Münster außerdem mit, derzeit könne noch nicht beurteilt werden, ob und inwieweit den Hilfskräften eine Lohnerhöhung im Rahmen der Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst gewährt werden könne. Eine solche Anpassung hatte man den Hilfskräften nach einem Streik 1974 zugesichert und jetzt will man das wieder zurücknehmen.

Weiterhin wird noch einmal bestätigt, daß alle Passagen des Bundesangestelltentarifvertrages (BAT), die einen gewissen Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc. regeln, für die Hilfskräfte nicht zutreffen. Stattdessen betonen die neuen Richtlinien ausdrücklich die Möglichkeit der fristlosen Kündigung, die vorher nicht bestand. Aber nicht genug damit: In Zukunft sollen die Hilfskräfte genauer überprüft werden, ob sie den Anforderungen des bürgerlichen Staates genügen: Tutoren müssen jetzt jedes Semester einen schriftlichen Bericht über ihre Tätigkeit vorlegen.

Folgende zwei Punkte im Dienstvertrag setzen allem die Krone auf:

Erstens: Hilfskräfte, die Ausbildungsförderung (BAFöG) beziehen, sollen im neuen Dienstvertrag dazu verpflichtet werden, ihr Gehalt beim BAFöG-Amt anzugeben. Das führt dann zu BAFöG-Kürzungen von mindestens 50 DM monatlich, meistens mehr.

Zweitens: Bisher mußten die Hilfskräfte wie die Kollegen in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes im Zuge der politischen Sonderbehandlung einen Eid leisten, das Grundgesetz sowie die Gesetze zu wahren. Zusätzlich sind folgende zwei Sätze in den neuen Dienstvertrag aufgenommen worden: „Mit der Unterzeichnung des Dienstvertrages erklärt sie (die Hilfskraft) ausdrücklich, daß sie die Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejaht und die Verfassungsordnung des Staates nicht angreift." (§ 2, Absatz 2, Satz 2) und „Die Vertragsschließenden sind sich einig, daß eine Verletzung der in § 2 Abs. 2 Satz 2 übernommenen Verpflichtung ein wichtiger Grund zur fristlosen Kündigung ist." (§ 6 Satz 4)

Daß die Hilfskräfte diesen Angriff auf ihren Lohn, ihre Arbeitsbedingungen und politischen Rechte nicht hinnehmen werden, ist absehbar. Ein gutes Beispiel gab bereits der Aktionsrat der Hilfskräfte am Fachbereich Mathematik in Münster: Er trat geschlossen in die ÖTV ein. – (bu, Kommunistischer Studentenbund Münster)

*Kindergartenpflegerinnen:*

# Ein Beruf wurde per Gesetz liquidiert

**Heidelberg.** Praktisch abgeschafft wurde durch das neue Kindergartengesetz der Beruf der Kinderpflegerin. Nach dem neuen Gesetz erhalten Kindergärten Zuschüsse nur noch für Erzieher und Sozialpädagogen und stellen daher keine Kinderpflegerinnen mehr ein. Für die Mehrheit der ausgebildeten Kinderpflegerinnen bedeutet dies, daß sie durch dieses Gesetzeswerk praktisch ihren Beruf verloren haben. Denn die Mehrheit von ihnen hat nicht die Möglichkeit, eine Fortbildung zur Erzieherin zu machen, weil es entsprechende Fortbildungskurse kaum gibt. Hat man das Glück, einen solchen Ausbildungsplatz gefunden zu haben, muß man in vielen Fällen die Kursgebühr von mehreren Tausend Mark auch noch selbst bezahlen. Denn nach den durch das Haushaltssicherungsgesetz beschlossenen Streichungen an der Umschulung gilt nur noch als „förderungswürdig", wer nach der Ausbildung mindestens drei Jahre gearbeitet hat. Kinderpflegerinnen sind aber noch bis vor einem Jahr ausgebildet worden.

Zwei Beispiele, wie sich das auswirkt: Am Berufsförderungswerk des DGB in Karlsruhe mußte ein ganzer Fortbildungskurs für Kinderpflegerinnen abgesagt werden, weil sich die Kinderpflegerinnen wieder abmeldeten, da das Arbeitsamt die Kosten nicht mehr übernimmt. In Mannheim erhielt eine Klasse von Kinderpflegerinnen, deren Kurs seit dem 1. Januar 1976 läuft, jetzt die Nachricht vom Arbeitsamt, daß sie nach dem neuen Arbeitsförderungsgesetz nicht „förderungswürdig" sind. Sie sind auf der Schule und haben ihren Beruf aufgegeben und bekommen keinen Pfennig Geld. Anfang des Jahres dagegen war ihnen noch mündlich vom Arbeitsamt mitgeteilt worden, sie würden Geld bekommen.

In Heidelberg haben sich Ende des Jahres 40 Kinderpflegerinnen zu einer Initiative zusammengeschlossen, die für die Weiterbeschäftigung der Kinderpflegerinnen in Kindergärten eintritt und dafür, daß der Staat ihnen Fortbildungsmöglichkeiten schafft. Völlig zu Recht wehren sich die Kinderpflegerinnen.

Der Kinderpflegerinnenausschuß der ÖTV Abteilung Sozialarbeit in Heidelberg hat jetzt an den SPD-Landtagsabgeordneten Edelhoff einen Brief übersandt, in dem dieser aufgefordert wird, zur Situation der Kinderpflegerinnen Stellung zu nehmen. In dem offenen Brief heißt es:

„Schon einmal haben sich im Lutherhaus in Heidelberg Kinderpflegerinnen getroffen, am 5. Dezember 1975, um über ihre Probleme zu diskutieren. Die Kinderpflegerinnen forderten damals die Zurücknahme des neuen Kindergartengesetzes in bezug auf die Kinderpflegerinnen, hinter dieser Forderung stehen sie auch heute noch! Wie stellen Sie sich zu der Forderung? Sie, Herr Edelhoff, sind damals auch kurz erschienen und meinten damals: ‚Ich begrüße die Initiative der Kinderpflegerinnen; ganz besonders gut finde ich, daß Sie sich in der Zeit des Wahlkampfes zusammengefunden haben, denn in dieser Zeit sind die Politiker immer etwas zugänglicher.' Sie versprachen, über die bereits geführten Gespräche Informationsmaterial zu schicken; bisher sind neun Wochen vergangen, und es ist noch nichts geschehen!"

Zu Recht fordern die Kinderpflegerinnen, daß sie ihren Beruf in Kindergärten weiter ausüben können und daß der Staat die Weiterbildung aller Kinderpflegerinnen finanziert, so daß sie auch künftig in ihrem Beruf tätig sein können.

## „Eigeninitiative“

Admiral Zimmermann, Generalinspekteur der Bundeswehr, erklärte in einer Rede zum 20. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr unter anderem zur Disziplin in der Truppe: „. . .Es kommt nach unserem Verständnis von Disziplin nicht nur auf buchstabengetreue Pflichterfüllung, sondern auch auf Eigeninitiative an.“ Solche „Eigeninitiative“ entwickelten Unteroffiziere einer Brigadestabskompanie, die in der Unteroffizierszeitschrift „Wehrausbildung in Wort und Bild“ unter anderem die folgenden „Falsch“ und „Richtig“-Bilder veröffentlichten. Sie fordern damit ihre Unteroffizierskameraden auf, die Soldaten nicht nur während des Dienstes zu gängeln und zu schikanieren, sondern diesen Druck die Soldaten auch außerhalb der Kaserne in ihrer Freizeit spüren zu lassen: Eigeninitiative zur Unterdrückung.

Man muß das richtig verstehen: Es handelt sich dabei nicht um irgendetwas, um so ein „Initiativchen“, ein Hobby, was Unterführer den Hobbygärtnern vergleichbar machen würde. Es handelt sich darum, den Kasernenzwang und die ganze Kasernenunterdrückung, die Zuchthausordnung auf die Soldaten in der Freizeit außerhalb der Kaserne anzuwenden. Darauf werden die Unteroffiziere mit dieser Bilderserie abgerichtet. Die Redaktion der Unteroffizierszeitschrift hat den Wink des Generalinspekteurs gut verstanden.



1. Ein Soldat verläßt ein Geschäft wie jeder andere – falsch!



1. Ein Soldat verläßt ein Geschäft wie jeder andere – falsch!



2. Anschiß vom Unteroffizier: „Bei der Bundeswehr herrscht Zucht und Ordnung!“ – richtig!



1. Ein Soldat unterhält sich am Telefon wie jeder andere – falsch!



2. Telefonieren – nur in „Grundstellung“ – richtig!

*Pionierball in Hann. Münden:*

# Im Volksmund auch „Kuppelball“ genannt . . .

**Hann. Münden, Kurhessenkaserne.** Es war wieder einmal so weit: Einer der „Höhepunkte der Mündener Ballsaison“ (Mündener Allgemeine, 10. Januar) wurde gefeiert. Die Bourgeoisie Mündens und deren Anhang – besonders deren höhere Töchter – durften sich zusammen mit dem ganzen Offiziersgesindel in der Kaserne tummeln. Die Bourgeois standen auch an, denn die Kaserne bringt als bedeutender „Wirtschaftsfaktor“ immerhin pro Jahr etwa 5,2 Millionen DM für sie ein. Wie sich dann das Weitere abspielte und was sonst noch dabei ans Tageslicht kam, das schilderten nach dem Ball einige Kameraden: Zunächst mal mußte jeder der erlauchten Gäste 20 DM auf den Tisch als Eintritt blättern. Es kamen natürlich nur geladene Gäste, für die man extra eine Tafel mit der Sitzordnung gezeichnet hatte. Dort standen durchweg die reichsten Geldsäcke des Ortes und höhere Büttel des „öffentlichen Lebens“ sowie die gesamte Offiziersschickeria, die sich für den Ball extra Smokings schneidern lassen mußte. Der Polizeichef wurde höchstpersönlich mit einem Streifenwagen vorgefahren. Dann wurde richtig losgelegt. Die feine Gesellschaft fraß von Spiegeln, die in anderen Kompanien aus den Waschräumen rausmontiert wurden. Es gab die erlesensten Sachen, die von abkommandierten Kameraden serviert werden mußten. Pro Tisch eine Bedienung, was es noch nicht mal im Grand-Hotel gibt. Dann wurde der feinen Gesellschaft ein Theaterstück von Soldaten der Ausbildungskompanie vorgeführt, in dem das Soldatenleben zu Kaisers Zeit, zu Hitlers Zeit und heute dargestellt wurde. Bei den Szenen zu Hitlers Zeit wurden manchen Bourgeois vor Sehnsucht die Augen feucht, saßen doch unter den Gästen bekannte Nazis und Denunzianten. Im Verlauf des Balls wurde so manche Bourgeoistochter mit einem zackigen Leutnant verkuppelt, und ein Teil der Gäste feierte bis zum nächsten Morgen durch. Im Mündener

sucht die Augen feucht, saßen doch unter den Gästen bekannte Nazis und Denunzianten. Im Verlauf des Balls wurde so manche Bourgeoistochter mit einem zackigen Leutnant verkuppelt, und ein Teil der Gäste feierte bis zum nächsten Morgen durch. Im Mündener

Volksmund heißt dieser Ball „Kuppelball“, was auch diesmal zutraf. Das hat auch so mancher GvD und UvD beim Stuben- oder Toilettendurchgang bestätigen können, aber das wollen wir hier nicht näher schildern . . . Es ist eben die feine Gesellschaft.

Wie sah der Ball aber für die Kameraden aus?

Von Donnerstag bis Samstag konnte keiner in die Küche oder Kantine. Das Essen gab es draußen in den Blechnapf und mußte auf den Stuben gegessen werden. Küche und Kantine wurden nämlich von den Kameraden mittlerweile als Ballsaal hergerichtet. Samstag gab es einen undefinierbaren Fraß, den manch einer wegschüttete – die Herren Küchenchefs waren wohl zu sehr mit dem kalten Büfett beschäftigt. Während des Balls wurden Soldaten zum Bewachen der Gäste eingeteilt, damit das besoffene Gesindel nichts anrichtet. Dafür gab es noch nicht mal Sonderurlaub, während die Bedienung eineinhalb Tage bekam. Am Sonntagmorgen mußten viele Kameraden mit leerem magen die Reste vom Ball abbauen, denn sie wurden vom UvD nicht rechtzeitig geweckt, und der Küchenfeldwebel rückte nichts mehr raus. Am Montag gab es dann die Reste der kalten Platte, die kaum einer anrührte. Wer will sich schon den Magen mit alter Mayonnaise und ähnlichem verkorksen. Das Schärfste des ganzen Balls aber entdeckten Kameraden beim Abräumen im Offizierskasino: Der Hauptsaal ist von innen als „Rittersaal“ ausgemauert worden. Statt Fenster findet man dort Schießscharten usw. Wer sich über diesen Unsinn noch aufregte, dem verschlug es in einem Nebenraum des Saales glatt die Sprache: Ebenso ausgemauert wie der „Rittersaal“ war dort eine Folterkammer (!) zu finden, in der ein Galgen, ein Pranger, eine Streckbank und diverse andere Geräte aufgestellt waren . . . x)

Fängt das Offiziersgesindel in der letzten Zeit an, die Zügel zu straffen und hart durchzugreifen, so zeigt sich doch hier deren innere Verkommenheit. Vor lauter Langeweile richtet man sich eben eine Folterkammer ein, wie soll man denn sonst die Zeit totschlagen?

Bei dem ganzen Ball und den dabei gemachten Entdeckungen zeigt sich wie in einer Lehrstunde die ganze innere Fäulnis der herrschenden Klasse, die auch die Offiziere erfaßt hat. Viele Kameraden haben daraus gelernt und ihren Blick dafür geschärft, wessen Armee die Bundeswehr ist und welches Pack mit dieser Armee verteidigt werden soll. – (W., Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Hann. Münden)

ihren Blick dafür geschärft, wessen Armee die Bundeswehr ist und welches Pack mit dieser Armee verteidigt werden soll. – (W., Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Hann. Münden)

*) Die Einrichtung der Folterkammer, in der die Offiziere ihr Mütchen kühlen, muß man im Lichte des folgenden Vorfalls in der Kurhessenkaserne sehen: Aus der Panzerpionierkompanie 50 ist vor einigen Wochen ein Soldat während des Dienstes gestorben. Das Demokratische Soldaten- und Reservistenkomitee Münden hatte enthüllt, daß für den Tod des Soldaten ein Oberleutnant Ludwig und ein Hauptfeldwebel Pape verantwortlich sind. Sie haben den Soldaten, der ,schwerkrank war, zum Außendienst eingeteilt, wodurch sein Gesundheitszustand weiter verschlechtert wurde. Noch während des Dienstes mußte der Soldat in eine Spezialklinik nach Göttingen transportiert werden, wo er kurz danach starb. Die Kompanieführung bestreitet jetzt jede Verantwortung für den Tod des Gefreiten Lasse und versucht alle Spuren zu verwischen.

*Achim / Bremen:*

# Aktion gegen Verlängerung des Wachdienstes

**Achim / Bremen.** Bei den Flußpionieren sollte zusätzlich zum normalen Wachdienst noch ein Telefondienst von den Wachposten abverlangt werden. Dabei sollte der halbe Tag Wachfrei, den sie bisher bekamen, gestrichen werden.

Die Unteroffiziere und Offiziere behielten ihren Dienstausgleich.

Dagegen verteilte am Sonntag, den 7. Februar, die Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Achim bei uns vor der Kaserne ein Flugblatt, das sich gegen eine Verschlechterung der Wachregelung bei den Flußpionieren richtete. Anlaß für diese Verschlechterung war der Ausbau eines neuen Ruheraumes für die Freiwachen, die neuerdings in ihm auch am Tage schlafen dürfen.

Kein Wunder also, daß den Plänen der Kompanieleitung eine große Empörung der Mannschaften gegenüberstand, die ihre alte Wachregelung behalten wollten. Der Kompaniechef aber bekam eine ganz schöne Angst, als er von den Flugblättern hörte. Er befahl den Soldaten am Montag, ihre Flugblätter sofort abzugeben. Das haben sie natürlich nicht gemacht. Sie haben sie vielmehr an die Kameraden aus der ABC-Kompanie oder den Fla-Batterien weitergegeben.

Die Forderungen:

1. Keine Wachverschärfung bei den Flußpionieren! Die alte Regelung muß bestehen bleiben.
2. Darüberhinaus muß für Wachdienste aller Mannschaftsdienstgrade am Wochenende ein Tag Sonderurlaub gewährt werden.
3. Die unterschiedliche Behandlung von Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren ist eine Sauerei. Alle müssen gleich behandelt werden! Dienstfrei für den Tag, an dem die Wache endet!

fanden die Zustimmung aller Soldaten. Der Kompaniechef bei den Flußpionieren aber war ganz schön „Düse“, als er am Dienstag noch kein Flugblatt bekommen hatte. So wurden am Mittwochmorgen (10. Februar) die Spinde und sogar Wertfächer aller Soldaten bei den Flußpionieren durchsucht. Damit hat der Kompaniechef sich ganz schön lächerlich gemacht. Er hat nur gezeigt, wieviel Angst er davor hat, daß sich die Soldaten dagegen wehren, daß man ihnen Rechte nimmt. Ein Flugblatt gefunden hat er jedenfalls nicht, lediglich einige Kommunistische Volkszeitungen. Und die Soldaten, die davon eine hatten, die sollen jetzt wohl ausgehorcht werden. Alle diese Maßnahmen haben sich jedoch als Bumerang erwiesen. Die Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee ist über Nacht ganz schön bekannt geworden. Ebenso wollen viele Soldaten die KVZ lesen. Man sieht: Da, wo der Widerstand der Soldaten einmal aufgeflackert ist, da läßt sich der Kampf für die Rechte der Soldaten nicht mehr ersticken! – (Ein Soldat der Steuben-Kaserne Achim)

# Soldaten an der Seite des Volkes

25000 Menschen demonstrierten am 21. September in Bonn gegen den Schandparagrafen 218. An ihrer Seite beteiligten sich 200 Soldaten in Uniform. Trotz Verbot und Eingreifen von Feldjägern fuhren auch 8 Koblenzer Soldaten nach Bonn. Demonstranten und Passanten begrüssten uns dafür mit lautem Beifall. Doch der MAD und unsere Vorgesetzten verfolgen uns dafür und Strafen werden verhängt:

- NORBERT RUH – 1. s Pionierbataillon 310 erhielt 150 DM auf Bewährung und wurde als Vertrauensmann abgesetzt.
- KLAUS KILIAN – Pionierausbildungskorps 5 erhielt 3 Tage Bau, ebenfalls Absetzung als Vertrauensmann.
- THOMAS FISCHER – 4. Panzergrenadierbataillon 142 erhielt 120 DM, Versetzung in eine andere Kompanie, ständige Druckdienste und sein Vertrauensmann wurde abgesetzt, da er ihn unterstützt.
- HORST WILHELM – 4. Instandsetzungsbataillon 320 erhielt 7 Tage Bau auf Bewährung.
- WERNER SCHMID – 4. Instandsetzungsbataillon 320 erhielt 7 Tage Bau auf Bewährung.
- WOLFGANG [illegible] – 4. Fernmeldebataillon 310 erhielt 7 Tage Bau auf Bewährung und Versetzung nach Würzburg.
- GERHARD BAYHA – 7. s Pionierbataillon 850 erhielt 10 Tage Bau, und Anzeige wegen Meuterei.

Wir wurden nicht wegen der Uniform, sondern wegen unserem Auftreten gegen den § 218, den der bürgerliche Staat und seine Generale mit Zähnen und Klauen verteidigen, bestraft. Doch die Soldaten lassen sich das nicht gefallen, in Unterrichten und durch ihre Unterschrift wenden sie sich gegen den § 218. Gegen die Absetzung von Klaus Kilian wanden sich bis auf 3 Soldaten alle in einer Unterschriftensammlung beim HMK 5.

Aus ganz Westdeutschland erreichten uns ca. 100 Solidaritätserklärungen mit der Forderung: Keine Bestrafung der Gegner des § 218! Jetzt geht es darum, die weiteren Massnahmen der Generalität zu verhindern. Deshalb unterstützt die Forderung:

SOFORTIGE EINSTELLUNG DES PROZESSES GEGEN DEN PIONIER G. BAYHA!



Aus der Presseerklärung der bestraften Soldaten:

„Für die Soldaten bedeutet der § 218: wie sollen wir bei dem niedrigen Wehrsold, der Kasernierung und oft weiten Entfernungen zum Heimatort, ein Kind ernähren und großziehen. Eine Abtreibung können wir uns gar nicht leisten ... Brauchen tun den § 218 nur die Fabrikherren und Konzernbosse, für sie erhält er das ‚Menschenmaterial‘ für ihre Fabriken und das Kanonenfutter für ihre Kriege und ihre Armeen ... Wenn wir Soldaten in Uniform demonstrieren, zeigen wir, daß wir uns vom Volk nicht trennen lassen und es in seinem Kampf für die Streichung des § 218 unterstützen, auch und gerade als Soldaten ... Unsere Vorgesetzten berufen sich auf ein Gesetz, das es verbietet in Uniform auf politischen Veranstaltungen aufzutreten. Angewandt wird dieses Gesetz nur, wenn wir uns gegen die bestehenden Verhältnisse wehren, wie wir das bei der Demonstration gegen den § 218 getan haben.“

Wir Soldaten sind Teil des Volkes und kämpfen deshalb weiter für die Forderungen:

WEG MIT DEM § 218!
WEG MIT DEM URTEIL DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTES!
DAS VOLK SELBER SOLL ENTSCHEIDEN!
VOLKSENTSCHEID GEGEN DEN § 218!

INITIATIVE SOLDATEN- UND RESERVISTEN KOMITEE KOBLENZ

**Koblenz.** Dieses Plakat wurde in der ganzen Stadt geklebt und teilweise auch in den Kasernen aufgehängt. Es berichtet über den Kampf von Koblenzer Soldaten gegen die Bestrafung, weil sie in Uniform an der Demonstration gegen den § 218 im September letzten Jahres teilgenommen hatten. Mit diesem Kampf haben sich 84 Versammlungen und Gruppen von Menschen solidarisiert, die in Resolutionen gegen die Bestrafung der Soldaten, die eine gerechte Sache unterstützt haben, bei den jeweiligen Dienstvorgesetzten protestierten.

# *Soldaten unterstützen 135-DM-Forderung*

Offiziere gegen Unterstüt- sondern Zusammenschlüsse von Men-

Soldaten unterstützen 135-DM-Forderung

### Offiziere gegen Unterstützung der 135-DM-Forderung

**Munster.** Innerhalb von zwei Pausen unterschrieben 17 Soldaten in der 4./95 eine Solidaritätserklärung, die die 135 Mark Festgeldforderung für alle gleich von ÖTV und der Post- und Bahngewerkschaft unterstützte. „Wir unterstützen die 135 Mark Festgeldforderung und die Aktionen und Kampfmaßnahmen, die zu ihrer Durchsetzung geeignet und notwendig sind.“

Unter Hinweis auf § 15 Soldatengesetz (Verbot politischer Betätigung im Dienst) versuchte Hauptmann Künne diese gewerkschaftliche Betätigung zu unterbinden. Hauptmann Künne hatte die Solidaritätserklärung durch einen diensteifrigen Unteroffizier zugetragen bekommen. Nun startete er eine große Einschüchterungskampagne. Auch Unteroffiziere beteiligten sich daran, die so schwere Kaliber wie „Meuterei“ und „Anstiftung zur Unbotmäßigkeit“ auffuhren.

Dermaßen überrumpelt und eingeschüchtert, vernichteten einige Kollegen die Unterschriftenliste. Den Hinweis, daß Gewerkschaften keine bestimmte politische Richtung im Sinne von § 15 Soldatengesetz darstellen, sondern Zusammenschlüsse von Menschen der verschiedensten politischen Richtungen zur Verteidigung des Werts ihrer Arbeitskraft sind, beantwortete der Hauptmann nur mit seiner langjährigen Diensterfahrung.

Solche Solidaritätserklärungen sind gut und richtig und wir werden sie auch sicherlich zahlreich unterschrieben abschicken!

### Resolution von 25 Soldaten für 135-DM-Forderung

**Gifhorn.** 25 Soldaten der Hammersteinkaserne Wesendorf (bei Gifhorn, Niedersachsen) – dort sind die Panzergrenadierbataillone 11 und 21 stationiert – haben in einer Unterschriftensammlung die Festgeldforderung der ÖTV in Höhe von 135 Mark unterstützt und den Hauptvorstand der ÖTV aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung vorzubereiten. Auf der Kreismitgliederversammlung der ÖTV des Kreises Wolfsburg/Gifhorn wurde die Resolution verlesen und die Unterschriftenliste dem Kreisvorstandsmitglied D. Hampel übergeben. – (Aus: Zeitung der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Munster Nr. 7)

### Die Streichung des Dienstfrei für UvD/GvD muß rückgängig gemacht werden

**Wetzlar.** 79 Soldaten wählten in der Nachschubkompanie 130 die Kandidaten zum Vertrauensmann, die diese Forderung gegenüber der Kompanieführung vertraten. Kandidaten, die nicht mit dieser Forderung kandidierten, bekamen lediglich 11 Stimmen. Weiter wird von den gewählten Vertrauensmännern vertreten, daß Neukranke keinen Dienst machen sollen, bevor sie nicht vom Truppenarzt untersucht wurden. Durchgesetzt werden soll schließlich, daß monatlich eine Mannschaftsversammlung stattfinden soll.

### Veranstaltung gegen den § 218: Feldwebel stimmten mit

**Munster.** Am 18. Februar führte die Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee eine öffentliche Veranstaltung gegen den § 218 durch, an der 22 Kollegen, überwiegend Soldaten, u.a. auch zwei Feldwebeldienstgrade, teilnahmen. Neben einem informierenden Referat über den Zweck des § 218 und Beispielen über die Strafverfolgung aufgrund des Paragraphen wurden verschiedene Beschlüsse von den Anwesenden gefaßt. Gegen die Stimmen der beiden Feldwebeldienstgrade (!) wurde festgestellt, daß Unterschriftensammlungen unter den Soldaten für die Forderungen der Komitees gegen den § 218 richtig und notwendig sind und daß die Anwesenden in ihren Einheiten solche Unterschriftensammlungen einleiten werden. Die Versammelten faßten eine weitere Resolution gegen die drohende Bestrafung des Gefreiten Holger Meyer aus der Sanitätslehrkompanie 90 wegen seiner Teilnahme an der Demonstration gegen den § 218 am 21. September letzten Jahres in Bonn. Dabei gab es keine Gegenstimme, nur eine Enthaltung. – (Nach einem Bericht der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Munster)

*Barcelona*

# Die Polizei streikt und wird dienstverpflichtet

Die Machtdemonstration, mit der der spanische König Juan Carlos und die Regierung die Demonstrationen der katalanischen Bevölkerung in Barcelona für Autonomie und Demokratie in der vergangenen Woche beantworten wollten, war für die Machthaber Spaniens eine schwere Niederlage. Überall, wo sie bei ihrer Reise durch Katalonien auftauchten, hielt das Volk ihnen seine Forderungen entgegen. Und um sich überhaupt in Barcelona, der Hauptstadt Kataloniens, bewegen zu können, hat die Regierung noch am Morgen des 18. Februar die Polizei und die Feuerwehrleute dienstverpflichtet und unter Militärrecht gestellt. Aber mit dieser Maßnahme kurz vor Ankunft haben sie sich nicht die Ruhe schaffen können, die sie für ihren Besuch wünschten. Den Streik der Polizisten, Feuerwehrleute, Lehrer, der 20 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst Barcelonas, haben sie nicht zerschlagen können, und die Streikenden hielten an der Besetzung des Rathauses von Barcelona fest. So geschah es das erste Mal, daß Polizei von auswärts geholt werden mußte, um gegen die Polizisten von Barcelona eingesetzt zu werden. Mit einer gewaltigen Übermacht gelang dann schließlich in der Nacht zum 19. Februar die Räumung des Rathauses. Die Kämpfe der Streikenden gegen diese aus anderen Teilen Spaniens herbeigeholten Polizisten setzten sich die ganze Nacht in den Straßen der Stadt fort. Für den 19. Februar war dann von den Faschisten eine Kundgebung vor dem Rathaus angesetzt. Dazu kamen aber nicht einmal 1 000 Teilnehmer. Unter den Rufen der Bevölkerung „Faschisten raus!" mußten sie abziehen.

Gestreikt wurde während der letzten Woche überall in Katalonien: Am 16. Februar hatten die 100 000 Bauarbeiter der Provinz den Generalstreik begonnen. In Tarassa, einer Arbeitervorstadt von Barcelona, streiken 20 000 Arbeiter. In Sabadell, einer anderen Stadt Kataloniens, hat die Polizei mit äußerster Brutalität eine Demonstration von den Eltern und Schülern der Stadt zerschlagen. Die Demonstration diente der Unterstützung der Lohnforderungen der Lehrer und war gegen die Anwesenheit des Königs gerichtet. Bei SEAT sind zugleich die Lohnverhandlungen abgebrochen worden. Die Arbeiter beratschlagen über Kampfaktionen. Für den 25. Februar haben die Arbeiterkommissionen, die verbotenen Gewerkschaften, die sich die spanische Arbeiterklasse während der Kämpfe unter dem Franco-Regime geschaffen hat, dazu aufgerufen, in der ganzen Provinz die Sitze der staatlichen Zwangsgewerkschaften, der Syndikate, zu besetzen und einen „Tag der Diskussion" durchzuführen über die Tagesaufgaben: Kampf um Generalamnestie, Lohnverhandlungen, freie gewerkschaftliche Betätigung sowie über die Lebenshaltungskosten, die mit der Peseta-Abwertung wieder kräftig gestiegen sind. Der Syndikatsminister, der an der Spitze der staatlichen Zwangsgewerkschaften steht, hat darauf reagiert: Er versprach die Zulassung freier Gewerkschaften, ohne jedoch zu sagen wann und wie.

All diese Aktionen in der Provinz Katalonien werden derzeit zusammengefaßt und angeleitet von der „Versammlung Kataloniens". Das ist ein Zusammenschluß aller legalen und illegalen Organisationen in Katalonien, die in Opposition zum Regime stehen. Neben den Forderungen nach Generalamnestie und demokratischen Freiheiten ist die Grundlage dieses Zusammenschlusses die Forderung nach Autonomie für Katalonien innerhalb Spaniens. Ähnlich wie auch das Baskenland hatte Katalonien in der Zeit vor der Franco-Herrschaft die Selbstverwaltung. Der folgende Bericht eines Spaniers aus Barcelona über die Demonstration vom 8. Februar, die von der „Versammlung Kataloniens" organisiert wurde, ist ein lebendiges Zeugnis vom Kampf der katalanischen Bevölkerung gegen die Fortsetzer des Franco-Regimes. (Nach Le Monde und Süddeutsche Zeitung vom 17. bis 21. Februar)



### Augenzeugenbericht über die Demonstration in Barcelona vom 8. Februar

„Ich war in der letzten Woche zu einem kurzen Besuch bei meiner Familie in Barcelona. Dort fand am Sonntag, dem 8. Februar, eine Demonstration von mehreren Zehntausend Menschen für politische Amnestie und demokratische Freiheiten statt. Wir wurden mehr zufällig Augenzeugen dieser Ereignisse.

Die Demonstration war von mehreren politischen Organisationen angekündigt worden, wurde aber von der Polizei verboten. Doch von diesem Verbot ließ sich niemand abschrecken, obwohl jedem Spanier bekannt ist, wie die Polizei gegen Demonstrationen vorgeht. So wollten sich etwa 50 000 zu einem Marsch auf einen Platz in der Innenstadt treffen. Mehrere Tausend Polizisten waren aus Madrid, Valencia, Zaragoza usw. herangefahren worden, um dies zu verhindern. Mit einer unmenschlichen Brutalität schaffte die „öffentliche Kraft", wie die Polizei in Spanien heißt, dies dann auch. Sie scheute sich nicht, Wasserwerfer, Gasbomben, Rauchbomben, Tränengas usw. einzusetzen. Berittene Einheiten mit langen Schlagstöcken und sogar mit MPs bewaffnet, trieben die Menschen von einer Straßenecke zur anderen und schlugen sie zusammen. Eine gute Möglichkeit bestand für die Demonstranten in solch einem Fall, wenn sie in die Cafes liefen und dort durch die Hintereingänge flüchteten. Sie standen so dann auf einmal wieder im Rücken der Polizei und bewarfen sie mit Steinen. Die Straßenkämpfe dauerten von Mittag bis in den späten Abend. Oft waren die Demonstranten der Polizei völlig wehrlos ausgeliefert. So kam es dann auch, daß die Polizei wenigstens zwei Menschen (ich habe Leute gesprochen, die das selbst gesehen hatten) auf offener Straße erschoß.

Es kann sein, daß noch mehr ermordet wurden. Aber davon wird in Spanien nicht öffentlich berichtet.

Die Staatsmacht hatte an diesem Tag ungeheure Angst vor den Bürgern. So kam es, daß sofort Polizisten auf uns zurannten, als mein Bruder und ich uns über die Vorfälle unterhielten. Sie schrieen uns an: Weitergehen, nicht stehenbleiben!

Es ist unter solchen Bedingungen verständlich, daß die Bevölkerung ihre Wut über die faschistische Terrorherrschaft immer mehr steigert. Einige Jeeps wurden total zertrümmert, und Polizisten mußten sich vor Steinwürfen in Sicherheit bringen.

Ein Zeichen, daß die ganze Stadt sich mit der Demonstration solidarisierte, war dies: Der Verkehr kam völlig zum Stillstand. Doch darüber wurden die Autofahrer nicht böse. Sie begannen ein rhythmisches Hupkonzert und schlugen im Takt mit der Hand auf das Wagendach. Dabei riefen sie immer wieder Parolen, die die Demonstranten unterstützten. So wurde die Polizei nur noch verrückter. Sie griffen die Autos an, zerschlugen die Scheiben und das Blech. Ich habe selbst gesehen, wie sie die Leute aus den Autos zerrten und zusammenschlugen.

In den spanischen Massenmedien war von den Schweinereien nichts zu lesen. Sie berichteten von einer Demonstration einiger Tausend Studenten, die in kurzer Zeit mit Hilfe der Polizei aufgelöst worden sei.

Als wir nach Spanien kamen, dachten wir, unter Juan Carlos würde sich alles ein bißchen liberalisieren. Aber das stimmt nicht. Was ich in Spanien erlebt habe, zeigt das Gegenteil. Es war wie ein Krieg. Juan Carlos macht Propaganda, damit Spanien in die EG kommt. Es soll so aussehen, als ob der Faschismus in Spanien langsam verblaßt. Die Faschisten in Spanien wollen so tun, als ob die Empörung des spanischen Volkes über ihre Herrschaft verschwindet. Denn wenn sie in die EWG kommen, sollen sie eine „saubere Arbeiterklasse" mitbringen und nicht eine, die kämpft.

Aber gekämpft wird in meinem Heimatland weiter. Daran haben auch vierzig Jahre Faschismus nichts geändert. Schon heute ist Juan Carlos genauso verhaßt wie Franco, denn die Unterdrückung geht weiter."

# Portugal: Unterwerfung unter die Imperialisten

**Lissabon.** Derzeit entwickeln die Vertreter aller bürgerlichen Parteien in Portugal, besonders derjenigen Parteien, die die Regierung tragen, eine rege Reisetätigkeit in die Hauptstädte der imperialistischen Länder. Der Zweck der Reisen, ganz gleich ob nach Moskau oder Washington, nach Bonn oder London, ist jedesmal derselbe: Sie erstatten Meldung den imperialistischen Herren, wie es steht mit der Unterwerfung Portugals, und hoffen dafür mit Kreditzusagen belohnt zu werden.

Alvaro Cunhal versichert sich durch eine Reise nach der Sowjetunion und ihren Vasallenstaaten des dortigen Rückhalts.

Sá Carneiro von der PPD startet ab nächster Woche eine Rundreise, die ihn in die USA, in die BRD, nach Kanada, nach Dänemark, nach Holland und nach Venezuela führen wird.

Mario Soares von der PS kommt und geht.

Freitas do Amaral vom CDS tritt im englischen Unterhaus auf, seine Parteikollegen in Paris.

Der Präsident der Konstituante, Henrique de Barros, ist in der Bundesrepublik mit Abgeordneten der PS, der PPD und des CDS.

Abgesehen davon, daß einige dieser bürgerlichen Politiker die Gelegenheit wahrnehmen werden, Wahlstimmen unter den portugiesischen Arbeitern im Ausland zu gewinnen, geht es ihnen doch um mehr. Portugal ist Feld imperialistischer Interessen, und die bürgerlichen Politiker dieses Landes wissen, wo ihre Herren sitzen. Diese Herren bestimmen die Politik in diesem Land, und daher müssen dessen Politiker Rücksprache halten, wenn sie mit gewissen „Versprechungen" in den Wahlkampf ziehen. Zudem müssen sie den Spielraum erkunden, der ihnen von Washington, Bonn oder Moskau jeweils zugestanden wird.

Seit dem 25. November 1975 hat sich der Spielraum für große Versprechungen und für selbständige Politik der portugiesischen Politiker schnell eingeschränkt.

Portugal ist vollständig verschuldet. Aus dem Jahr 1974 stammt eine 750-Millionen-DM-Anleihe bei der „Bank of International Settlement", die Anfang dieses Jahres nicht zurückgezahlt werden konnte. Sie wurde verlängert, Portugal mußte 60 Tonnen Gold dafür hinterlegen; die verfügbaren Goldreserven reduzierten sich von 864 auf 804 Tonnen. 4 Tonnen Gold wurden verkauft. 80 sollen bis Ende des Jahres verkauft werden.

Der Weltwährungsfonds vergab an Portugal 85 Millionen Dollar, aber daran wurden Bedingungen geknüpft: Erstens soll Portugal die Importbesteuerung fallen lassen, die im Mai 1975 beschlossen wurde, um das Handelsbilanzdefizit zu verringern. Diese „Schutzzölle" laufen nun am 31. März aus. Zweitens wurde mit dem Weltwährungsfonds zuvor abgesprochen, was Portugal mit den 85 Millionen anfängt. Es wurde festgelegt, in welchem Ausmaß die Privatkapitalisten damit zu bedienen seien. (Expresso, 17. Januar)

Schließlich soll der Internationale Währungsfonds den „Rat" erteilt haben, eine Abwertung des escudo vorzunehmen.

Die USA vergaben an Portugal Anleihen von 400 Millionen DM für den Transport und die Unterbringung der Angola-„Flüchtlinge"; 140 Millionen DM zur Finanzierung des Kaufs von amerikanischem Kriegsmaterial; 550 Millionen für Wohnungsbau, Gesundheitswesen und Schulen – wobei die Ausgaben im Schulwesen und Gesundheitswesen von amerikanischen Funktionären überwacht werden sollen; 1,5 Milliarden zur Finanzierung von Nahrungsmitteln, die in der Mehrheit aus den USA stammen.

Mit der EWG steht Portugal in Verhandlungen für eine Anleihe von 7 Milliarden DM für zwei große petrochemische Projekte, an deren Errichtung europäische Firmen beteiligt sein werden. 180 Millionen DM sind für das petrochemische Werk in Sines schon aufgenommen. Die EFTA hat Portugal zur Finanzierung von Importen ebenfalls 250 Millionen DM vergeben.

Im Januar ist es mit dieser Politik schon zu einer massiven Steigerung der Importe gekommen. Der Außenhandelsminister Campinos drückte die portugiesische Politik anläßlich eines Dinners im „American Club" vorsichtig so aus, „die Regierung werde sich mehr auf die Förderung von Exporten stützen als auf die Einschränkung von Importen". (Expresso, 21. Februar)

Monatlich verschlechtert sich die Zahlungsbilanz Portugals um 330 Millionen DM. Der Außenhandelsminister bestätigte aber, daß die Regierung „eine optimistische Haltung" an den Tag lege. Warum? Weil durch die Anleihen, „von denen einige gegen Gold aus unseren Reserven gegeben wurden", heute die Bank von Portugal über 2,5 Milliarden DM zum Ausgleich der negativen Handelsbilanz verfügt (das Handelsbilanzdefizit war allein im Jahr bei etwa 5 Milliarden DM).

Alle Imperialisten profitieren von dieser Politik. Wie wenig das Volk von einer solchen Handelspolitik hat, zeigte sich neulich, als der russische Frachter „Vyktor Lyagin" im Hafen von Leixoes anlegte, um Sardinen zu entladen, wo die Fischer Portugals erst vor kurzem wieder gezwungen waren, massenhaft Sardinen ins Meer zurückzuwerfen, da die Händler sie ihnen nicht abnahmen. In der Fischerei errichtet die Regierung keine Kühlanlagen, in der Landwirtschaft rückt sie keine Kredite usw. heraus – alles mit dem Ergebnis, daß Lebensmittel importiert werden und die Imperialisten aller Art ihre Geschäfte machen.

Ihre Politik rechtfertigt die Regierung damit, es gehe darum, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Bei 600 000 Arbeitslosen (auf eine Gesamtbevölkerung von 9 Millionen) wäre das in der Tat notwendig. Es sollen also 2,2 Milliarden DM Investitionen aus öffentlicher Hand getätigt werden. Der „Expresso" vom 10. Januar meint, bei sehr optimistischer Schätzung würde bei einer Investition von je 70 000 DM ein Arbeitsplatz herausspringen, also insgesamt 30 000 neue Arbeitsplätze.

Das ist nun aber noch weit übertrieben, da zum Beispiel bei dem Petrochemischen Werk Sacor, das 330 000 000 DM kosten wird, ganze 60 Arbeitsplätze entstehen – also ein Arbeitsplatz pro 5,5 Millionen DM. Damit ist natürlich keine Stimme eines Arbeitslosen zu gewinnen, und daher wird hiervon möglichst viel verschwiegen.

Die Regierung brüstet sich mit Investitionen im Straßenbau, 5 Millionen DM pro Kilometer Autobahn. Eine Konzessionsfirma BRISA verhandelt mit der Bank von Portugal Möglichkeiten einer „ausländischen Finanzierung". (Expresso, 10. Januar) Wer ist diese BRISA? Sucht man danach, so findet man. Es handelt sich um ein Konsortium portugiesischer, schweizer, englischer, spanischer und französischer Firmen, hinter denen die Banken Hill Samuels (England), Credit Lyonnais (Frankreich) und Chase Manhattan (USA) stehen.

Damit das imperialistische Kapital in Portugal wieder fest zulange, wird zur Zeit der „Kodex für ausländische Investitionen" beraten. Er soll Gewinntransfer usw. gestatten, da man Investitionen der USA und der BRD „nur mit einem Garantien bietenden Kodex" (Expresso, 21. Februar) erreichen kann.

Diese Garantien sind das eine.

Die Löhne, also die Ausbeutungsmöglichkeiten, sind das andere. Auch hier ist die portugiesische Regierung eifriger Knecht der in- und ausländischen Kapitalisten:

Wie bekannt, sind die Löhne bis zum Ende Februar eingefroren. Bis dahin wird von der Regierung eine Änderung des am 1. Juni 1975 erlassenen Lohngesetzes beschlossen, die jetzt schon als Projekt veröffentlicht wurde. Am 1. Juni 1975 wurde der nationale Mindestlohn von 330 auf 400 DM festgesetzt. Dies soll nun folgende Ausnahmen erfahren:

– Die Landarbeiter werden ab 1. April einen Mindestlohn von 330 DM haben.

– Jugendliche unter 20 werden 50 Prozent des Mindestlohns erhalten.

– Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten brauchen nur 330 DM als Lohn zu zahlen.

Weiterhin wird die Versprechung gemacht, daß der Mindestlohn „jedes Halbjahr oder sofort, wenn die Lebenshaltungskosten um über 10 Prozent steigen", angeglichen wird. (Expresso, 21. Februar)

**Aber:** Die zwei untersten Lohnstufen dürfen dabei nicht 6 000 DM übersteigen, z.B. „wenn ein unqualifizierter Arbeiter 560 DM pro Monat verdient und der Lebenshaltungsindex um 9 Prozent in 6 Monaten steigt, dann kann der Lohn dieses Arbeiters nicht auf 610,4 DM (560 plus 9 Prozent) gehen, sondern nur auf 600 DM". „Entsprechend können dann alle Erhöhungen in den höheren Lohngruppen nicht um mehr als 40 DM alle sechs Monate steigen." (Expresso) Dies nennt die Regierung einen langsamen Ausgleich der vielen Lohngruppen-Differenzen.

Weiter soll die Laufzeit der Tarifverträge zwei Jahre sein. Alle Löhne über 1 200 DM werden bis zum Ende des Jahres eingefroren, es sei denn „in einzelnen Ausnahmefällen oder wenn für den Betreffenden die Lohngruppe geändert wird". (Expresso) Für die hohen Gehälter ist also eine Möglichkeit im Projekt geschaffen, die „Lohneinfrierung" zu hintergehen.

In den Interessen der Imperialisten bezüglich Portugal spielt der militärische Gesichtspunkt eine wichtige Rolle. Der Admiral Hill Norton, Präsident der Militärkommission der NATO, hat am 10. Februar der portugiesischen Regierung „das Interesse der NATO für Portugal garantiert". (Expresso, 21. Februar) Er ist in Lissabon weilte.

Heute fährt der reaktionäre General Ramalho Eanes, Oberkommandierender des Heeres und geheimer Präsidentschaftskandidat, nach Brüssel, um mit NATO-Kreisen zu konferieren. Seit gestern befindet sich der Oberkommandierende der Marine, Vizeadmiral Souto Cruz, in der BRD, wo er an einer „informellen Versammlung mit militärischen und zivilen Einheiten verschiedener westlicher Länder" teilnimmt.

Und die westdeutsche Regierung lädt für nächste Woche den General Galvao de Melo zu sich, der höchstwahrscheinlich Präsidentschaftskandidat der CDS sein wird. Dieser Mann ist Faschist.

Warum das Interesse für diesen Mann?

Die Imperialisten wissen: Der zukünftige Präsident Portugals ist ganz wichtig. Denn soviel ist Eingeweihten immerhin über den neuen „Pakt" zwischen Revolutionsrat und Parteien offenbar bekannt: „Das zukünftige Statut des Präsidenten wird es diesem außer der üblichen Designierung des Ministerpräsidenten erlauben, ein Gegengewicht zur Verantwortlichkeit der Regierung vor dem Parlament darzustellen durch die Möglichkeit, das Parlament aufzulösen, und durch das Vorrecht in legislativen Angelegenheiten ... Dazu kommen andere grundlegende Kompetenzen vor der Führung der Außenpolitik, des Oberkommando der Streitkräfte bis zu Ausnahmerechten der Aufhebung von Rechten, Freiheiten und fundamentalen Garantien der Bürger durch die Erklärung des Ausnahmezustandes ..." (Expresso, 21. Februar)

Die Imperialisten werden sich ausgerechnet haben, daß sie auf einen solchen Mann in nicht weiter Zukunft einmal setzen müssen. – (kkw, Lissabon, 22. Februar)

*Interview mit Abilio Araujo, Minister der Demokratischen Republik Timor-Ost und Vertreter der FRETILIN*

# Timor-Ost: Indonesien muß die Truppen abziehen!

**Alarico Fernandes, Minister für die Verwaltung und innere Sicherheit der Demokratischen Republik Timor-Ost, hat in einer Presseerklärung über Rundfunk nach australischen Angaben festgestellt, daß mehr als zwei Monate nach dem Einfall indonesischer Truppen in Timor-Ost sie die Kontrolle über das Land nicht erlangt haben. Dazu haben ihnen weder die Panzer noch die Flugzeuge noch die Kriegsschiffe, die sie einsetzen, verholfen. Er prangerte die Massaker der indonesischen Invasionstruppen an der Zivilbevölkerung in Timor-Ost an, von denen Kinder und selbst Säuglinge nicht verschont bleiben.**

**Indonesien wird aufgefordert, seine Angriffe einzustellen und die Truppen aus Timor-Ost abzuziehen. Nach einer anderen Information aus Darwin (Australien) erklärte Fernandes am 5. Februar, daß während der vorhergegangenen 10 Tage die indonesischen Aggressoren einen äußerst heftigen Widerstand der Volksarmee erlebten und daß über 2 000 indonesische Angreifer bei Batano an Land gesetzt wurden, um Bobanaro einzunehmen.**

**Aber unter den Angriffen der Volksarmee und der Bevölkerung aus Timor-Ost mußten sich die Angreifer wieder zurückziehen und zahlreiche Tote zurücklassen. Sie haben außerdem die Kontrolle über Viqueque verloren. (Nach Hsinhua, 12. Februar)**

**Im folgenden ein Interview mit Abilio Araujo, Minister der Demokratischen Republik Timor-Ost und Vertreter der FRETILIN zur Durchführung der Mission des Sonderbeauftragten der UNO, die die indonesische Aggression verurteilte, und zur Bedeutung des Befreiungskampfes in Timor-Ost unter Führung der FRETILIN.**

**Minister Araujo hielt sich kürzlich auch in der BRD zu Solidaritätsveranstaltungen auf. Das Interview führte der Korrespondent der KVZ in Lissabon am 10. Februar durch.**



Befreiungskämpfer der Demokratischen Republik Timor-Ost: „Der Kampf, den wir gegenwärtig entfalten, wird große Bedeutung haben, denn der Staat, den wir gebildet haben, ist ein antikolonialer, ein anti-neokolonialer, ein antiimperialistischer Staat."

***Der Sonderbeauftragte der UNO, Guiccardi, hat Timor aufgesucht. Wie beurteilt die Regierung der Demokratischen Republik Timor-Ost diese Mission des UN-Beauftragten? Welche Rolle spielen die indonesische und die australische Regierung?***

Wir haben keine Zweifel, daß die indonesische und australische Regierung gegen uns arbeiten. Dafür haben wir Beweise. Insbesondere hinsichtlich der Mission des UNO-Beauftragten. Dieser fuhr nach Djakarta und von dort nach Dili. In Dili sprach er über Radio mit unserer Regierung. Unsere Regierung gab ihm vier Orte an, um mit ihm zusammenzutreffen, und dort wartete das Volk auf ihn. Mir liegen hier die diesbezüglichen Botschaften unserer Regierung vor, die nach Australien gesandt wurden; wir werden diese Botschaften veröffentlichen. An den Tagen, die unsererseits für eine Begegnung vorgeschlagen wurden, ist der UN-Beauftragte Guiccardi nicht erschienen. Er blieb nur drei Tage in Timor und fuhr dann wieder nach Djakarta.

Während er sich in Dili aufhielt, befand sich gleichzeitig der australische Außenminister Peacock in Djakarta und konferierte dort mit Suharto und Malik. Wir kennen den Inhalt der Unterredungen nicht, können aber die Folgeereignisse beurteilen. Der Außenminister kehrte nach Australien zurück und am selben Tag noch wurde unsere Radiostation beschlagnahmt; diese funktionierte in Darwin und war das einzige Kommunikationsmittel mit dem Ausland, das wir hatten. Nach dieser eindeutigen Handlung der australischen Regierung kehrt UN-Beauftragter Guiccardi nach Djakarta zurück. Von dort telefonierte er mit unserem Sprecher der FRETILIN in Sidney und äußerte ihm gegenüber den Wunsch, unsere befreiten Gebiete aufzusuchen; allerdings verlange er Sicherheitsgarantien.




Er telefonierte von Djakarta aus. In Dili war alles abgemacht gewesen, er war aber nicht gekommen. Jetzt, von Djakarta aus, sagt er dies. Unser Sprecher antwortete ihm, er persönlich könne nichts garantieren, im wesentlichen deshalb, weil die australische Regierung unsere Radiostation beschlagnahmt habe und damit jede Verbindung zum Zentralkomitee in Timor abgeschnitten sei; er aber, Guiccardi, sei doch selber in Timor gewesen und dort seien ihm solche Garantien gegeben worden.

Daraufhin verurteilte Guiccardi den Schritt der australischen Regierung, die Radiostation zu beschlagnahmen, und erklärt das für einen Versuch, seine Mission zum Scheitern zu bringen.

Guiccardi fuhr dann sofort nach Australien und versuchte dort einen Kontakt mit uns herzustellen. Die portugiesische Regierung stellt ihm eine Korvette zur Verfügung, die einen Radiosender besitzt. Tatsächlich konnte er mit unserem ZK sprechen und sprach seinen Wunsch auf eine Zusammenkunft aus. Aber die pro-indonesische Marionettenregierung in Dili sprach nun eine Reihe von Bedingungen dafür aus, worunter die zwei wichtigsten folgende sind: Wenn Guiccardi nach Timor kommen wolle, dann müsse die FRETILIN der indonesischen Regierung Ort und Zeitpunkt des Zusammentreffens mitteilen.

Als Guiccardi vorher noch in Dili war, hatten wir ihm Ort und Zeitpunkt mitgeteilt, allerdings war der Ort im Zentralgebiet gelegen. Denn auch wenn wir die Küsten im wesentlichen kontrollieren, so befindet sich unsere Regierung und das Zentralkomitee aus Sicherheitsgründen dennoch im zentralen Hochland. Guiccardi wollte aber mit der portugiesischen Korvette fahren, da ihm die australische Regierung ein Flugzeug verweigerte und nicht einmal die Genehmigung zum Transport durch ein privates Flugzeug gestattete – das im übrigen Bestandteil der gegen uns verhängten Blockade. Unter diesen Umständen hatten wir unsererseits natürlich nicht vor, den Zeitpunkt und den Landeplatz für das Treffen mitzuteilen, denn es wäre unser Tod gewesen, wenn die Indonesier davon Kenntnis bekommen hätten. Wir lehnten also sofort ab. Nun, das war **ein** Grund für unsere Ablehnung.

Es gibt aber noch einen zweiten, viel wichtigeren. Es ist der folgende: Wenn die Vereinten Nationen schon die indonesische Invasion verurteilt und den Abzug der Truppen gefordert hatten und wenn Guiccardi selber zugibt, daß die dortige Regierung in Dili eine Marionettenregierung ist, daß hinter ihr Indonesien steht – warum erkennt er dann diese Forderung eben dieser Regierung an, wo diese Forderung dazu noch durch die indonesische Botschaft in Australien übermittelt wurde? Das ist unvereinbar mit der Position der Vereinten Nationen! Es ist absurd. Das sind im Grunde die Tatsachen über die Mission von Guiccardi. Dennoch heißt es später von Guiccardi, daß die FRETILIN nicht zusammenarbeiten wollte.

wollte.

***Aber Guiccardi hat feststellen können, daß indonesische Truppen in Timor-Ost stehen?***

Er hat erklärt, daß er indonesische Kriegsschiffe und Flugzeuge gesehen habe. Ob sich das auf das Gebiet von Timor bezieht, wissen wir nicht. In einer Botschaft, die ich hier liegen habe, berichtet unsere Regierung, daß die Indonesier ihre Panzer mit Zweigen und Bäumen verdeckt hätten, daß die Panzerspuren auf den Straßen verwischt worden seien und daß im Bereich des Krankenhauses von Baucau, wo sehr viele indonesische Soldaten beerdigt wurden, Kartoffeln und Maniok angepflanzt wurden. Ob Guiccardi davon Kenntnis nahm, wissen wir nicht. Außerdem war er in Dili und hatte keine Möglichkeiten zugestanden, andere Ortschaften aufzusuchen.

***Wie ist heute die Haltung des australischen Volkes?***

Es findet jetzt eine Kampagne gegen die australische Regierung statt mit der Forderung nach Rückgabe des Radiosenders. Es wird eine große Solidaritätsaktion vorbereitet, vom 26. Februar bis zum 20. März. Diese Initiative geht von unseren Unterstützungskomitees, von den Gewerkschaften, von studentischen Vereinigungen und humanitären Organisationen, Mitgliedern des australischen Parlaments und fortschrittlichen Organsationen aus. Dieses Kampagne ist abgestimmt mit ähnlichen Aktivitäten, die in ganz Europa stattfinden. So zum Beispiel in England und Deutschland. In Australien fordert man: Verurteilung der indonesischen Invasion, Forderung nach Rückzug der Truppen, Anerkennung der Demokratischen Republik Timor-Ost.

***Ich habe den Eindruck, daß viele die wirkliche weltweite Bedeutung eures Kampfes noch unterschätzen. Kannst du versuchen, diese Bedeutung herauszustellen, so wie ihr sie seht?***

Wie ich während der Solidaritätsveranstaltung in Westdeutschland feststellte, spielt unser Kampf eine sehr wichtige Rolle innerhalb der Weltrevolution. Wir haben zwar nicht – wie die indochinesischen Völker damals – direkt mit dem amerikanischen Imperialismus zu tun, aber doch nur deshalb nicht, weil dieser gegenwärtig schon nicht mehr in der Lage ist, denselben Fehler zu begehen. Daher bedient er sich einer neokolonialen Regierung, die seine Rolle übernehmen kann, die Rolle des direkt Interessierten bei der Angelegenheit.

Nach der Niederlage des Imperialismus in Indochina und dem Fortschreiten der Revolution auf dem südostasiatischen Kontinent – Thailand, Birma, Malaysia – konzentriert der Imperialismus heute seine ganze Aufmerksamkeit auf Indonesien. Indonesien stellt ökonomisch und militärisch einen Großbetrieb dar, den der Imperialismus auf keinen Fall verlieren will. Da er nicht direkt eingreifen kann, arbeitet er im Hintergrund und gewährt Indonesien jede gewünschte Hilfe. Aus diesem Grund können wir heute feststellen, daß Indonesien ein Bollwerk darstellt, das der Imperialismus – koste es was es wolle – verteidigen wird. Der Kampf, den wir gegenwärtig entfalten, wird große Bedeutung haben, denn der Staat, den wir gebildet haben, ist ein antikolonialer, ein anti-neokolonialer, ein antiimperialistischer Staat. Wir haben immer festgestellt, daß wir uns niemals direkt in den Kampf des indonesischen Volkes einmischen werden. Aber zweifellos wird doch unsere Befreiung eine wichtige Rolle spielen, und dies versteht das indonesische Volk und seine demokratischen Kräfte sehr wohl.

***Wie steht es um die weltweite Solidarität? Vor allem: Wie beurteilst du deinen kürzlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik? War dieser Aufenthalt nützlich für eure Sache?***

Auf der Konferenz der OSPAA (Organisation der Solidarität der Völker Afrikas und Asiens) vom 2. bis zum 4. Februar in Luanda wurde eine Deklaration verabschiedet, in der der Kampf des Volkes von Ost-Timor unterstützt wird. 68 Länder waren dort anwesend sowie über 80 Organisationen. Unser Kampf wird von den Völkern mehr und mehr verstanden, und wir halten diese Resolution für einen Sieg unserer Sache. Wir waren auf der genannten Konferenz ebenfalls anwesend und erhielten dort eine Grußbotschaft des Präsidenten Südvietnams an unseren Genossen Präsidenten.

Bei meinem kürzlichen Aufenthalt in Westdeutschland habe ich bemerkt, daß dort auch eine Solidaritätsbewegung mit unserem Kampf hervortritt und auf Verständnis trifft. Wir sind sehr glücklich darüber.

Wie ich auch in der Unterredung mit dem Repräsentanten eurer Organisation, einem Mitglied des Zentralkomitees des KBW, sagte, so kommen wir ja nicht, um die Solidarität als ein Almosen zu erbetteln; wir denken, daß die Solidarität eine Pflicht ist. So wie wir im Augenblick auf der Suche nach Solidarität, Geldmitteln und moralischer Unterstützung sind, so glauben wir, daß früher oder später auch das deutsche Volk in eine Phase der Befreiung eintritt (nicht eine wie bei uns, denn die konkreten Bedingungen sind andere) und daß wir dann möglicherweise schon ein freies Land sind und vielleicht Geldmittel oder andere Arten von Solidarität senden können.

Bei meinem Aufenthalt in der Bundesrepublik hatte ich auch Gelegenheit, mit Mitgliedern des Bundestags Verbindung aufzunehmen, mit vier Mitgliedern des Bundestags. Ich habe ihnen die wirkliche Lage des Volkes von Timor-Ost dargestellt, und sie versprachen, unsere Sache zum ersten Mal im Parlament zur Sprache zu bringen, die Regierung zu befragen, aus welchen Gründen sie sich in den Vereinten Nationen der Stimme enthalten habe und warum sie die Invasion Indonesiens nicht verurteilt habe und schließlich, daß sie den Kampf des Volkes von Timor-Ost um Unabhängigkeit unterstützen solle.

Ich hatte auch offizielle Kontakte mit der SPD, und auch hier legte ich unsere Kampfziele dar. Ich sprach weiterhin mit Funktionären des Ministeriums für Entwicklung und Zusammenarbeit.

Als sie fragten, wie die Zukunft der Ereignisse sein werde, hob ich ihnen gegenüber hervor, daß wir zum Kampf entschlossen seien, daß wir nicht wüßten, ob Indonesien dazu auch entschlossen sei, wir aber unsererseits seien entschlossen, bis zum Ende zu kämpfen. Ich wies darauf hin, daß in der Vergangenheit viele Regierungen niemals die Befreiungsbewegungen der ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika unterstützt haben und es vorzogen, den portugiesischen Kolonial-Faschismus zu unterstützen. Die Wahrheit ist, daß der Sieg der Kolonialvölker den Faschismus in Portugal zu Fall brachte. Ich nehme an, sie verstanden, was ich damit sagen wollte.

Ich hatte auch eine Zusammenkunft mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Jungsozialisten in der SPD, und dieser versprach mir, zwei Erklärungen abzugeben, eine an die Zeitungen, in der die Regierung aufgefordert wird, die indonesische Invasion zu verurteilen und unseren Kampf für die Unabhängigkeit zu unterstützen; und eine andere Erklärung an die Regierung, mit der Anfrage, warum sie sich in den Vereinten Natinen der Stimme enthalten habe. Das wurde mir versprochen, und ich hoffe, daß es schon geschehen ist.

## Thailand: Befreiungskämpfer greifen Polizeistation an

**Bangkok.** Etwa 150 thailändische Befreiungskämpfer haben am Dienstag nach Angaben der Polizei in der rund 500 Kilometer südlich von Bangkok gelegenen thailändischen Provinz Surat Thani eine Polizeistation angegriffen. Bei dem sich anschließenden vierstündigen Gefecht sei ein Grenzpolizist schwer verletzt worden. (Neue Zürcher Zeitung, 20.2.)

# Zimbabwe: Siedlerregime vor dem Ende

Der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe hat seit Ende letzten Jahres einen neuen Aufschwung genommen. Auch seine Unterstützung nimmt zu. Neben dem Präsidenten Machel von Mozambique und Nyerere von Tansania hat jetzt auch Präsident Kaunda von Sambia erklärt, „daß der bewaffnete Kampf die einzige den rhodesischen Nationalisten offenstehende Alternative bildet, um das Ziel einer afrikanischen Mehrheitsregierung in Salisbury zu erreichen". Umgekehrt unternehmen das weiße Siedlerregime, die USA und Großbritannien große Anstrengungen, um den Befreiungskampf zu schwächen und ihre Kontrolle über Zimbabwe zu retten.

Das rhodesische Siedlerregime hat „die Zeit (der Verfassungsgespräche, d.Verf.) genutzt, um entlang der 1300 Kilometer langen Mozambique-Grenze eine ‚Nogo'-Zone anzulegen, mit Drahtverhauen und Minenfeldern. Sie hat die afrikanische Bevölkerung in sogenannten ‚beschützten Dörfern' konzentriert. Sie läßt die Grenze bewachen, so gut sie kann." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.2.)

„Die Truppen ebnen entlang der Grenze zu Mozambique einen Streifen Land, um die Infiltration von Guerillas zu erschweren." (Süddeutsche Zeitung, 23.2.) Aber das hat den Aufschwung des Befreiungskampfes nicht aufgehalten. Zehntausende Zimbabwer bilden sich in Mozambique im Guerilla-Kampf aus, um in ihre Heimat zurückzukehren und den Imperialisten die Macht zu entreißen. Die Kämpfe nehmen zu, neue Fronten wurden eröffnet. „Die Zahl der Guerillas, die von Mozambique aus nach Rhodesien eingesickert sind, ist in den vergangenen Wochen auf schätzungsweise sechshundert angewachsen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.2.) Sie finden die Unterstützung der zum Kampf bereiten Volksmassen Zimbabwes.

Das sind schlechte Aussichten für die Imperialisten. „Verschärft sich der Konflikt, kann Rhodesien nicht lange aushalten. Rhodesien (Bevölkerung 240000 Weiße, 6 Millionen Schwarze) hat nur 3500 reguläre weiße Soldaten in den Landstreitkräften und 1200 in der Luftwaffe, die Streitkräfte können durch 10000 Wehrpflichtige aller Rassen, durch 35000 Reservisten und 8000 Polizisten unterstützt werden. Die internationalen Sanktionen gegen Rhodesien zwingen die Regierung jedoch, auf schwierigen Wegen Materialnachschub zu besorgen." (Süddeutsche Zeitung, 23.2.) „Weitere Reserven an Menschen und Material sind kaum mehr verfügbar." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.2.) „Das Ende des Smith-Regimes ist in Rhodesien unvermeidlich und nur noch eine Frage der Zeit. Das ist die Prämisse, von der alle diplomatischen und immer noch streng geheimgehaltenen britischen Rhodesien-Initiativen der letzten Wochen ausgehen." (Die Welt, 23.2.)

Wie verhindern, daß das Volk von Zimbabwe in einem revolutionären Volksbefreiungskrieg seine Ketten sprengt, Herr seines eigenen Schicksals wird, daß das Ende der weißen Siedlerherrschaft auch das Ende der Ausplünderung Zimbabwes ist? Darauf konzentrieren sich jetzt die Imperialisten. Konzessionen müssen gemacht werden!

Die britischen Imperialisten sollen die Sache managen. „Die Entsendung von Truppen zur Unterstützung des weißen Minderheitsregimes ... sei ausgeschlossen. ‚Das wäre Wahnsinn', sagte Callaghans Staatsminister Ennals" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.2.) vom britischen Außenministerium. „Die praktisch bedingungslose politische Kapitulation von Ian Smith ist nach Londoner Ansicht die einzige Chance." (Welt, 23.2.)

Nkomo, dem Führer der ZAPU, der sich vom ANC abgespalten hat, um mit dem Smith-Regime an einem Verhandlungskompromiß zu basteln, der die gerechte Forderung nach „Mehrheitsregierung jetzt" preisgibt, müssen Zugeständnisse gemacht werden. Nachdem deshalb vor einigen Wochen Nkomo in London einen staatsmännischen Empfang erhalten hat, reiste der britische Außenminister nach Rhodesien, um Smith unter Druck zu setzen und danach zu den Häupflingen des US-Imperialismus zur Berichterstattung. Diese forderten ihrerseits „die weiße Minderheitsregierung Rhodesiens" auf, „mit dem schwarzen Nationalistenführer Josua Nkomo zu verhandeln", „einen realistischen Weg zu verfolgen". (Mannheimer Morgen, 23.2.)

> Dem Aufruf der ZANU folgend, führt der KBW zusammen mit dem Afrika-Komitee Bremen eine Kleidersammlung zur Unterstützung der Lager der Befreiungskämpfer in Mozambique durch. Am 28. Februar können die ersten vier Tonnen eingeschifft werden. Kleider in gewaschenem Zustand senden an:
> **Wolfgang Hirscher, Friedrich-Klippert-Str. 16, 2820 Bremen-Grohn, Telefon 0421/65 24 80**
> **Armbanduhren, Schreibmaschinen, Fotoapparate** (keine anderen Gegenstände) senden an:
> Kommunistischer Bund Westdeutschland, Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim
> **Spendenkonto**
> ZANU – Zimbabwe
> Volksbank Mannheim Nr. 10 68 326

Nur wenn Smith zu erkennen gibt, „daß er bereit ist, der schwarzen Mehrheit die Regierungsgewalt zu übertragen" und akzeptiert, daß „Großbritannien bis zu dem Machtwechsel in der abtrünnigen Kolonie wieder die Rolle des Souveräns übernimmt" (nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.2.), würde Großbritannien an den Verfassungsgesprächen sich beteiligen. Dann „ist die britische Regierung" auch „bereit, für einen bestimmten Zeitraum ein geringes Truppenkontingent nach Rhodesien zu entsenden" (Neue Zürcher Zeitung, 21.2.). Dieses könnte dann als Schützer einer sogenannten afrikanischen Mehrheitsregierung auftreten. Die Imperialisten wären militärisch nicht im Lande vertreten. Deshalb kümmert es sie auch nicht, daß die ZANU und der ANC-ZLC sowie die große Mehrheit der Massen in Zimbabwe die Verhandlungen Nkomos als Ausverkauf der Interessen des Volkes von Zimbabwe ablehnen.

Darin sind sie sich auch mit dem Sozialimperialismus einig!

Auch er hat kein Interesse an der wirklichen Unabhängigkeit des Volkes von Zimbabwe und der Entfaltung seines selbständigen revolutionären Befreiungskampfes. Wenn der Botschafter der Sowjetunion in Sambia jetzt laut tönt, daß die Sowjetunion Seite an Seite mit den Befreiungsbewegungen gegen die Kolonialisten zu kämpfen bereit sei, so um nur selber den Stiefel auf Zimbabwe zu setzen. Deshalb hat sie von Anfang an den Entspannungsschwindel und die Unterdrückung des bewaffneten Kampfes unter Führung der ZANU unterstützt und Nkomo und seiner ZAPU den Rücken gestärkt bei der spalterische Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Smith-Regime. Als Ersatz für die fehlende Unterstützung Nkomos im Volk bildete sie ihm rasch Hunderte militärische und andere Kader aus, um sie dann als Agenten für ihr Eindringen in Zimbabwe zu benutzen. Gleichzeitig lieferte ihre in Angola bereits erfolgte und für das südliche Afrika angekündigte Einmischung mit kubanischen und sowjetischen Söldnern den westlichen Imperialisten den Vorwand, um die weltweite Isolation der südafrikanischen Rassistenregimes erneut zu sprengen und selber auf seiten der südafrikanischen Regimes militärisch einzugreifen.

Smith, der Siedler-Premier, hat seine Chance in diesem Komplott erkannt. Er erklärte kürzlich vor dem rhodesischen Parlament, „daß seine Regierung den Kopf nicht in den Sand steckt, sondern nach ‚kalter und nüchterner' Würdigung der Lage das Hauptziel bleibt, den Terrorismus zu schlagen und eine verfassungsmäßige Lösung durch ‚geduldiges Verhandeln' zu finden. Jede Regelung müsse eine stabile Regierung, die Sicherheit der Rechte und des Eigentums aller Rhodesier garantieren und es ihnen möglich machen, in Harmonie zusammenzuleben." Dazu „müsse allerdings eine neue Taktik" eingeschlagen werden. Er hat zum ersten Mal die Bereitschaft erklärt, einer Teilnahme Großbritanniens an den Verfassungsgesprächen zuzustimmen.

Demgegenüber hält das Volk von Zimbabwe fest an der Erlangung der vollständigen nationalen Befreiung, der Forderung „Mehrheitsregierung jetzt" und am bewaffneten Kampf als entscheidendes Mittel für die Durchsetzung dieses Ziels. Gerade die kürzliche Rundreise des Genossen Robert Mugabe, Generalsekretär des ZANU, in der BRD hat das erneut deutlich gemacht. Ihm muß unsere ganze Unterstützung gelten. – (hl)

# Der Kampf um Angola geht weiter

Nachdem die FNLA und die UNITA militärisch geschlagen sind, denkt die Sowjetunion keineswegs daran, ihre „Militärberater" und die durch sie finanzierten Söldner aus Angola abzuziehen. Sie bleiben als Garant der Interessen der Sowjetunion im Land und auf ihrem Fuß folgen die zivilen Agenten des Sozialimperialismus. Jetzt wurde eine Delegation des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften entsandt, um „industrielle und landwirtschaftliche Anlagen zu besichtigen und eine Rundreise durch das Land vorzunehmen" (TASS, 16.2.).

Trotz der militärischen Niederlage von FNLA und UNITA kann in Angola kein Friede herrschen, solange sich das angolanische Volk nicht geeinigt hat, gemeinsam alle Imperialisten aus dem Land zu werfen. Die UNITA hat erklärt, daß um Serpo Pinto im Süden Angolas gegen kubanische Truppen gekämpft wird (Süddeutsche Zeitung, 19.2.), daß sie den Guerillakrieg gegen die ausländischen Besatzer fortsetzen will.

Die FNLA hat ebenfalls erklärt, daß sie im Norden Angolas mit Guerillaoperationen begonnen hat. Die MPLA hat FNLA und UNITA verboten und damit das Abkommen von Mombasa, in dem sich die Befreiungsorganisationen gegenseitig anerkannt und auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die portugiesische Regierung geeinigt haben, endgültig zunichte gemacht. Dieser Schritt drückt die tiefe Zerrissenheit der angolanischen Befreiungsbewegung aus, die durch die Einmischung der UdSSR betrieben wurde.

Die Sowjetunion scheint am Ziel ihrer Wünsche angelangt zu sein. Aber ist das tatsächlich so? Die Sowjetunion muß das angolanische Volk fürchten, sie muß alle Bestrebungen fürchten, die die Spaltung des angolanischen Volkes überwinden helfen, daß die MPLA ihr Spiel durchschaut und sie hinauswirft. Das ist der Sowjetunion schon öfter passiert, sobald die Völker den Charakter ihrer Hilfe durchschaut hatten, zum Beispiel in Ägypten.

Gleichzeitig entbrennt erneut in voller Schärfe der innerimperialistische Konkurrenzkampf. Der Kampf um die Beherrschung Angolas, darum, von wem es abhängig gemacht werden soll, ist nicht beendet.

Die andere Supermacht, die USA-Imperialisten haben bereits erklärt, daß sie sich mit ihrer Niederlage nicht abfinden. Jetzt folgen die Taten. Die USA wollen sich einkaufen. „Quellen aus dem State Department sagen heute, daß Henry Kissinger, US-Staatssekretär, persönlich die Überweisung des Geldes vor mehr als vierzehn Tagen genehmigt hat und daß durch die Gulf Oil im Januar indirekte Kontakte zur MPLA aufgenommen wurden." (Financial Times, 23.2.) Gulf Oil hat die Erlaubnis bekommen, die Zahlungen wieder aufzunehmen, 100 Millionen Dollar an die MPLA zu überweisen, um so weiter die Erdölschätze Cabindas ausbeuten zu können. (Daily Telegraph, 23.2.) Der Boeing-Konzern hat die Genehmigung „für sofortige Auslieferung von zwei Passagierflugzeugen 737 nach Luanda" erhalten.

Nach der Entscheidung im konventionellen Krieg haben die EG-Staaten ebenfalls schleunigst einen Pferdewechsel vorgenommen. Die MPLA-Regierung darf der Sowjetunion nicht überlassen werden. Die französische Regierung hat sich dabei fast überschlagen. Bisher hat der französische Imperialismus die Spaltung der nationalen Befreiungsbewegung betrieben, indem er die FNLA unterstützt und mit Waffen versorgt hat. Über Nacht hat er diese jetzt fallengelassen und ohne Absprache mit den anderen EG-Staaten die MPLA-Regierung anerkannt. Gefolgt sind Schweden, unter anderen schließlich auch die BRD. Die ehemalige Kolonialmacht Portugal hat die Regierung ebenfalls anerkannt und damit erneut den Vertrag von Alvor gebrochen.

In diesem Vertrag hatte sie im Januar 1975 die Unabhängigkeit Angolas zugestehen und alle Befreiungsbewegungen anerkennen müssen. Um gut Wetter zu machen, ist Coutinho, früherer portugiesischer Hochkommissar in Angola und Komplize Spinolas bei dessen neokolonialen Manövern, nach Luanda geschickt worden. Bei aller Konkurrenz mit der Sowjetunion sind sie sich in einem Punkt einig: Angola muß in Abhängigkeit gehalten werden. Ein Mitglied des portugiesischen Revolutionsrates hat erklärt: Die Intervention ausländischer Truppen, „das ist nichts Besonderes" und erinnerte an „die russischen Truppen, die in der CSSR stationiert sind und die amerikanischen Basen in der BRD und in Portugal" (Le Monde, 24.2.). „Besonderes" ist das nicht. Die Völker werden es aber niemals akzeptieren.

Um so mehr muß die Sowjetunion alles daran setzen, sich in Angola einzunisten. Vorwand ist ihr dafür die anhaltende südafrikanische Aggression gegen Angola. Ihr imperialistisches Interesse zwingt sie dazu, ihre Einmischung auszuweiten. Jetzt hofft sie, sich an die namibianische Befreiungsbewegung heranmachen zu können, vom Aufschwung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe zu profitieren. Die sambische Zeitung „Zambia Daily Mail" berichtet, daß die Sowjetunion der SWAPO umfangreiche Militärhilfe und Berater angeboten habe unter der Bedingung, daß diese die Unterstützung durch die Volksrepublik China verringere und schließlich ganz auslaufen lasse. (17.2.)

All dies betreibt sie unter dem Mantel der Freundschaft, der Unterstützung des Kampfes um Unabhängigkeit. Wie die Freundschaft der Sowjetunion aussieht, davon legen die Erfahrungen des kambodschanischen Volkes ein beredtes Zeugnis ab. Von 1970 bis 1975 hat die Sowjetunion die Lon-Nol-Clique unterstützt und den Befreiungskampf des kambodschanischen Volkes gegen den US-Imperialismus sabotiert. Sie fürchtete den einheitlichen und selbständigen Volksbefreiungskampf des kambodschanischen Volkes und setzte all ihre Hoffnung darauf, daß die USA diesen zerschlagen und die Lon-Nol-Clique im Sattel bleibt, auch ihr dann verpflichtet ist.

Dies hat nicht geklappt, das Volk hat gesiegt. Aus dieser Erfahrung hat sie gelernt. Jetzt geht sie von vornherein auf Spaltung und entsendet direkt Truppen, um sich im Land festzusetzen und das Volk zu bekämpfen. Seit Angola ist auch in den Methoden bei der Bekämpfung der Völker der Dritten Welt kein Unterschied zur anderen Supermacht, den USA, mehr. Wie soll die Unabhängigkeit und Souveränität Angolas gesichert sein, solange sich imperialistische Truppen auf seinem Boden befinden? Angola wird erst dann befreit sein, wenn die imperialistische Supermacht und ihre Truppen aus dem Land vertrieben worden sind. – (hjh)

## Ägypten: Sowjetunion stößt auf Ablehnung

**Kairo.** Die Sowjetunion ist in Ägypten auf Ablehnung gestoßen. Anlaß war das Buch des Chefredakteurs der Zeitung „Akhbar el-Yom", das den Titel hat: „Die Russen kommen". Darin wird ihre militärische Expansion im Nahen Osten angeprangert, besonders das verachtenswerte Treiben bei den sowjetischen Lieferungen gegen Ägypten und sein Volk. Der Autor beschreibt auch die Proben und Schwierigkeiten, die die ägyptischen Führer erfuhren, als sie Waffen von der Sowjetunion erhalten wollten, um der israelischen Aggression Widerstand zu leisten.

Das Buch wurde bei der internationalen Buchmesse, die kürzlich in Kairo stattfand, ausgestellt. Ein Funktionär der sowjetischen Botschaft hat hierauf Druck ausgeübt auf den Direktor der Messe und den Herausgeber selber, damit sie das Buch zurückziehen. Die Ägypter haben dem sowjetischen Diplomaten geantwortet, er habe ihnen keine Anweisungen zu erteilen.

Nach dem Mißerfolg dieser groben Taktik versuchte der sowjetische Funktionär eine andere Methode: Er erklärte, alle Exemplare des Buches zu kaufen. Die Antwort des Herausgebers: „Ich habe eine Million gedruckt und bereite die Auflage einer zweiten Million vor, die wollen Sie alle kaufen?" Der Herausgeber machte so den seltsamen Käufer stumm. Der Autor, Ibrahim Saada, hat dem Hsinhua-Korrespondenten mitgeteilt, daß sein Buch die Russen irritiert habe und daß sie gegen ihn vorgehen wollen, weil er es gewagt habe, die sowjetische Politik bloßzulegen.

Die drei ersten Auflagen des Buches sind bereits in allen Exemplaren verkauft, jetzt ist die vierte Auflage in Fertigstellung, teilte der Autor mit. – (nach Hsinhua, 18.2.)

## 23. Jahrestag des CUT

**Frankfurt/M.** Am 20.2.1976 machte die zentrale chilenische Einheitsgewerkschaft CUT zusammen mit dem DGB eine Veranstaltung zu ihrem 23-jährigen Bestehen.

Eine umfassende Ausstellung zeigte die Entwicklung der chilenischen Arbeiterbewegung und Gewerkschaftsbewegung bis heute.

Das Foto zeigt die Kommission der CUT, der Vertreter verschiedener chilenischer Parteien angehören (von links nach rechts): R.Candia (MAPU), H.Cruz (Sozialistische Partei), M.E.Seres (Christliche Linke); rechts daneben der Vertreter des DGB Hessen, dann der Repräsentant des CUT in Westdeutschland, Fidelma Allende, daneben A.Corvalan (MIR) und unten D.Sepalveda (Sozialistische Partei). – In **Köln** hat die DGB-Kreisjugendkonferenz alle Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert, die Plattform des CUT für internationale Solidarität zu unterstützen und zu verbreiten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, keine chilenischen Offiziere mehr in der Bundeswehr auszubilden. – Die Veranstaltungen des juntatreuen Singkreises wurden auch in Düsseldorf und Kiel von der Chile-Solidaritätsbewegung verhindert.

# Chile: Die Imperialisten nehmen das Land aus

Gegenwärtig laufen erneut verschiedene Umschuldungsverhandlungen mit Chile. Chile ist außerordentlich hoch verschuldet. 12,8 Milliarden DM machen seine Auslandsschulden aus, 1,86 Milliarden stehen zur Rückzahlung an. Zwecks Beherrschung und Ausplünderung des Landes haben sich die Imperialisten extra in einem „Club" zusammengeschlossen, dem „Pariser Club". Ihm gehören u.a. die USA, die BRD, Japan, Frankreich und England an, also jene imperialistischen Länder, die im Direktorium der Weltbank 42,4 Prozent der Stimmen halten.

Die hohe Verschuldung Chiles ist für die Imperialisten ein ausgezeichnetes Geschäft. Sie verknüpfen die Umschuldung der fälligen Rückzahlungen mit Bedingungen, die ihnen das Land ausliefern. Bei den Verhandlungen 1974 setzten sie im Tausch gegen die Umschuldung „außerdem eine Klausel" durch, „in der Chile allen enteigneten Auslandsunternehmen Entschädigungen zusichert". (Informationen für die Außenwirtschaft 7/74) Dasselbe bei der Gewährung neuer Kredite: Zu Beginn dieses Jahres gewährte die Weltbank einen Kredit über 33 Millionen Dollar mit einer Laufzeit von 15 Jahren und 8,5 Prozent Verzinsung. Dadurch ist gesichert, daß Chile zusätzlich zum Kredit mehr als denselben Betrag nochmals als Zinsdienst zurückzahlen muß. (Blick durch die Wirtschaft, 6. Februar) Durch die Umschuldung wird die Laufzeit der Kredite verlängert, die entsprechende Zinslast ausgedehnt, kurzum, sie sind Mittel, das Land in Abhängigkeit zu halten und seine Kassen auszuplündern. Am 13. Februar hat der schweizerische Bundesrat dem Abschluß eines Schuldenkonsolidierungsabkommens zugestimmt, durch welches ausstehende Schulden chilenischer Unternehmen an schweizerische Firmen in Höhe von 70 Millionen Franken umgeschuldet werden. Das Abkommen sieht vor, daß 70 Prozent der Schulden bis zum 1. Januar 1978 gestundet werden und dann in 13 Halbjahresraten von Chile zu zahlen sind. Die Bundesregierung hat einen Anspruch auf 70 Millionen US-Dollar und hat bisher ebenfalls umgeschuldet: im Frühjahr 1975 für 400 Millionen DM und im Oktober nochmals für 65,3 Millionen DM. Die Umschuldungsverhandlungen sind also ein hervorragendes Mittel, um die Kreditfesseln wirken zu lassen und politische und ökonomische Zugeständnisse des Schuldnerlandes zu erzwingen.

Gleichzeitig gehen die Imperialisten auf die Rohstoffe des Landes, insbesondere das Kupfererz, los. Es gehört zu den Hauptexportgütern des Landes. Chile gehört zu den wenigen Ländern, die einen großen Schatz an Kupfererz besitzen. Hinzu kommen Eisenerz, Zink und Blei. Hier wird von den Imperialisten investiert: Zwei Drittel der 1975 in Chile genehmigten Investitionen ausländischer Unternehmen sollen im Bergbau stattfinden. Die größten Investitionen werden von den folgenden Bergwerksunternehmen gestartet: Stevin (Holland), 62,5 Millionen Dollar; Ataka Mitsubishi (Japan), 60 Millionen Dollar, und Metallgesellschaft (BRD), 38 Millionen Dollar. Die anderen 105 genehmigten Investitionen betragen zusammen nicht einmal 125 Millionen Dollar. Die Imperialisten plündern das Land aus.

An führender Stelle ist die BRD beteiligt: Auf dem Weltmarkt ist Chile der zweitgrößte Kupferexporteur, die BRD der zweitgrößte Importeur. Die BRD ist der größte Abnehmer chilenischen Kupfers und umgekehrt Chile der wichtigste Lieferant.

Für die Imperialisten zum Vorteil und für Chile zum Nachteil kommt hinzu, daß der Weltmarktpreis für Kupfer drastisch gedrückt worden ist. Bereits vom Juni bis Dezember 1974 fiel der Preis per Tonne von 110,75 auf 58,47 US-Dollar an der Londoner NE(Nichteisenmetall)-Börse. (Wirtschaftsbericht der Bundesstelle für Außenhandelsinformation) Am 29. Dezember 1975 berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung": „Chile erhält für Kupfer auf dem Weltmarkt derzeit weniger als die Hälfte wie im vergangenen Jahr. Während der Kupferdurchschnittspreis an der Londoner NE-Metallbörse bei 65 Dollarcents je ‚libara' (453 Gramm) liege, betrugen die Produktionskosten der großen chilenischen Bergbaugesellschaften rund 50 Cents." Die lebenswichtige Kupferproduktion und -export Chiles nutzen die Imperialisten so dreifach aus: Sie bemächtigen sich erneut der Verfügung über dessen Produktion, investieren, geben Kredite zu hohen Zinsen. Gleichzeitig drücken sie den Marktpreis für das Kupfer und berauben so das Land. Schließlich entziehen sie ihm dadurch die Mittel, die es benötigt, um die Kredite samt Zinsen zurückzuzahlen. Es ist ein unerbittlicher Würgegriff. „Die anhaltende Preiskrise für das chilenische Primärprodukt Kupfer (hat) im vergangenen Jahr zu Mindereinnahmen des Staates in Höhe von 1 Milliarde DM im Vergleich zum Vorjahr geführt." (Blick durch die Wirtschaft, 21. Februar)

Wegen seines Reichtums an Kupfererz war Chile von jeher ein Augapfel des US-Imperialismus. 1912 wurde die Chile Exploration Company gegründet, die 1923 in Anaconda (Andes Mining Company) umbenannt wurde. Diese Gesellschaft sowie die Kennecott Co. sind die beiden US-Monopole, die jahrzehntelang den Reichtum des Landes ausbeuteten. Die für das Kupfererz gezahlten Preise waren Schleuderpreise, der Aufbau einer das Kupfererz verarbeitenden Industrie wurde verhindert. So wurden Chile für die für seine Entwicklung notwendigen Mittel entzogen, die Entwicklung einer selbständigen Produktion und Nutzung des Kupfererzes verhindert. Im Verlauf von 40 Jahren investierten die beiden US-Monopole 30 Millionen Dollar, kassierten aber über 4,5 Milliarden Dollar. (Präsident Allende, 13. April 1972) Gegen diese Ausbeutung und Abhängigkeit erhob sich die chilenische Nation zunehmend. 1955 wurde die gesetzliche Bestimmung erlassen, daß die großen Gesellschaften mit einer Jahresproduktion von mehr als 25 000 Tonnen 50 bis 75 Prozent ihres Reingewinns an den chilenischen Staat abführen müssen. Die Staatseinnahmen aus dem Kupfer stiegen 1960 auf 88,2 Millionen. 1966 erhöhte die Regierung Frei den Preis für eine Libara Exportkupfer von 42 auf 62 Dollarcents; die Gesellschaften erhielten davon rund 40 Cents, so daß die Jahreseinnahmen des chilenischen Staates um rund 160 Millionen Dollar stiegen.

Die kupferproduzierenden Länder, alles Länder der Dritten Welt, schlossen sich gegen die Imperialisten zusammen. 1967 wurde in Lusaka die CIPEC (Consejo Intergubernamental de Paises Exportadores de Cobre) gegründet. Gründungsmitglieder waren Chile, Peru, Zambia und Zaire. Im Kampf gegen den US-Imperialismus schlossen sich im Mai 1969 Chile, Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru im Andenpakt zusammen.

Am 1. Januar 1970 erließ die Regierung Frei ein Gesetz, nach dem 51 Prozent des Aktienkapitals von Anaconda und Kennecott auf den chilenischen Staat übergingen. Den entscheidenden Schritt zur Festigung der nationalen Unabhängigkeit, zum Schutz der Naturressourcen und zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft ergriff die antiimperialistische Regierung Präsident Allendes. Bald nach der Übernahme der Präsidentschaft durch Allende wurde am 16. Juli 1971 der gesamte Besitz der Monopole nationalisiert, vollständig und ohne Entschädigung. Diese entschlossene Maßnahme konnte Präsident Allende ergreifen, weil sie von der gesamten Nation, an ihrer Spitze die Arbeiterklasse, gefordert und unterstützt wurde. Präsident Allende nationalisierte nicht nur entschädigungslos, sondern forderte von den beiden Monopolen noch 376 Millionen Dollar Nachzahlung.

Haßerfüllt schlugen die Imperialisten zurück. US-Fachkräfte wurden abgezogen, um die Produktion zu sabotieren. Der Weltmarktpreis wurde 1971 von 68 auf 49 Cents pro Pfund gedrückt, das Jahreseinkommen Chiles sank damit um ein Drittel. Die Kennecott organisierte weltweit den Boykott gegen chilenisches Kupfer. Der russische Sozialimperialismus witterte sofort seine Chance, erstmals in den „Hinterhof" des US-Imperialismus einzubrechen, sich einzukaufen und ein Geschäft zu machen. Die sowjetische Regierung gewährte Chile einen Kredit von einer Viertelmilliarde Dollar. Für ihn mußte aber Chile nicht nur die laufenden Zinsen aufbringen, sondern zusätzlich einen Kupferpreis hinnehmen, der die Hälfte unter dem eh' schon gedrückten Weltmarktpreis lag. So trug sie ihr Teil zur Untergrabung der Selbständigkeit des Landes bei, wobei sie gleichzeitig durch die KP in Chile die Arbeiterklasse ideologisch entwaffnete und spaltete. Die Sowjetunion wollte den US-Imperialismus bloß ablösen, wobei sie sich als „Helfer der Revolution" auch noch feiern lassen wollte.

Der US-Imperialismus bekämpfte die Regierung Allende verbissen. Diese war trotz ihrer Halbheiten Ausdruck und Sprecher des Kampfes der chilenischen Nation gegen die imperialistische Ausplünderung, für nationale Unabhängigkeit und wirtschaftliche Selbständigkeit. Er fürchtete die chilenischen Arbeiter und Bauern, die an der Spitze dieses Kampfes standen und voranschreiten wollten zum Sozialismus. Alle lateinamerikanischen Völker und Länder wurden durch den Kampf Chiles ermutigt. Mit allen Mitteln mußte der Imperialismus diesen Kampf zertreten. Durch den Ruin des Staatshaushalts, durch Boykott, durch Aushungern vermittels des Entzugs von Krediten, durch die Verweigerung von Umschuldung, durch direkte Einmischung. Deshalb vom Putsch 1973, bei dem er sich auf die einheimische Reaktion stützte. Deshalb hat er die Junta in den Sattel gehoben, die den Befreiungs- und Unabhängigkeitskampf unterdrückt, den Imperialisten nicht entgegentritt, sondern ihnen den nahezu uneingeschränkten Zugang ins Land ermöglicht.

Befriedigt stellt „Blick durch die Wirtschaft" am 21. Februar fest: „Chile braucht das Ausland." Seine Wirtschaft „hängt weitgehend von Entwicklungen auf den internationalen Märkten und von Impulsen ab, die ihr aus dem Ausland zugeführt werden". Diese Abhängigkeit wollen sie durch Umschuldung, neue Kreditierung und den gesenkten Kupferpreis aufrechterhalten. Die westdeutschen Imperialisten gehören zu den Hauptgläubigern. Entsprechend schuldet die Regierung von Jahr zu Jahr um. Gleichzeitig läßt sie arbeitsteilig die SPD-Bundestagsfraktion und die DGB-Führung gegen die Umschuldungsverhandlungen protestieren. Das benutzt sie, um bessere Bedingungen bei den Verhandlungen zu schaffen, das Land noch mehr in Abhängigkeit zu bringen und sich im Inland bei der Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk anzubiedern.

Für die Imperialisten sind die Kredite und die Umschuldung eine Schlinge, an der sie mal straffer, mal schwächer ziehen, um jede Regung nationaler Unabhängigkeit zu erdrosseln. In der Junta haben sich die Imperialisten das entsprechende Werkzeug geschaffen. Um seine Befreiung vom Imperialismus zu erringen, kämpft das chilenische Volk für den Sturz der Junta und die Errichtung der Volksmacht. Die Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk muß sie darin unterstützen, indem sie die Speerspitze ihres Kampfes ebenso gegen den Imperialismus richtet. – (eh)

*EG-Agrarordnung*

# Keine „Marktordnung" kann das Marktchaos ordnen

**Über eine Million Tonnen Magermilchpulver stapeln sich gegenwärtig in den Lagern der EG, das ist ein Fünftel der gesamten Erzeugung. Gleichzeitig beginnt auch der Butterberg wieder zu wachsen. Die Erzeugung ist also größer als der Absatz. Warum?**

Die meisten Bauern sind auf Milchvieh angewiesen, vor allem kleine Betriebe in Grünlandgebieten können ihre Arbeit gar nicht anders verwerten. Nun sind aber die Kosten für Futtermittel hoch, und für einen Stallplatz sind etwa 4 000 Mark aufzuwenden. Den modernen Boxenlaufstall beispielsweise können sich nur noch größere Betriebe leisten, die kleinen Betriebe kommen trotz 60 bis 70 Stunden wöchentlicher Arbeit ohne Sonntag und ohne Urlaub nicht mehr mit. Sie müssen versuchen, durch eine erhöhte Milchproduktion ihre Einkommen zu halten.

Die Molkereien, die oft eine Monopolstellung haben, zahlen den Bauern nur etwa 55 Pfennig für den Liter Milch, während sie selber beim Absatz von Milchprodukten hohe Profite machen. Hier nutzen sie ebenfalls ihre Marktstellung aus: Als in der Krise der Verbrauch an Milchprodukten sank, senkten sie nicht etwa die Preise, sondern legten Produktionsanlagen still. Die Milch, die die Molkereien nicht profitträchtig auf den Markt loswerden, kaufen ihnen die staatlichen Einfuhr- und Vorratsstellen ab. Manche Molkereien produzieren nur noch für diese staatliche Lagerhaltung, die aus Steuergeldern bezahlt wird (132 DM je Bundesbürger). Die Bauern haben davon kaum einen Vorteil: Ihre Erzeugerpreise stiegen nicht an, als im letzten Jahr die staatlichen Ankaufspreise zweimal erhöht wurden. Der Magermilchpulverberg ist somit ein typisches Denkmal der kapitalistischen Marktwirtschaft, welche immer wieder zu Chaos auf den Märkten führt: Indem sie die Bauern durch die Konkurrenz zur Produktionsschlacht um jeden Preis zwingt, indem die Profitgier der kapitalistischen Konzerne zur Überproduktion von Kapital führt, während gleichzeitig die Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln zurückgeht. Soviel „Marktordnungssysteme" die bürgerlichen Regierungen auch beschlossen haben – keines konnte dieses Marktchaos ordnen. Davon zeugen die Berge von Butter, Magermilchpulver, Rindfleisch und Weizen ebenso wie die Apfel- und Weinschwemme. Die Kapitalisten kennen hieraus nur einen Ausweg: immer mehr bürokratische Eingriffe des Staates. Auf dieser Linie liegen die verschiedenen „Lösungsvorschläge", die momentan in der EG von den Landwirtschaftsministern diskutiert werden:

1. Am liebsten würde man viele Kleinbauern durch Preissenkungen für Milch zur Aufgabe der Milchproduktion zwingen. Die Bauern würden aber auch bei einer gewissen Preissenkung gezwungenermaßen weiterproduzieren, weil nach Abschaffung der Kühe nur noch die Arbeitslosigkeit auf sie wartet. Erst eine Preissenkung von 15 Pfennig würde (nach Berechnungen bürgerlicher Professoren) die Kleinbauern ruinieren. Die Regierungen fürchten da zu Recht harte Kampfmaßnahmen der Bauern wie vor einigen Jahren in Brüssel. So hat die EG nur eine versteckte Preissenkung vorgesehen: Je nach Höhe der Lagerbestände sollen die Preise schwanken.

2. Der verbilligte Absatz von Milchpulver auf dem überfüllten Weltmarkt verursacht der EG zu hohe Kosten. Auch eine zwangsweise Beimischung des Pulvers zu Futtermitteln (anstelle des billigeren Pflanzeneiweiß) machen die Futtermittelkonzerne nur dann mit, wenn man ihnen dafür Beihilfen zahlt. Offen bleibt aber auch dann, wieviel von den Beihilfen diese Konzerne an die Bauern weitergeben werden, so daß diese erhöhte Futtermittelpreise erwarten. Ins Auge gefaßt haben die Regierungen die zwangsweise Rückgabe der Magermilch an die Bauern, die die arbeitsaufwenige Verfütterung von Magermilch gar nicht mehr eingerichtet sind.

3. Des weiteren spricht man von einer erneuten Prämiierung der Kuhabschlachtung. Vor allem die kleinen Höfe sollen die Kühe abschaffen, um so Marktanteile freizumachen für die größeren Höfe. Die Berechtigung zur Ablieferung von Milch soll unter Umständen an den Besitz von handelbaren „Marktanteilsscheinen" gebunden werden. Eventuell soll über die Zuteilung solcher Scheine an jeden einzelnen Betrieb sogar die Milchmenge je Bauer direkt reglementiert werden. Auf jeden Fall werden darunter vor allem die kleinen Bauern leiden, die die hohen Preise für diese Scheine nicht aufbringen können.

Egal ob das Pulver verschleudert oder verfüttert wird, egal ob Milchviehbestände durch Preisdruck oder durch Abschlachtaktionen aufgelöst werden – auf jeden Fall steht eine riesige Vernichtung von Produktivkräften bevor! Ob Beimischungszwang, Zwang zur Verfütterung oder Zwang zur Kuhabschlachtung – auf jeden Fall wird der gigantische Verwaltungs- und Überwachungsapparat weiter ausgebaut werden! Die Bundesregierung hat hierfür schon eine neue straffe Marktordnungsstelle geschaffen. In Frankreich, Großbritannien und in den Niederlanden sind die Bauern schon Zwangsmitglieder in berufsständischen Marktverwaltungsorganen. Sie müssen Zwangsbeiträge zahlen für Organe, in denen die milchverarbeitende Industrie und die Molkereien das Wort führen. Die Regierung kann verbindliche Beschlüsse notfalls erzwingen wie z.B. Zuteilung von Marktanteilen auf die Höfe, Standardverträge zwischen Molkereien und Bauern usw. So will der Staat scheinbar die Verantwortung von sich selbst abwälzen, die Bauern sollen sich selbst verantwortlich fühlen für die Überschüsse und sich den Kopf über deren Beseitigung zerbrechen. Bauern sollen Bauern zur Produktionseinschränkung, Preissenkung oder zu Abgaben für die Überschußbeseitigung zwingen. Gefallen kann das nur den Großbauern, die dort wie in den Genossenschaften das Sagen haben.

Die Führer des Bauernverbandes wollen deshalb eine solche Einrichtung auch hier einführen. Leuten wie Heereman nützt der EG-Agrarmarkt, deshalb verteidigte er ihn auch auf dem Bauerntag: „Die deutschen Landwirte sind bereit, unter Opfern beim Abbau der Überschüsse und der Marktverwaltungskosten mitzuwirken." Die Opfer sollen die kleinen Bauern sein. Die aber haben keinen Grund, sich für das Marktchaos der kapitalistischen Wirtschaft verantwortlich zu fühlen oder gar zu opfern.

Denn solange es Privateigentum und Konkurrenz gibt, solange zerstört das kapitalistische Eigentum das nichtkapitalistische, solange frißt der Große den Kleinen, solange wird es immer wieder ein Chaos auf dem Markt geben. Erst wenn alle Produzenten nach gemeinsamem Plan produzieren und die Produktion nach den Bedürfnissen der Verbraucher abstimmen, erst dann wird eine Produktion ohne „Überschüsse" und ohne Chaos möglich sein. Dazu müssen sich die Kleinbauern der Arbeiterklasse anschließen zum Sturz der Kapitalistenherrschaft und zum Aufbau des Sozialismus. – (en)



**Frankreich: Drucker kämpfen um Erhalt der Arbeitsplätze.**

Die Drucker führten am 20.2. einen nationalen Streik durch, zu dem die Gewerkschaften CGT und CFDT aufgerufen hatten. An der Demonstration beteiligten sich in Paris rund 25 000 Arbeiter. Die Drucker kämpfen gegen Entlassungen. Besonders beispielhaft führen den Kampf die Drucker des „Parisien libéré". Der Besitzer hatte einen Großteil der Facharbeiter entlassen wollen, woraufhin die Belegschaft die Druckerei seit Monaten besetzt hält. Die Auslieferung der Zeitung, die seitdem in Belgien hergestellt wird, wurde immer wieder verhindert. Am Freitag zum Beispiel wurde die gesamte Auflage in Paris auf den Champs Elysées verbrannt. (siehe Bild)

*Peter Schneider: „... schon bist du ein Verfassungsfeind“*

# Die Kunst des Kapitulantentums

1967, auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung hielt in Westberlin ein junger Mann eine Rede auf einem Sit-in in der Freien Universität, die damals in der Presse viel Aufmerksamkeit fand. Der junge Mann hieß Peter Schneider und wird seitdem von bürgerlichen Blättern als „literarischer Repräsentant der neuen Linken“ gelobt. Dieses Lob aus dieser Quelle hat er sich seitdem wirklich verdient.

Die Rede von 1967 war gerichtet an die in Bewegung geratenen Studenten. Die Bewegung war erwachsen aus der Unsicherheit breiter Studentenmassen über ihre zukünftige Lage, aus der Unhaltbarkeit der herkömmlichen Hoffnungen auf Karriere, Ansehen und Besitz, womit einherging eine tiefgehende Krise bürgerlicher Anschauungen unter den Studenten. Die objektive Zielrichtung ging auf Überwindung der unhaltbar gewordenen Hoffnungen und Illusionen über eine gesicherte Existenz mit den Privilegien von Besitz und Bildung und auf Zusammenschluß der Studenten mit der Masse der Lohnabhängigen, zu denen der weitaus überwiegende Teil der Studenten später zählt.

## Ein Schriftsteller mit Geschichte

Die Rede Schneiders bestritt diese Ursache und behauptete: „Wir haben uns eine sichere Existenzgrundlage geschaffen.“ Sie behauptete, das Problem der Studenten sei, daß sie bisher zu brav und zu bieder gewesen seien, ihre besondere Persönlichkeit, ihre je subjektiven Überlegungen und Wünsche nicht genügend zur Geltung gebracht hätten. Für besonders respektlos galt die Passage:

„Wenn wir bei unserem Professor in der Vorlesung waren, dann haben wir ihm nicht auf die Finger gesehen, wenn wir uns von ihm prüfen ließen, dann haben wir ihm nicht ins Gesicht gesehen, wenn wir im Klo neben ihm standen, dann haben wir ihm nicht auf den Schwanz gesehen. Wir wollen es das nächste Mal tun.“

Zufrieden damit, daß nicht gefragt wurde, wem nützt, was der Professor vorträgt, wußte die literarische Welt die Konzentrierung der Studentenbewegung auf Professorenschwänze zu würdigen: Peter Schneider erhielt einen Literaturpreis.

Die Studentenbewegung ging darüber hinweg und entwickelte sich weiter, verband sich mit der demokratischen Massenbewegung gegen die Notstandsgesetze, mit der antiimperialistischen Bewegung gegen den Krieg des US-Imperialismus in Vietnam. Spontan wendeten sich große Teile der Studenten der Arbeiterklasse zu. Wieder trat Peter Schneider mit einem „Text“ auf. Er schrieb einen „Brief an die herrschende Klasse in Deutschland“, worin er der herrschenden Bourgeoisklasse, mit der ihn ein Vater-Sohn-Verhältnis verband, mit der Arbeiterklasse drohte:

„Wir, wenn wir unter uns bleiben mit dieser Wut, bleiben euch doch zu ähnlich. Unsere Wut findet ihr noch ganz amüsant. Indem wir lernen an den Kämpfen derer, die von euch ausgebeutet werden, erkennen wir
noch ganz amüsant. Indem wir lernen an den Kämpfen derer, die von euch ausgebeutet werden, erkennen wir
in euren Gesichetern das Gesicht der Gesellschaft. Und die nicht als Söhne, sondern als Ausgebeutete gegen euch kämpfen, die werden euch nicht bloß beschimpfen, die werden euch einfach vom Sessel schmeißen.“

An den Umsturz der Sessel selber war nicht gedacht. Nur frei sollten sie werden, für die Söhne.

Einige Jahre später, 1973, veröffentlichte Schneider seinen ersten Bestseller: Die Erzählung „Lenz“, inzwischen im 64. Tausend gedruckt. Die demokratische Massenbewegung der sechziger Jahre war über die Frage des weiteren Wegs in verschiedene Fraktionen auseinandergebrochen, und in heftigen Auseinandersetzungen wurde um Klarheit über die politische Linie gekämpft und um den Aufbau der Partei der Arbeiterklasse. Nicht in der Phrase, sondern in der Wirklichkeit wurden nach dem Übertritt der KPD ins bürgerliche Lager die ersten kräftigen Ansätze der Verbindung zwischen Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus geschaffen.

Die Erzählung „Lenz“ propagiert den Überdruß an dieser notwendigen Entwicklung. Die marxistisch-leninistischen Gruppen werden wegen Dogmatismus und Sektierertum angegriffen, wegen Mißachtung der individuellen Wünsche ihrer Mitglieder. Die marxistisch-leninistischen Texte, an denen sich die Gruppen schulen, um die Wirklichkeit besser erkennen zu können, sind für Lenz zu „weit von unserer aktuellen Erfahrung weg“, mit welchem Einwand er vorschlägt, der Arbeiterklasse ihre Wissenschaft aus der Hand zu schlagen durch Berufung auf seine unmittelbaren Interessen und Wünsche. Lenzens „Beziehung“ zur Arbeiterklasse – geschmackvollerweise symbolisiert als Beziehung zum Mädchen L. „aus dem Volke“ – ist „gescheitert“. Lenz erkennt, daß der „Widerspruch zwischen den Wahrnehmungs- und Lebensweisen der Klassen privat durch eine Liebesgeschichte“ nicht zu überwinden ist und fährt nach Italien, wo er nach einigem Hin und Her endlich sinnenfreudigere Genossen trifft, von denen nicht klar wird, was sie machen, aber immerhin machen sie es mit Liebe und Rotwein. Von dieser Idylle ist Lenz nur noch durch Polizei zu trennen, die ihn nach Hause verfrachtet. Was er dort sieht, stimmt ihn heiter: Auch in Westberlin gibt es stille Gewässer, wo die Idylle keimt. Studenten machen wieder Examina statt im Betrieb zu schaffen und „neue Gruppen waren entstanden, die auch mal Musik zusammen hörten“. – „Was Lenz denn jetzt tun wolle“, wird er am Ende der Erzählung gefragt. „‚Dableiben‘ erwiderte Lenz.“

## Ein neuer Anlauf

Die Idylle hat sich nicht halten lassen. Es brauen sich neue Stürme zusammen. 1975 steckt der westdeutsche Imperialismus erneut in der Krise. Neue Massenbewegungen nehmen einen Aufschwung. Heftig umkämpft ist insbesondere das Schulwesen, auf das Ende der sechziger Jahre viele Reformhoffnungen konzentriert wurden. Über das ganze Jahr hin demonstrieren zehntausende von jungen Arbeitern und Lehrlingen, von Schülern der verschiedensten Schulstufen für eine bessere Ausbildung und für ihre Rechte gegen den Staat. Sie finden Unterstützung bei ihren Eltern, die Protestkundgebungen und Schulstreiks organisieren.

Auf der anderen Seite nimmt der Druck der staatlichen Dienstaufsicht – ausgeübt vor allem auf die Lehrer – erheblich zu. Die Berufsverbote sind bloß die Spitze der verschiedensten Kontroll- und Disziplinierungsmaßregeln. Die Lehrer geraten also von zwei Seiten her unter Druck und werden zugleich von ihren eigenen Interessen in die gewerkschaftliche Bewegung gezogen. Für viele Lehrer wird die Frage aufgeworfen, schlagen sie sich auf die Seite des Volkes, oder schlagen sie sich auf die Seite des Staates.

Die Hälfte der westdeutschen Lehrerschaft ist unter 35 Jahre alt. Viele haben als Studenten an der demokratischen Massenbewegung der sechziger Jahre teilgenommen. Ihr Vertrauen in den Staat reicht nicht tief. Trotzdem ist die Entscheidung schwierig, denn der Feind schlägt hart zurück.

In dieser Lage tritt wiederum Peter Schneider mit einem Buch hervor, das freundliche Aufnahme fand in der Bourgeois-Presse. Sein Titel: „*... schon bist du ein Verfassungsfeind. Das unerwartete Anschwellen der Personalakte des Lehrers Kleff*“ Der Rotbuch Verlag konnte nach kurzer Zeit schon die zweite Auflage unter die Leute bringen und vertreibt das Buch in derzeit 30000 Exemplaren.

Darin wird erzählt die Geschichte des Lehrers Kleff, der wegen einer Äußerung über Widerstandsrecht gegen undemokratische Gesetze von Entlassung bedroht ist. Für viele tausend Lehrer und Studenten also eine brennende Frage. Bemerkenswert nun, aus welcher Perspektive Schneider sie lockt, die Geschichte seines Lehrers Kleff zu verfolgen. Schneider hat die Geschichte als Briefroman geschrieben, was eine sehr subjektive Form ist, geeignet zur Mitteilung innerer Entwicklungen, Motive, Überlegungen, eine Form, die für Bekenntnisse verwandt wird. Der Leser erfährt also nicht nur etwas über Kleff, sondern er erfährt es von ihm selber, aus der Perspektive Kleff sozusagen. Was ist die Perspektive Kleff? Er richtet seine bekennenden Briefe an seinen Rechtsanwalt Dr. Schäuble, der ihn im Prozeß gegen die Schulbehörde vertritt.

„Meine Idee ist: ich schreibe mir meine Personalakte selber. Was der Verfassungsschutz über mich zusammenträgt, weiß ich nicht, und ich habe auch keinerlei Einfluß darauf. Er sammelt, was seiner Meinung nach wissenswert ist hinsichtlich meiner Person, ich tue das gleiche von meinem Standpunkt aus. Und da es ja bei der Eignungsprüfung angeblich um eine Bewertung der gesamten Personlichkeit geht, sogar um die Einschätzung ihres zukünftigen Verhaltens, werde ich also auch Material über meine Persönlichkeit zusammentragen. Was halten Sie davon? Vielleicht können wir meine selbstverfaßte Personalakte dem Gericht als Beweismittel vorlegen, wenn es zum Prozeß kommt.“

## Eine Aufforderung zur Selbstoffenbarung

Eine Aufforderung zur Selbstoffenbarung

Der eigentliche Adressat der Kleffschen Selbstoffenbarung ist also das Gericht. Der Leser erfährt, wie der Lehrer Kleff vom Gericht gesehen werden möchte. Die Perspektive Kleff, zu der Schneider einlädt, ist eine Art Schautanz vor dem Organ der bürgerlichen Klasse, das über die Entlassung entscheidet. Warum diese unappetitliche Veranstaltung? Warum dann nicht lieber gleich ein direkter Widerruf dessen, was er vorher vertreten hatte? Kleff erwägt das:

„Ich weiß, daß größere Geister als ich widerrufen haben. Aber hörte etwa die Erde auf, sich um die Sonne zu drehen, nachdem Galilei seine Entdeckung zum Irrtum erklärte? Er selbst wurde fett und fing an zu trinken. Allerdings kenne ich inzwischen auch Leute, die zu trinken anfangen, weil sie nicht widerrufen haben.“

Damit ist das Problem gestellt: Es muß ein Weg gefunden werden zwischen beschämendem Widerruf und Aufrechterhaltung der geäußerten Auffassung, was Entlassung bedeuten würde. – Galilei war ein großer Mann, aber er hat das Problem nicht lösen können, sondern soff sich zu Tode, als er sich gebeugt hatte. Peter Schneider ist kein großer Mann, sondern ein ehemaliger Jüngling. Aber er ist schlau und weiß, daß das direkte Zu-Kreuze-Kriechen nicht beliebt ist und mit Erfolg nicht propagiert werden kann. Er erfindet anstelle des Widerrufs die briefliche Selbstoffenbarung vor dem Gericht auf dem Weg über den Rechtsanwalt. Die literarische Konstruktion ist albern und an den Haaren herbeigezogen: Rechtsanwälte und Mandanten treiben nicht miteinander Seelen- und Persönlichkeitsforschung, teilen sich nicht ihre Eindrücke über ihre Frauen, Freunde, über ihre Vorlieben und Abneigungen mit. Sie bereden, wie der Angeklagte sich wehren kann.

Dem Lehrer Kleff geht es aber nicht darum, sich zu wehren. Er wirbt um das Verständnis des Gerichts. Über seine selbstgeführte Personalakte in Briefform meint er:

„Aber was können wir damit erreichen? Diejenigen, die die Macht dazu haben, machen ihre Erlasse und erzielen bestimmte Wirkungen, und wir machen auf diese Wirkungen aufmerksam, das ist alles. Ist das schon eine Wirkung?“

Von der Wirkung auf Kollegen und Schüler erwartet sich Kleff jedenfalls nichts weiter und an sie sind seine Selbstoffenbarungen nicht gerichtet. Der Streik der Schüler gegen seine Entlassung „brach schließlich zusammen“. Unter den meisten Kollegen herrscht Angst. Und auf die Hoffnungen von 1968, rät Kleff, soll man nicht setzen: „Die vielen Autounfälle nach neunundsechzig im unmittelbaren Bekanntenkreis? Alles nur Pech? Oder enttäuschte Hoffnungen?“

Das einzige, was noch nicht endgültig entschieden ist und worauf Schneider die Hoffnungen richtet, ist der Spruch des Gerichts, nachdem die briefliche Selbstoffenbarung verlesen ist: „Wenn ihr Mandant nichts weiter zu sagen hat, weil er verschwunden ist, zieht sich das Gericht jetzt zur Beratung zurück.“ Das ist das letzte Wort des Buches.

Wofür der Lehrer Kleff das Verständnis des Gerichts erhofft, das ist seine „politische Biographie“. – „Schulräte (und) auch Materialisten“ bekommen den Vorwurf, sich hinsichtlich einer politischen Biographie oft ganz idealistisch zu verhalten. Nur zu fragen: Ist der für uns oder ist der gegen uns und nicht die Entwicklung zu sehen, die einer nimmt.

„Im Nachhinein erscheint einem die eigene Geschichte leicht als eine Kette von Entscheidungen, die sich zwangsläufig aus einem festen Standpunkt ergeben. Teilnahme an einer Demonstration, Mitgliedschaft in einer sozialistischen Gruppe, Kandidatur – fertig ist der Revolutionär. In Wirklichkeit ist aber ein Standpunkt – von Religionen spreche ich nicht – nichts weiter als das Ergebnis zahlloser Erfahrungen.“

Diese Einlassung an das Gericht hat einen schlichten Sinn: Das Gericht nagle mich nicht auf Standpunkte fest, sondern höre sich meine Bildungs- und Entwicklungsgeschichte an! Es wird dann verstehen, daß bestimmte Standpunkte und Stationen von einem aufgeweckten, empfindsamen jungen Mann aus gutem Hause in meiner Generation einfach durchlaufen werden mußten. Mehr noch, daß gerade die Weitgereisten, Verlorengeglaubten und Vielbewegten unter den Söhnen der Bourgeoisie ihre besten und wertvollsten sind. – Schneiders Buch empfiehlt, sich dem Gericht nicht zu beugen, sondern sich ihm anzuvertrauen, nicht geschlagen und unter Zwang sich unter Vormundschaft und Kontrolle der Bourgeoisie zu begeben, sondern freiwillig und als Persönlichkeit zu ihr zurückzukehren.

## Die Rückkehr wird empfohlen

Das Motiv der Rückkehr spielt in Schneiders Buch eine Schlüsselrolle. Gleich zu Anfang fragt sich der von Entlassung bedrohte Kleff: „Noch bis vor kurzem war die Frage für mich: will ich überhaupt hierher zurück? Ich bin gar nicht so sicher, ob ich mich an all das wieder gewöhnen will.“ Direkt bezogen ist das auf die baden-württembergische Provinzstadt, in welcher der Lehrer Kleff aufgewachsen war, und in die er nach weltstädtischen Berliner Jahren nun zurückgekommen ist. Die Rückkehr ist aber keineswegs nur geographisch gemeint. Kleff fährt fort:

„Aber seit diesem Brief (des Oberschulamtes) bin nicht mehr ich es, der Fragen stellen kann. Die Frage heißt jetzt: will man mich hier überhaupt? Das Oberschulamt hat mir sozusagen die Entscheidung abgenommen, und ich bin nicht dankbar dafür.“

Die Rede ist von der Rückkehr in den Schoß der bürgerlichen Klasse, die vom Oberschulamt, das über Beamtentreue wacht, dem Lehrer Kleff unverhofft versperrt wird.
das über Beamtentreue wacht, dem Lehrer Kleff unverhofft versperrt wird.

Zurückgekehrt ist auch der Schulfreund Kleffs, auf dessen Lebensgeschichte Schneider einen ganzen Brief verwendet. Dieser Schulfreund hatte ebenfalls „nach dem Abitur ... einen Ausbruch von Zuhause versucht.“ Freilich nicht nach Berlin zur APO, aber auch raus, „aus seinem bürgerlichen Leben“. Zunächst zur Bundeswehr als Berufsoffizier, dann zur Bühne. Beides hat nicht geklappt, und er war „zurückgekommen“ und jetzt „völlig in das Geschäft seiner Eltern eingespannt“, wo er Briefmarken verkauft, Whisky trinkt, nachts deutsche Romantiker liest und an dem unglücklichen Bewußtsein trägt, sein Leben verpfuscht zu haben. „Es sei ein Fehler gewesen, hierher zurückzukommen“, erklärt der Schulfreund. Der Lehrer Kleff „mußte an (diesen) Satz ... die ganze Zeit denken.“ Er kommt allerdings zu einem anderen Ergebnis:

„Erst später, als ich bei Ulrike (Kleffs Freundin) war, wurde ich dies alberne und ungerechte Gefühl los, mit leeren Händen in eine Umgebung zurückgekehrt zu sein, die ich mit soviel Wünschen verlassen hatte.“

## Spießerseligkeiten

Der Lehrer Kleff beruhigt sich damit, nicht mit leeren Händen zurückgekommen zu sein, sondern mit einer Frau:

„Früher, wenn ich für zwei, drei Tage hierher zurückkam, ... konnte es mir nicht schnell genug damit gehen, den Zurückgebliebenen klarzumachen, wie sehr ich mich seit damals verändert hatte ... Mit Ulrike ist alles leichter. Es ist, als sähe mir jeder meine Veränderung an.“

Die Frau, mit der Kleff zurückgekehrt ist, nimmt er als sichtbares Zeugnis für eine gehabte Bildungsreise, als Zeichen, daß er verändert und bereichert zurückgekommen ist. Und seinen Ehrenpunkt setzt der darin, so aufgenommen zu werden, wie er ist, als Mann mit Geschichte und Frau. Als einer, „der nie verborgen hat, daß ich noch andere Leidenschaften habe als die, Lehrer zu sein.“ Als Liebhaber afrikanischer Musik, der seinen Afghanischen zu schätzen weiß. Als kritischer Kopf. Als einer, der manchmal das Gefühl hat, „zu groß zu sein für diese kleine Stadt“. Als einer, der mit der gesuchten Anarchistin befreundet war und sich heimlich mit ihr trifft, es aber ablehnt, sie irgendwie zu unterstützen. Als eine Persönlichkeit also, die Platz braucht, mindestens eine „4-Zimmer-Wohnung“ und mit engen Oberschulratsbegriffen nicht erfaßt werden kann.

Wofür Schneider mit der Figur seines Lehrers Kleff wirbt, das ist der leibhaftige Privatmann und Spießer, der mit der Bourgeoisie seinen Frieden gemacht hat. Ein „Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps“ – Naturell. Allerdings, ein moderner Spießer, einer, der seine Frau nicht mehr heiratet, sondern mit ihr eine „befriedigende Beziehung“ hat, der mit den Zeiten geht und darum statt zum Schnaps auch manchmal zum Afghanen greift. Ein Spießer aber, der nach wie vor wild wird, wenn er einen Eingriff in seine Privatsphäre befürchten muß und sich für den Fall bei der Obrigkeit beschwert.

## Lob des Preußentums

Kleff findet seine Origkeit nicht gerade sympathisch. Aber mit Haß und Verachtung sind der ihn vernehmende Regierungspräsident und Vizepräsident auch nicht gezeichnet. Eher als stumpfe Gesellen, die verbohrt und vertrottelt bald seine Rückkehr verhindert hätten, weil sie die reiche Kleffsche Gedanken- und Gefühlswelt nicht erkennen. Aus dem Anhörungsprotokoll:

„**Präsident:** Bisher jedenfalls hat es in allen Ländern, wo Marxisten an der Macht sind, keine Opposition mehr gegeben. **Antwort:** Doch, in Chile! **Präsident:** Ja, China, China! **Antwort:** Chile! **Präsident:** Ach so, Chile! Chile, das war einmal!“

Vorgehalten wird ihnen gerade noch, daß einige unter den obersten Richtern aktive Nazis waren, aber es ist „eine alte Wut“, die darüber in Kleff hochsteigt. Keine Wut auf die Herrschaft der Bourgeoisie, sondern auf ihre Auswüchse und Protest gegen übermäßige Kontrolle und Drangsalierung der Beamten bis in ihr Privatleben hinein. Als Privatmann soll der Beamte denken und tun können, was er will. Das ist Kleffs Ideal, das er in einem Urteil des Preußischen Oberverwaltungsgerichts vorgezeichnet findet in den von ihm zitierten Sätzen:

„Danach ist eine disziplinarische Bestrafung eines Beamten wegen des bloßen Bekenntnisses zu einer politischen Partei jedenfalls ausgeschlossen. Ein Dienstvergehen würde ein Beamter erst dann begehen, wenn er die Erreichung des auf gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichteten Zieles der Partei, zu der er sich bekennt, durch positive Handlungen zu fördern versucht.“

Schneiders Lehrer Kleff jubelt „vorzügliche Sätze“ und feiert die „demokratischen Traditionen des Beamtentums“. Er beginnt sogar sein „Vorurteil gegen das Preußentum (zu) überprüfen“, wegen dessen bekannt „demokratischen Beamtentraditionen“.

Die Widersprüche, die der Lehrer Kleff mit der herrschenden Klasse hat, treiben ihn hin und her zwischen seinem Wunsch nach Spießeridylle und der Tatsache, daß er Staatsbeamter ist einer Klasse, die auf dem absteigenden Ast sitzt und ihn verpflichtet, Reaktion auf der ganzen Linie zu machen: im Unterricht, im Auftreten gegen die Schüler und gegen die Eltern. Viele Lehrer sehen so ihre Lage. Getragen vom Geist des Beamtenkretinismus und des Preußentums ist die Lösung, die Schneider dafür offeriert: Im Dienst wird kein Umsturz betrieben, und im übrigen soll jeder
die Schneider dafür offeriert: Im Dienst wird kein Umsturz betrieben, und im übrigen soll jeder
nach seiner Fasson selig werden! Daher legt Schneider so großes Gewicht auf die Entfaltung des Innenlebens seines Lehrers Kleff. Bewiesen werden soll, was an Idylle trotz allem noch möglich ist. Der gute Kleff muß sogar ganz in der Nähe „einen richtigen Urwald“ entdecken, um zu beweisen, daß es noch unberührtes und unentdecktes Land gibt, wo kein Dienstherr hinlangt. Schneiders „Lösung“ besteht darin, den Widerspruch zwichen immer beschränkterem Privatmensch und Staatsdiener bis ins Absurde zu steigern.

Schneider unternimmt also allerhand, um vergessen zu machen, daß auch dieser Kleffsche Widerspruch nicht anders aufgelöst werden kann als durch Teilnahme an der sozialistischen Revolution des Proletariats, die mit der Befreiung der Arbeiterklasse und der Beseitigung der Ausbeutung zugleich auch den Zustand überwindet, daß Lehrer Werkzeuge einer überlebten Klasse gegen das Volk sind. Gegen diese einzig mögliche Lösung ist Schneiders Buch geschrieben. Mit wirklichem Widerwillen und Haß sind in den Kleffschen Briefen die Mitglieder und Anhänger marxistisch-leninistischer Organisationen gezeichnet.

## Ein konterrevolutionäres Machwerk

Das Buch von Peter Schneider ist direkt konterrevolutionär, eine Aufforderung an die rebellierende Intelligenz, zurückzukehren und sich einzurichten und eine Mahnung an die zuständigen Stellen, diesen Weg nicht durch stumpfes Oberbeamtentum zu verbauen. Geschrieben werden konnte es nur von einem der von früh an die Bewegungen begleitet, sie ausgeschlachtet und sich dabei einige Kennerschaft der „linken Szene“ verschafft hat. Das macht das Buch für die Propagandabedürfnisse der Bourgeoisie verwendbar und darum wird es gelobt.

Seit 1967 hat die Arbeiterbewegung und die Bewegung unter den Volksmassen sich entwikkelt. Sie ist breiter und sie ist klarer geworden. Damals konnte Schneider noch von einem „unserer seltenen Spezialisten auf dem Gebiete des Marxismus“ reden. Heute studieren Zehntausende den Marxismus-Leninismus. 1967 ist es dem Redner Schneider nicht gelungen, die Studentenbewegung auf Professorenschwänze zu konzentrieren. Da ist nicht anzunehmen, daß es dem Romanschreiber Schneider heute gelingt, die Bewegung unter den Lehrern auf Richterarschlöcher zu fixieren, von denen sein Lehrer Kleff plausibel zu machen versucht, daß man hineinkriechen könnte, ohne sich dabei was zu vergeben. – (wm)